

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis: 3.00 RM, monatlich 1.10 RM, wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (letztgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Quotale für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Hochfesttagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 17. März 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Kulturelle und rechtliche Verantwortlichkeit.

Wenn Jar Nikolaus nicht als irrer Mann geisteschwach in seinem Palaste sähe und in zitternder Stumpfheit das furchtbare Weltgericht mit geschlossenen Augen verfolgen würde, das im Zusammenbruch eines blutigen Systems endliche Sühne vollstreckt, so würde er nach Kenntnis der heutigen Reichstagsverhandlungen und der Erklärungen des Grafen Bülow sicher einen jener traditionellen Drohbriefe nach Berlin senden, in dem er sich in dem trotzigem Stil seiner Vorgänger über die Treulosigkeit der deutschen und der preussischen Regierung beschwerten und mit Recht beschwerten würde; wenn der Jar nicht einmal mehr auf die kleine, gewohnte Gefügigkeit rechnen kann — wie Graf Bülow feierlich beschwor — daß ihm in Polen die Preußen helfen, dann ist der Umsturz nahe!

So inhaltslos und unbedeutend an sich die Verlegenheits-erklärungen des verantwortlichen Ministers des Deutschen Reiches waren, so bilden sie doch einen vollständigen Bruch mit dem bisherigen Kulturstadium der preussisch-deutschen Regierung. Es ist wunderbar, wie sehr die Granaten der Japaner und die Bomben der russischen Revolutionäre kultivierend selbst auf deutsche Minister gewirkt haben. Binnen zwölf Monaten hat sich das Bild vollständig verändert. Nichts mehr von dem düppelstirnigen und Schnorrer und Verschwoerer. Nichts mehr von dem dreisten und offenerherzigen Bekenntnissen, daß in der Sache des Jaren auch die deutsche Sache eingeschlossen sei. Nichts mehr von den blamablen Beschwörungen, die die Presse möge doch die jarten Empfindungen des Jarismus schonen. Werlegen und hilflos beobachten die deutschen Staatsmänner das furchtbare und in seiner Furchtbarkeit befreiende Drama im Osten.

Sie wissen nicht, was da werden soll. Es ist klar, daß auch die Maßnahmen, die sie auf diplomatischem Wege über die Zustände und Aussichten in Rußland erhalten haben, beklemmend lauten, und so begnügt sich der Graf Bülow heute nur noch mit der stammelnenden Wiederholung seiner einzigen und ewigen Weisheit: man solle sich ja nicht in ausländische Angelegenheiten mischen. Wenn er dabei die gewaltige, tiefe Teilnahme, die die ganze zivilisierte Welt an der Tragödie des russisch-abolutistischen Zusammenbruchs nimmt, als Stufenrummel bezeichnet, wenn er unvorsichtigerweise und nicht eingedenk, daß in der Burenfrage zwei höchst widerprechende Stimmungen in Berlin geherrscht haben, ihn mit dem Burenrummel vergleicht, so beweist dies nur, daß die mobilischen Diplomaten das letzte Gefühl für die Würde der Sprache und des Empfindens verlieren, sobald die Weltgeschichte in eheernen Taten spricht. Vor der Größe dieser Umwälzung bricht auch das aufgeblasene Nichts der westeuropäischen Agenten des Jarismus zusammen und sie vermögen in ihrer geistigen Armut und feilschen Inhaftlosigkeit über die Tragödie nur Gedankenblitze von Weinselbstenden leuchten zu lassen. Es ist eine Beobachtung von starkem psychologischen Reiz, wie in der Zeit großer Ereignisse jäh alle fittigergoldenen Kronen und gepreizten Titel verschwinden, wie die Leere des gleißelnden Scheins in ihrer ganzen Nacktheit aller Welt sichtbar wird. Mit den Sprichlein von der mittleren Linie, der Nichtemischung und den nationalen Interessen an der Freundschaft mit Rußland läßt sich nun einmal nichts mehr machen. Weil man aber irgend einen Ersatz für den durch die Taten der Weltgeschichte geraubten Hausmittelschah der Diplomatie braucht und weil man auch als moderner Mensch nicht allzu weit hinter den Ansprüchen der vorwärtsstürmenden Kultur bleiben möchte, so versuchen die Jaristen von gestern plötzlich sogar anzudeuten, daß sie im Grunde ihres Gemüts vielleicht auch mit den Schnorrern und Verschwoerern fühlen und denken, und daß es ihnen nur ihre diplomatische Einflucht in die Notwendigkeit internationaler Abstimmungspolitik verbietet, ihres Vorgesens humane Geheimnisse zu entschleiern.

Wenn Graf Bülow heute unserem Genossen Webel vorwarf, die Sozialdemokratie sollte doch nicht ihre Sehnsucht ableugnen, gegen Rußland Krieg zu führen, so hat allerdings der Reichskanzler selbst diese Taktik des Verbergens und Verhehlens in grotesker Weise getrieben; indem er die Abhängigkeit der Deutschen von der russisch-abolutistischen Politik mit steigender Entschiedenheit ableugnete, hat er tatsächlich die ganze hundertjährige preussisch-russische Solidarität verleugnet und verraten, die doch bis vor wenigen Monaten noch in wüßter und frecher Heppigkeit blühte und die nun plötzlich niemals wahr gewesen sein soll. . . . Begnügt seien die Granaten und die Bomben, wenn hinter dieser Abkühlung mehr steckt, als die ratlose Verlegenheit, die in Berlin fast nicht minder groß zu sein scheint, als in Jarosko Eselo!

Die kulturelle Verantwortlichkeit, die unsere Regierung bisher gegenüber der russischen Oberherrschaft vermessen ließ, scheint nun endlich wenigstens in der Form sich an den Tag zu schließen, daß man nicht mehr die Allianz mit Bäterchens Schredenherrenschaft laut zu bekennen magt. Als entbedt wurde, daß deutsche Parteigenossen sich an dem Schmuggel von Aufklärungsschriften nach Rußland beteiligten, da rief man preussische Gerichte an zum Schutz des Jarismus. Als heute Genosse Webel mit flammenden Worten über den Untergang des alten verruchten und über die Hoffnung eines neuen befreiten Aufstades sprach, da fühlte niemand mehr das Bedürfnis, Entrüstung über diesen Angriff auf das allerheiligste Dogma der preussischen Politik auch nur noch zu heucheln. Graf Bülow hat überhaupt auf einmal eine starke Abneigung gegen Entrüstungen. Seitdem er das Gefühl hat, daß die offizielle deutsche Politik nicht mehr die Kraft hat, sich zu entrüsten, sondern daß sie beginnt, der Entrüstung der Kulturwelt zu erliegen, seitdem will der Mann, der noch im Vorjahr mit Stolz in den Spuren der ärgsten Russenhande Bismarcks zu wandeln sich vermaß, von derlei freilich Erregungen gar nichts mehr wissen. Freilich stand seine Lehre, daß man auf die Dinge und Taten dieser Welt nur mit

lächelnder Gleichgültigkeit reagieren dürfe, im komischen Widerspruch dazu, daß er sich zugleich mit großer E.berde zu entrüsten bemühte, weil Genosse Webel, indem er noch einmal den Königsberger Prozeß vor das parlamentarische Gericht zog, die Frage aufwarf, welches Vertrauen denn der verantwortliche Justizminister Preußens noch bei den Richtern des Landes genießen könne. Webel wurde wegen seiner Bemerkung, daß der Justizminister das Recht gebeugt habe und deswegen von seinem Platze verschwinden müsse, wenn überhaupt noch Gefühl für Ehre und Reputation in Preußen vorhanden sei, zum zweitenmal zur Ordnung gerufen, nachdem er wegen seiner Kennzeichnung des schmachlichen preussisch-russischen Auslieferungsvertrages zum erstenmal einen Ordnungsruf erhalten hatte. Seine Kennzeichnung der preussischen Rechtspolitik und ihres verantwortlichen Ministers trafen so sehr ins Schwarze, daß die Rechte des Hauses die Brandmarlung ihres geliebten Ministers mit stürmischem Widerspruch unterstrich, der zu erregten Szenen führte.

Eine äußerst glückliche Ergänzung zu diesem Strafgericht, durch das die deutsche Außenpolitik vor das Tribunal kultureller Verantwortlichkeit gestellt wurde, war es, daß nun auch einmal gründlich die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit des Reichskanzlers im Reichstage erörtert wurde. Unter großer Aufmerksamkeit begründete Genosse Heine in haarsträubend geschlossener Rede die Notwendigkeit, daß die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers endlich aus einer papiernen Phrase zu einem realen Recht werde. In den theoretischen Begründungen Heines spiegelte sich klar die Wesenheit der gegenwärtigen Regierungsmethode in allen ihren Zudungen. In diesem Spiegel mochte sich der Graf Bülow nur resigniert beschauen, aber er durfte es nicht wagen, ihn anzugreifen und zu zerbrechen. Die Splitter hätten das Unheil nur vergrößert.

Aus den weiteren Verhandlungen sind noch die Ausführungen des Genossen Stadthagen über die preussische Ausweisungswillkür hervorzuheben, in denen er zeigte, wie die preussische Ausweisung, Ausweisungen nach freiem Ermessen vorzunehmen, mit den Reziprozitätsbestimmungen der von Reichstagen abgeschlossenen Handelsverträge im Widerspruch stehen. Daß man übrigens in Preußen sogar Ausländer deswegen als „lästig“ ausweist, weil eine Ehefrau große und keine Wäsche in der Küche zum Unbehagen ihres Hauswirtes wäscht, schien selbst den Herren auf der Rechten übertrieben — preussisch.

Die Debatte gelangte heute noch nicht zum Abschluß. Die Sozialdemokratie aber hat, indem sie noch einmal die russische Politik des Deutschen Reiches kennzeichnete, bewiesen, daß allein das Proletariat die ernste und echte Verantwortlichkeit für die Ansprüche der nationalen Würde, die nur kulturelle Würde sein kann, trägt. Es ist zwar keine Lustigkeit, daß zunächst schon die kulturelle Verantwortlichkeit auch rechtlich nach festen zwingenden Grundätzen geregelt wird. Der moralische Sieg jedoch wird über kurz oder lang auch zu einem realen reifen.

### Der Krieg in Ostasien.

Zieling durch die Japaner genommen!

Trotz der „siegreichen“ Abwehr Kuropatkins am Fanch haben die Japaner bereits Zieling besetzt! Ein amtliches Telegramm meldet:

**Tolis, 16. März.** Amtlich. Marßall Dyama meldet, daß die japanische Avantgarde den Feind überall hartnäckig verfolgte und Donnerstag nacht 12 Uhr 20 Minuten Zieling besetzt hat.

Der russische „Sieg“ war also wieder einmal ein Potemkinsches Dorf. Daß sich die Russen in eiliger Flucht befinden, wird auch durch folgende Telegramme Kuropatkins bestätigt:

**Petersburg, 16. März.** Ein Telegramm Kuropatkins an den Kaiser vom 14. März meldet: Nach dem heute morgen zurückgewiesenen Angriffe sind weitere Berichte über Kämpfe nicht eingetroffen. Einzelne Soldaten und Kompagnien, die von ihren Abteilungen getrennt waren, sind während der letzten Tage zu ihren Truppenkörpern zurückgekehrt. Die Proviantzüge sind zum Teil wieder in Ordnung gebracht. Die Trains erster Ordnung befinden sich zum großen Teil unter den Truppen. Diese sind mit Proviant hinreichend versehen und bereit, den Kampf von neuem aufzunehmen. (?) Ich habe über die Verluste an Toten, Verwundeten und Vermissten, sowie über die Einbußen der Artillerie und des Trains noch keine genauen Berichte erhalten. Ein weiteres Telegramm Kuropatkins an den Kaiser, datiert vom 15. März, besagt: Die Truppen passieren Zieling in vollkommener Ordnung. Ich habe Teile der 14. Infanterie-Division besichtigt und sie in zuverlässiger Stimmung gefunden. Als ich Zieling verließ, hatte der Kampf noch nicht begonnen. Auf meinem Wege nach Norden habe ich zahlreiche Truppen und Proviantzüge gesehen, alle in großer Ordnung. Ich habe auch aus Rußland frisch eingetroffene Regimenter besichtigt, die einen ausgezeichneten Eindruck machten.

Trotz dieses „guten Eindruck“ flüchtet Kuropatkin ohne Aufenthalt nach Norden. Die lange diese Flucht noch andauern kann, ist freilich die Frage. Die Japaner werden ihre Verfolgung schwerlich aufgeben. Da sie ausgezeichnete Fußgänger sind und sich nicht durch überflüssige Gepäcksstücke beschweren, werden sie die Russen trotz aller Hasenfähigkeit wahrscheinlich bald genug einholen. Dann wird die Randschurci-Armee aufgehört haben zu existieren!

Diese letzte Schlacht kündigt bereits die Petersburger Presse an:

**Petersburg, 16. März.** Der Korrespondent der „Ruskoje Wremja“ meldet: Nachdem die russischen Truppen Zieling geräumt haben und in Stellungen nördlich von Zieling zurückgegangen sind, ist hier eine heftige Schlacht zu erwarten.

### Der Jar hat Kopfschmerzen!

So berichteten die Blätter! Selbst der russen-patriotische Scherzsch „Lokal-Anzeiger“ darf jetzt ungestraft durch die Wilhelmstraße, Bäterchen wie einen Idioten behandeln. Die bisher höchst ruffische konservative „Schlesische Zeitung“ läßt sich „aus erster Hand“ die folgenden unglaublichen Jaren-Schmähungen berichten:

„Der Jar sieht stundenlang wie geistesabwesend da, nimmt kaum etwas zu sich und sagt beständig über Kopfsch. Die Minister mit ihren üblichen Vorträgen sind ihm ganz gleichgültig geworden. Als Fürst Schilow wegen seiner sibirischen Reise ihm Bericht erstatten und zu verschiedenen Projekten die Genehmigung verlangen wollte, schrie ihn der Kaiser nach einigem Anhören an: „Hören Sie auf mit diesen dummen Sachen!“

Gestern noch der Herr der Welt, heute ein armer Blödsinniger. Unsere konservativen Ehrenmänner sind eben Realpolitiker, sie vertreten jeden, mit dem sich keine Geschäfte mehr treiben lassen. Das sind die „Monarchisten“! Vielleicht erleben wir es noch, daß der Königsberger Staatsanwalt, der es für die schändlichsten aller Handlungen erklärt hat, den erhabenen Jaren zu beleidigen, eine Protestresolution gegen Nikolaus II. unterschreibt.

Daß der Jar übrigens ganz verblödet sein muß, geht aus den „Strafen“ hervor, mit denen er jetzt wirtschaftet.

Auf Befehl des Jaren wurde der Moskauer Landwirtschafts-Gesellschaft das Prädikat „kaiserlich“ entzogen, weil sie gegen die zur Unterdrückung der Unruhen in Petersburg am 21. Januar ergriffenen Maßregeln zu protestieren und die sofortige Einführung einer Volksvertretung zu fordern beschloßen, sowie bereits begonnen hatte, die Gouverneure, Landshafämter, Stadträte, Bauerngemeindegewaltungen und Landwirtschafts-Vereine von dem gestohlenen Beschlusse in Kenntnis zu setzen.

Ganz Rußland wird es als eine Erlösung betrachten, wenn der Jar dem Land die Berechtigung entzieht, sich „kaiserlich“ zu nennen. Die „Könige im Exil“ leben doch ganz vergnügt in Paris, und die Eröffnung eines Heringsladens in Whitbagnel — das Geschäft, das in den Königsberger Schriften als Jarenaschl empfohlen wurde — ist doch gerade für einen Mann, der an Kopfsch. leidet, ein vorteilhaftes Unternehmen!

Aus Petersburg meldet der „Standard“, wie das „Bureau Laffan“ telegraphiert:

Die Liberalen bereiten sich zu einer neuen großen Aktion vor. Es finden zahlreiche Zusammenkünfte statt, und in etwa 14 Tagen soll eine Organisation aller Berufsstände gebildet werden. Die Liberalen sind fest überzeugt, daß die von der Regierung eingesetzte Reformkommission eine Täuschung und eine Falle ist, und rüsten sich, dieser Ueberzeugung entsprechend zu handeln. Zwischen dem 20. März und dem Ende dieses Monats sollen in Petersburg eine Anzahl Zusammenkünfte stattfinden, teilweise mit Genehmigung der Regierung. Darunter werden sein: Zusammenkünfte von Mitgliedern der Semstwo und Stadträte, von Rechtsanwälten, Schriftstellern, Ingenieuren und Vertretern anderer liberalen Berufe.

### Politische Ueberblick.

Berlin, den 16. März.

#### Preussisches Abgeordnetenhause.

L'ordre règne à Berlin! Während im Reichstage die Menschlichkeit, die Geschichte mit eherner Stimme sprach, die russische Blutherrschaft gerichtet wurde und der Präsident vergeblich nach „Ordnung“ rief — herrschte diese Ordnung, wie sie sich ein preussisches Herz nur wünschen kann, im Abgeordnetenhause. Angeblich fand nämlich dort die dritte Beratung des Etats statt. Was man eben in Preußen unter Staatsberatung versteht! Eine Generaldiskussion fand nicht statt. Was hätten die Herren der Regierung auch generell zu sagen? Die Regierung weiß längst, wie sie zu marschieren hat, und will sie einmal, wie im Vorjahr bei der Fleischbeschau, nicht sofort Order parieren, so wird sie in acht Tagen zur Raison gebracht. Diese Lektion genügt dann.

Ueberrigens kennt auch das Abgeordnetenhause ideale Interessen. „Mehr Pferde für Ostpreußen!“ das war die Devise der heutigen Beratung. Der Landwirtschafts-Minister versprach, alles zu tun, was in seinen Kräften stehe; und das ist, wenn es sich um Pferde handelt, nicht wenig. Wir können also über das Schicksal der preussischen Pferdegucht fürs erste beruhigt sein.

Während dessen saßen die Vertreter des Volkes im Reichstag über Preußen, über die preussische Justiz und die preussische Regierung zu Gericht. . . .

#### Eine Schluppe in Südwestafrika.

**Berlin, 16. März.** Nach Meldung Generals v. Trotha vom 15. März rief Hauptmann v. Kopp am 10. abends am Südausgang der Schluchten von Kurudab auf die Bande von Korris und führte die feindselige Stellung. — Am 11. März vormittags ging die Abteilung des Majors von Kampff am Nordausgang der Kurudab-Schluchten auf Sturmanns Berst vor und warf den Feind zurück. Beide Abteilungen näherten sich bei Fortsetzung des Vormarsches



einander, wobei Abreibung Kampf zahlreiche vor Koppy flüchtende Feinde unter Feuer nehmen konnte. Am Abend des 11. wurde die gegenseitige Signalbindung gewonnen. Die Schwierigkeiten, die auf dem Marsch durch das wilde zerklüftete Gelände überwunden werden müssen, sind außerordentlich und gestatten nur langsamste Fortschritte. Verluste des Gegners schwer. 700 Stück Großvieh, 6000 Stück Kleinvieh, 50 Pferde, 5 Wagen erbeutet. Diesseits ein Reiter gefallen, 8 Reiter schwer, 2 Offiziere und 3 Reiter leicht verwundet.

Die Abteilung des Hauptmann Kirchner stieß am 10. März beim Vormarsch von Norden her über Kofis auf eine gut verchanzte Stellung, die unter großen Verlusten unserer Seite gestürmt wurde. 100 Meter dahinter wurde nimmere eine zweite stark verchanzte Stellung erkannt, die wegen hereinbrechender Dunkelheit nicht mehr genommen werden konnte. Diesseits gefallen 2 Offiziere, 7 Unteroffiziere und Reiter; schwer verwundet 16 Unteroffiziere und Reiter; leicht verwundet 2 Offiziere, 16 Unteroffiziere und Reiter. Vermißt 2 Reiter. Namentliche Verlustliste folgt so schnell als möglich.

Also 10 Tote, 24 schwer Verwundete, 2 Vermißte und 23 leicht Verwundete! Unsere Voraussage über die Märzverluste hat sich demnach bereits bestätigt!

Berlin, 16. März. Telegramm aus Windhuf: 1. Reiter Heinrich Pöhl, geboren am 26. September 1883 zu Trechtlinghausen, am 11. März 1905 im Lagerort Duijs an Typhus und doppelte Lungentzündung gestorben. 2. Reiter Friedrich Wille, geboren am 23. März 1881 zu Eilenburg, am 3. März 1905 auf Felderitt von Gibben zum Detachement Jweil durch 5 Streifschüsse leicht verwundet. 3. Reiter Paul Aulich, geboren am 10. August 1882 zu Rosenhal, am 25. Februar 1905 durch Unvorsichtigkeit erschossen, Ort noch nicht bekannt.

### Zufriedene Leute.

Eigentlich müßten die bürgerlichen Sozialreformer am meisten enttäuscht sein von dem Regierungsentwurf zu einem Vergarbeiter-Lohngesetz. Zeigt er doch klaren Sinn, daß die Sozialreformerei, die von der Klassenregierung zu erwarten ist, für die Katz ist. Im Grunde der Reiz hat die Regierung Versprechungen gegeben, „eine ganze Reihe“ der Beschwerden der Arbeiter zu beseitigen. Jetzt bringt sie einen Vorschlag, der nicht kalt und nicht warm, nicht ganz und nicht halb ist. Das Kalte wird verboten, aber es werden Geldstrafen dafür zugelassen; Garantien für eheliche Bezahlung der geleisteten Arbeit werden verweigert; es werden Arbeitervereine eingeführt, aber sie haben nichts zu sagen und sind vor Maßregelungen nicht geschützt; es wird eine Begrenzung der Arbeitszeit gegeben, aber nur für einen kleinen Teil der Arbeiter und nach Grundfragen, die keiner Kritik standhalten; die Ueberprüfungen werden geregelt — für einen kleinen Teil der Vergarbeiter, aber gleichzeitig für alle Arbeiter die Pflicht zur Ueberarbeit gesetzlich begründet.

Diese „Reform“ wird vor ein Parlament gebracht, das die Garantie für weitere Verwässerung bietet, wenn es nicht noch Schlimmeres mit der Vorlage macht.

Aber auch wenn die Vorlage Gesetz wird, was ist dann an der tatsächlichen Lage der Vergarbeiter eigentlich gebessert? Wird darum ihr graues Kleid um ein Jota gemildert, wird darum ihr Leben nur einen Schein freundlicher, menschlicher? Können sie danach ein Stückchen Fleisch mehr essen, einen besseren Rock kaufen, eine erträglichere Wohnung haben? Haben sie dann nur ein Häufchen mehr Anteil an den Kulturgütern, die sie schaffen helfen?

Man braucht wahrhaftig einer Bourgeoisregierung nicht zugunsten, daß sie den Kapitalismus und das Proletariat abspalten soll, und doch kann man sagen, nach dem Rezept der preussischen Regierung wird in 500 Jahren noch nicht die bürgerlich-sozial-reformerische Seligkeit erreicht sein. Die Herrschaften müßten deshalb aufrichtig betrübt sein über die durch ein neues schlagendes Beispiel bewiesene Ausichtslosigkeit ihrer Arbeiterbeglückungspläne.

Aber gewiß: wenn sie diese Ausichtslosigkeit eingeständen, dann müßten sie sich selbst aufgeben und das kann man am wenigsten von Optimisten verlangen. Herr Professor Franke beweist deshalb den Vergarbeitern in einem Artikel der „Sozialen Praxis“ nicht mehr und nicht weniger, als daß — ihr Schicksal von dieser Novelle zum Vergesetz abhängt. Er schreibt:

„Ein Mann, das den großen Unternehmerorganisationen nahesteht, meint schadenfroh, die Regierung werde sich mit ihren Novellen zwischen zwei Stühle setzen: Die Grubenbesitzer stoße sie vor den Kopf und die Arbeiter gewinne sie nicht. Wenn man die Kritik mancher Organe der Sozialdemokratie liest, die nichts Besseres zu tun wissen, als die gesetzgeberischen Maßnahmen der Regierung herunterzureißen, so fühlt man sich verächtlich, auch diesmal, wie schon des öfteren, Scharfmacher und Sozialdemokraten als Bundesgenossen gegen Fortschritte der Sozialreform zu bezeichnen. Wir hoffen aber, daß der gesunde, in dem Boden der Wirklichkeit wurzelnde Sinn der Vergarbeiter anders urteilt. Sie könnten der Reaktion keinen willkommeneren Dienst erweisen, als wenn sie die Vorschläge der Regierung jetzt verschmähen, weil sie nicht alle ihre Wünsche erfüllen. Kein Zielziel sollen sie von ihren Forderungen aufgeben, keine Kritik sich verjagen, jede mögliche Verbesserung beantragen, aber es wäre die verkehrteste Taktik von der Welt, ja geradezu ein nationales Unglück, wenn sie sich in eine schroffe Opposition verneinen würden.“

Unterstützen die Vergleute — unter Vorbehalt weiterer Forderungen — die Regierung, so schlagen sie den Gegnern der Verbesserung ihres Loses die schärfste Waffe aus der Hand. Im anderen Falle treiben sie eine Politik der Selbstzerfleischung, an der alle Scharfmacher, aber auch die Sozialdemokraten ihre helle Freude haben werden. So ist ihr Schicksal in ihre eigene Hand gelegt.“

Herr Franke sieht also die Erfüllung des nationalen Willens in der Annahme des Regierungsentwurfes oder mehr vielleicht in der Erhaltung des „sozialen Friedens“ um jeden Preis. Wir haben natürlich nichts gegen fortschrittliche Reformen, selbst wenn sie geringfügig sind, aber wir finden es geradezu komisch, wie sich Herr Franke müht, aus der Mücke einen Elefanten zu machen. Natürlich ist das Schicksal der Vergleute in ihre eigene Hand gelegt, doch spielt dabei die gegenwärtige Novelle zum Vergesetz keine Rolle. Viel eher spielt für das Schicksal der bürgerlichen Sozialreformer deren Stellungnahme zur Vergesetznovelle und ähnlichen „Reformen“ eine Rolle. Damit wir ihnen natürlich keine guten Lehren geben wollen. Wir wollen es ihnen vielmehr gern überlassen, sich so viel oder so wenig Kredit zu verschaffen, als ihnen gut dünkt. Wenn sie in einem ernsthaften Kampfe der Vergarbeiter um Verbesserung ihrer Lage ein größeres nationales Unglück sehen, als in dem jetzigen Elend der Vergarbeiter, so mag diese Zufriedenheit zwar sehr wohlthuend sein für die ungestörte Verdammung der Herren Sozialreformer, doch was schiert das die Vergarbeiter? Davon, daß sie sich mit der Stellung von Anträgen begnügen, im übrigen aber auf schroffe Opposition verzichten, werden sie niemals etwas zur Verbesserung ihrer Lage erreichen.

Es gibt aber auch unzufriedene Leute. Die Delegierten des bergbauvereinlichen Internationals haben, auf Einladung des Zentralverbandes deutscher Industrieller, am Donnerstag in Berlin zu der Vergesetznovelle Stellung genommen. Sie haben folgende Resolution beschlossen:

„Die heutige Versammlung der bergbauvereinlichen Vereine Deutschlands spricht sich einmütig dagegen aus, daß in den tatsächlichen

Arbeiter- und Arbeitsverhältnissen des preussischen Bergbaues irgendwelche Berechtigungen dafür vorhanden sei, die in der neuesten Vergesetznovelle vorgeschlagenen besonderen gesetzlichen Maßnahmen bezüglich der Bergarbeiterverhältnisse zu treffen. Sie wird diesen Standpunkt in einer ausführlichen Denkschrift dem Landtage darlegen und hierbei noch ganz besonders auf die schwerwiegenden prinzipiellen Bedenken hinweisen, daß die vorgeschlagenen Gesetzesbestimmungen in erheblicher Weise einerseits Sozialdemokratie und das Großproletariat fördern und andererseits durch Vertenerung der Kosten-Selbstkosten und damit auch der Kohlenpreise die weitesten Kreise der Kohlenkonsumenten und insbesondere die deutsche Industrie schädigen würden.“

Die Unternehmer haben es noch immer verstanden, auch gegen die geringfügigste Sozialpolitik tausend Angriffsgründe ins Feld zu führen. Der wahre Grund ihrer Resolution liegt natürlich lediglich in dem Widerwillen gegen jede staatliche Einmischung und in der Verführung, daß ihr Unternehmerprofit irgendwie geschmälert werden könnte. Dabei ist noch dazu dieser Widerwille und diese Verführung angeichts der Vorschläge des Regierungsentwurfes völlig grundlos.

## Deutsches Reich.

### Wahlerrörismus. Budgetfragen.

Am Donnerstag morgen tagte eine Plenarsitzung des Bundesrates, die sich, wie nachher der Staatssekretär des Reichstages mitteilte, mit der Ausgestaltung des Reichsbudgets für 1905 befaßte: Die Einzelstaaten haben sich danach „bereit erklärt“, zu den bereits definitiv von ihnen übernommenen 24 Millionen Mark ungedeckter Matrularbeiträge noch 22 Millionen zu übernehmen, um die „Zuschußanleihe“ unnötig zu machen. Die Herren Bundesratsbevollmächtigten haben sich auf diese großmütige „Bereitswilligkeit“ sicherlich viel zugute getan, wenn sie ihnen auch durch die Zufage erleichtert wurde, diese 22 Millionen sollten ihnen zunächst gestundet werden. Aber — erstens kommt es anders, und zweitens wie man denkt!

Vor der Reichs-Schatzsekretär seine Geschäfte im Bundesrat beendet hatte, nahm die Budgetkommission die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats für das Reichsheer weiter durch. Dabei brachte der Referent Abgeordneter Koeren einen krassen Fall von Wahlerrörismus zur Sprache, der sich so abgespielt hat, daß ein Aufseher bei einem Magazin in Ostdeutschland, der seit 1875 im Dienste der Militärverwaltung gestanden hat, laut Urtest deshalb entlassen worden ist, weil er für einen polnischen Kandidaten bei der Landtagswahl gestimmt hat. Der Kriegsminister gab die Intendanturbehörde, die in dieser Weise die Wahlfreiheit unterbunden hat, rückhaltlos preis und versprach sie zu rektifizieren. Abg. Müller-Sagan benutzte die Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, daß bei der Marine neuerdings sogar ein Mitglied der Budgetkommission, das in Kiel lebe, boykottiert werde, weil es sich gegen die Verwaltung ausgesprochen habe. Dieser Fall wird ja zweifellos im Plenum bei der dritten Beratung des Marine-Etats noch zu weiteren Erörterungen Anlaß geben. Bis dahin ist vielleicht auch der Staatssekretär des Reichs-Marineamts über die eigenartigen Gepflogenheiten des Kaiser Ober-Verwaltungsdirektors genügend unterrichtet, um Rede und Antwort zu stehen.

Bei den verschiedenen militärischen Bauten in allen Teilen des Reiches wurden kleinere Beträge abgestrichen, im Prinzip aber alles bewilligt. Dabei entspann sich eine längere Debatte über die Art des fiskalischen Bauens. Notwendige Bauten werden über Jahre und Jahre ausgedehnt und die Kosten in fünf und noch mehr Jahresraten angefordert. Im Etat für 1905 werden noch Bauraten für Gebäude verlangt, die bereits im Jahre 1899 begonnen wurden! Von den Abgeordneten Dr. Paasche, Gröber und Dr. Südekum wurde nachdrücklich befristet, daß fiskalische Bauten dadurch rationaler zu gestalten, daß man weniger Bauten begimme, die begonnenen aber dafür rascher vollende. Die Heeresverwaltung rechtfertigte ihr bisheriges Verfahren mit der in den letzten Jahren eingetretenen rapiden Verschlechterung der Reichsfinanzen: es sei ihr nicht möglich gewesen, mehr Geld zu erlangen, und sie habe, wie General Gallwitz nachwies, ihre Ansprüche von früher 35 Millionen auf jetzt 9—10 Millionen herabmindern müssen. Der Minister erklärte, daß er auf eine Beachtung der gegebenen Anregungen sehen werde.

Ueber die Vorgänge beim Verkauf zweier Kasernen und eines Exerzierplatzes in Wiesbaden gab General Gallwitz auf eine Anregung von der Linken ausführliche Auskunft. Ein großer Teil der dann folgenden Verhandlungen wurde für geheim erklärt; eine Forderung der Regierung (20 000 Mark) zu Vorarbeiten für einen Truppen-Übungsplatz beim 18. Korps (Lothringen) wurde einstimmig gestrichen.

Bei dem außerordentlichen Etat kam es zu einer sehr wichtigen prinzipiellen Aussprache und Beschlußfassung über budgetäre Grundfragen. Die schon früher auf dem ordentlichen Etat geführten Ausgaben für Waffen- und Munitionserlas bzw. für Neuanschaffungen von Waffen etc. sind in diesem Jahre in den außerordentlichen Etat gesteckt worden, damit sie aus Anleihemitteln bezahlt werden. Der Referent Abg. Koeren bemängelte dieses Verfahren und Abg. Dr. Südekum stellte den Antrag, die Titel 2—4 des 3. Kapitels des außerordentlichen Etats auf den ordentlichen zu übernehmen. Der Reichs-Schatzsekretär wandte sich begreiflicherweise energisch gegen diesen Antrag, durch den sein ganzer Etat umgestaltet wird: Antrag Südekum räumte nämlich mit der Fiktion auf, als ob das Budget für 1905 — zumal nach dem am Morgen desselben Tages gefassten und oben bereits erwähnten Bundesratsbeschlusse — einwandfrei sei und ohne „Zuschußanleihe“ auskomme. Die Ansichten darüber, ob die Angaben für Bewaffung usw. in den ordentlichen oder außerordentlichen gehörten, seien noch nicht geklärt; mindestens könne man sie vorübergehend auf Anleihen übernehmen, wie Artikel 73 der Reichsverfassung erkennen lasse. Er persönlich verspreche ausdrücklich, daß er für eine Uebernahme dieser Ausgaben auf den ordentlichen Etat sorgen werde, sobald nur die Finanzen des Reiches sie tragen könnten; aber in diesem Jahre sei es ganz unmöglich, den Einzelstaaten noch mehr als 30 Millionen Mark ungedeckte Matrularbeiträge zuzumuten. Diesen Ausführungen des Reichs-Schatzsekretärs trat im Verlaufe der Debatte der bayerische Bundesrats-Bevollmächtigte Geheimrat Burkhard mit großer Lebhaftigkeit bei und beschwor die Budgetkommission, aus Rücksicht auf die Einzelstaaten den Antrag Südekum abzulehnen. Dagegen wurde aus den Reihen der Abgeordneten der Grundgedanke des Antrages Südekum nur durch den Abg. Paasche (natl.) angefochten. Selbst die Vertreter der konservativen und freikonservativen Partei, Abg. v. Richtig und v. Kardorff gingen nicht weiter, als daß sie erklärten, sich ihr Votum vorbehalten zu müssen; der Begründung des An-

trages durch Abg. Dr. Südekum, der nachwies, daß die Uebernahme dauernder und regelmäßiger Ausgaben auf Anleihen durchaus unzulässig und budgetrechtlich unverfänglich sei, schloß sich der Abg. Dr. Spahn durchaus an, indem er auf die Grundfrage nachdrücklich hinwies, die der Reichstag im Verein mit den Regierungen über die Aufstellung des Budgets im Jahre 1901 aufgestellt hat: danach sei der eingebrachte Antrag durchaus richtig. Abg. Singer betonte, daß die Bundesstaaten kein Recht hätten, jetzt im Verlaufszeitung ihrer Finanzverhältnisse zu bitten: sie hätten sich die Konsequenzen ihrer Beschlüsse vorher klar machen sollen. Was einmal an Schulden kontrahiert werde, das würden wir nicht wieder los; darum müssen die Bundesstaaten nach der Verfassung herangezogen werden. Abg. Dr. Müller-Sagan bemerkte, nur durch den Antrag Südekum komme man zur Klarheit im Budget; das Hin- und Herschieben von solchen Titeln bringe ja alles in Verwirrung! Die Regierungen lögen sich selbst in die Taschen, wenn sie an dem Verfahren festhielten, das sie bei Aufstellung des Etats beliebt hätten.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Südekum mit großer Mehrheit angenommen. Nach dieser durchaus notwendigen Korrektur gewinnt der Etat allerdings ein erheblich anderes Gesicht, als es bisher von den Regierungsvertretern gezeichnet worden ist.

Weiterberatung am Freitag.

Königsberg i. Pr., 16. März. Die Strafkammer verhandelte heute gegen acht Personen wegen Verletzung des Wahlrechtes bei Gelegenheit der Reichstags-Stichwahl am 25. Juni 1903 und verurteilte sechs davon zu Gefängnisstrafen von 1 bis 10 Tagen. Die Angeklagten hatten ihre Stimmen bei der Hauptwahl im Wahlkreise Königsberg-Land und bei der Stichwahl in Königsberg-Stadt abgegeben. Ein Angeklagter hatte bei der Hauptwahl und Stichwahl in Königsberg-Stadt in zwei Bezirken gewählt. Ein Angeklagter wurde freigesprochen, ein Fall wurde vertagt.

§ 175. Drei Berliner Expreßer haben sich heute vor der sechsten Strafkammer des Landgerichts in Dresden zu verantworten. Schon seit längerer Zeit war man in eingeweihten Dresden Kreisen darüber unterrichtet, daß der Hauptmann a. D., spätere Ratsassessor und Stabsbesitzer Dr. jur. Paul Adermann, ein Schwager des bekannten Präsidenten der zweiten Kammer des sächsischen Landtages, Geheimrat Hofrats Dr. Mehnert, strafbaren Reizungen huldigt. Dr. jur. Adermann fuhr häufig nach Berlin und traf dort in einem Hotel in der Friedrichstraße mit dem in Charlottenburg wohnhaften, 28 Jahre alten Stadtreisenden Wollmann zusammen. An einem Tage des Monats Oktober 1904 fand wiederum eine solche Zusammenkunft zwischen Dr. Adermann und dem genannten Wollmann statt. Bei diesem Rendezvous wurde nun Dr. A. von einem Freunde Wollmanns, dem aus Arierh in Pommern gebürtigen, 21-jährigen Kellner Wilhelm Duple überrascht, jedenfalls im Einverständnis mit Wollmann. Duple verband sich mit dem in Berlin lebenden, aus Großenhain in Thüringen gebürtigen Hausdiener Otto Mohan, und beide eröffneten gegen den inzwischen nach Dresden zurückgekehrten Dr. Adermann einen Expreßungs-feldzug. Zweimal war es ihnen schon gelungen, von ihrem Opfer größere Summen zu erpressen; als sie aber zum drittenmal in der Wohnung Dr. Adermanns in Dresden erschienen und wiederum ein Schweigegeld in Höhe von 1400 M. verlangten, konnte sich der gequälte Mann nicht anders helfen, als sich unter den Säug der Polizei zu stellen. Diese verhaftete am 6. November vor. Jahres in Berlin Wollmann, Duple und Mohan. Damit war aber auch gleichzeitig das Schicksal Dr. Adermanns besiegelt; er wurde ebenfalls wegen Vergehens nach § 175 des Reichs-Strafgesetzbuches gefänglich eingezogen, und seit Anfang November vorigen Jahres befindet sich der ehemalige Hauptmann a. D. in Haft. Die Verhandlung findet wegen Gefährdung der Sittlichkeit unter vollständiger Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Wulfsch, die Verteidigung Dr. Adermann führen die Rechtsanwälte Stadtverordneten-Vorsteher Justizrat Dr. Stöckel und Giese. Es sind zwei Zeugen sowie zwei medizinische Sachverständige geladen, die ein Gutachten über den Geisteszustand Dr. Adermanns abzugeben haben. A. ist in der Landes-Irrenanstalt Sonnenstein sechs Wochen beobachtet worden; seine geistigen und physischen Kräfte sollen gelitten haben.

Der Vater Adermanns war in Dresden Notar und hat fast fünfzig Jahre lang im politischen Leben gestanden. Er war konservativer Reichstags-Abgeordneter, langjähriger Präsident der zweiten sächsischen Kammer, ein Reaktions-Strapalosester Art. Er hatte zwei Söhne. Der eine war Offizier und ging wegen Schulden ins Ausland. Der zweite Sohn, der jetzige Angeklagte, war Rechtsanwält. Da es aber mit der Praxis nicht recht ging, wurde er 1901 Ratsassessor und auf Verwendung der Freunde der Adermannschen Familie nach Einverleibung der Vorstädte Plauen und Köstau Stabsbesitzer mit 4200 M. Jahreseinkommen. Dr. A. ist am 29. Juli 1849 geboren, heiratet und Vater eines Kindes. Von der Fürstenschule zu Grimma besuchte er die Universitäten Bonn und Heidelberg, nahm am deutsch-französischen Kriege teil und wurde Hauptmann der Landwehr. Diese Charge hat er indessen jetzt zurückgegeben. Er spielte in Dresden eine große Rolle und war eine allgemein bekannte Persönlichkeit. Alle nationalen Unternehmungen erfreuten sich seiner tatkräftigen Mitarbeit. Auf Einladung des jetzigen Königs Friedrich August hielt er mehrere Male den jungen Prinzen Vorträge über seine Kriegsergebnisse. Bei Veranstaltungen von Turn- und Schwimmvereinen sowie der Jünglingsvereine Dresdens war er ständiger Gast.

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

Zur ungarischen Ministerkrise. Wien, 16. März. Der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza wurde heute vormittag und am Nachmittag von dem Kaiser in Audienz empfangen. Auf Vorschlag des Grafen Tisza wird sich der Kaiser am Sonntag nach Budapest begeben, wo weitere Schritte zur Lösung der Krise unternommen werden sollen. Wahrscheinlich werden neuerdings Berufungen von Politikern erfolgen.

### Italien.

#### Die italienische Kabinettskrise.

Rom, 16. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Unmöglichkeit von Fortis Kabinettsbildung beruht auf der Forderung Luzzattis und Tittonis, die Streifgesetze beizubehalten, kombiniert mit der Schwierigkeit, diese beiden Minister zu ersetzen, sowie dem geringen Prestige Fortis und allerlei Vorrangstreitigkeiten der Kandidaten. Die Interims-Präsidenschaft Tittoni soll lediglich das Kammerbotum provozieren und aus der außerparlamentarischen Krise eine parlamentarische machen, damit die Kammermehrheit einen neuen Präsidenten wählt. Tittoni tritt mit der gesamten Erbschaft Giolittis stellvertretend vor die Kammer.

## Parlamentarisches.

Wahlprüfungskommission. Zunächst entschied sich die Kommission über die Wahl des Abg. K. ern im Wahlkreise Bunzlau-Lüben. Die neuerdings von den 17 Prozenten aufgestellten Verbindungen ergaben noch nicht das Resultat, daß an Stelle des sozialdemokratischen Kandidaten der freisinnige zur Stichwahl hätte gelangen müssen, aber



es wurde bemerkt, daß, wenn es sich bewahrheitete, daß der Bürgerweiser in Lüben in öffentlicher Versammlung für Herrn agitiert habe, nicht der Wahlakt in Lüben, sondern nur die Stimmen für Herrn faßiert werden müßten. Das ergäbe sich die Ungültigkeitserklärung der Wahl. Die Kommission beschloß darauf, die Wahl zu beanstanden und Erhebungen über die von der Kommission erheblich befundenen Protestpunkte zu veranlassen. Darauf ging die Kommission über zur Prüfung der Wahl des Abg. v. Derken im Wahlkreis Jüterbog-Ludowalder-Bauch-Beitzig, wo bei der Hauptwahl der Abg. v. Derken, (sonst.) 11320, Ewald, Sozialdemokrat 11070, der Freisinnige 2803 Stimmen erhielt, bei der Stichwahl v. Derken 14727, Ewald 13048. Gegen die Wahl liegt ein Protest von sozialdemokratischer Seite vor, der mehr als 100 Unterschriften trägt. In Veelich ist es verhindert worden, daß Wahlberechtigte Einsicht in die Wahllisten für andere Wähler nehmen konnten, man hielt denen, die Einsicht nehmen wollten, die Liste vor, zeigte ihnen, daß ihr Name in der Liste verzeichnet war, verdeckte aber mit der Hand die Namen anderer Wähler, damit sie der Einsichtnehmende nicht sehen sollte. In dieser Liste waren die in der Heilstätte zu Veelich sich befindlichen Patienten nicht eingetragen und auf eine, an den Landrat gerichtete Beschwerde darüber, wurden sie mit einem abschließenden schriftlichen Bescheid bedacht. Es liegen der Kommission 80 bedauerliche Bescheide vor. Es entspann sich eine sehr lebhafteste Debatte über diese Bescheide, in der von konservativer Seite zunächst diese Bescheide für unerbittlich bezeichnet wurden, als aber an der Hand des Gesetzes (§ 8) und im Hinblick auf die Beschlüsse des Reichstags diese Bescheide als geschwundene festgestellt wurden, kam die Kommission zu dem Beschlusse, Erhebungen darüber anstellen zu lassen. Noch lebhafter gestaltete sich die Debatte über die Ausweisung von Sozialdemokraten aus vielen Wahllisten auf Grund einer vom Landrat ausgehenden Verfügung an die Wahlvorstände. Die Debatte mußte abgebrochen werden, da der konservative Referent — Referent ist der Abg. Fischer-Berlin — in das preussische Abgeordnetenhaus abgerufen wurde.

Die Wahlforschungskommission des Abgeordnetenhauses hat die drei Mandate für Halle-Perford-Vielefeld zu beanstanden beschlossen. Infolge Stimmhaltung von 131 sozialdemokratischen Wahlmännern siegte dort in der Stichwahl die konservativen Kandidaten, darunter der Pastor v. Wodewitz, über zwei National-Liberale und einen Kandidaten der freisinnigen Volkspartei. Die Schuld an diesem Wahlergebnis hatte der Liberalismus, der der Sozialdemokratie, obschon sie mit statistischer Zahl von Wahlmännern ausschlaggebend war, jedes Mandat verweigerte.

## Partei-Nachrichten.

Der Beschlus der Dortmunder Preßkommission, der sich mit der Haltung der „Arbeiter-Zeitung“ zum Bergarbeiterstreit einverstanden erklärte, wurde, wie die „Arbeiter-Zeitung“ mitteilt, in einer Konferenz der Vertrauensleute des Wahlkreises Dortmund-Görde geteilt.

## Major von Sydow vor dem Oberkriegsgericht.

Frankfurt a. M., 18. März 1905.  
Am zweiten Verhandlungstage unternahm der Gerichtshof zunächst eine Besichtigung der Wohnung des Majors von Sydow. Die Jungin Dienstmädchen Böching mußte an Ort und Stelle den Vorgang der Prügelstrafe erklären und veranschaulichen. Kurz vor 10 Uhr begannen dann wieder die Verhandlungen. Vor Eintritt in die weitere Beweisaufnahme verliedert der Verhandlungsleiter Oberkriegsgerichtsrat Daffner, daß das Kriegsgericht der 20. Division, durch welches der Angeklagte in erster Instanz verurteilt worden ist, für den Major ein Gnadengesuch eingereicht habe. Die weitere Zeugenernennung förderte nichts wesentlich Neues zutage. Mittags wurde die Beweisaufnahme geschlossen.

### Das Urteil.

Nach 1 1/2 stündiger Beratung des Gerichtshofes verliedert der Verhandlungsleiter das Urteil. Es lautet:

1. Auf die Berufung des Angeklagten wird das kriegsgerichtliche Urteil vom 1. Oktober 1904 aufgehoben.
2. Der Angeklagte wird wegen Körperverletzung in einem Falle zu 300 M. Geldstrafe eventuell zu 30 Tagen Gefängnis verurteilt.
3. Der Angeklagte wird der Körperverletzung in drei Fällen freigesprochen.

## Soziales.

### Feuerwehrübung am Sonntag.

Die Polizeiverordnungen über die andere Heiligung der Sonntag, die an Sonn- und Feiertagen öffentlich bemerkbare Arbeiten verbieten, finden auf Feuerwehrübungen keine Anwendung. So hat das Kammergericht am 16. März entschieden und unter Zurückweisung an die Vorinstanz die Freisprechung mehrerer Mitglieder einer Pflichtfeuerwehr, welche bei der sonntäglichen Wehrübung fehlten, aufgehoben. Handlungen, die unter staatlicher Autorität vorgenommen wurden, blieben von solchen Verordnungen unberührt.

### Müllabfuhr und Eigentumsrecht.

Eine Polizeiverordnung, welche die Grundbesitzer verpflichtet, das Hausmüll in bestimmten Gefäßen zur regelmäßigen Abfuhr durch ein kommunales Müllabfuhr-Institut bereit zu halten, ist nach einem Urteil des Kammergerichts vom 16. März rechtskräftig. Es wurde ausgeführt, daß durch diesen Eingriff in das Eigentumsrecht der Artikel 9 der Verfassung nicht verletzt werde. Hinter dem allgemeinen Wohl, dem die Verordnung in sanitärer Beziehung diene, müsse das Interesse des einzelnen zurücktreten. Aus gesundheitspolizeilichen Gründen dürfe die Polizei das an sich ja dem Hausbesitzer gehörende Müll beanspruchen.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

11. Sitzung vom Donnerstag, den 16. März, nachmittags 5 Uhr. Der Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.  
Es findet zunächst die Wahl von 5 Bürgerdeputierten für die Deputation der städtischen Fach- und Fortbildungsschulen statt. Gewählt werden: Schlossermeister Lers, Birkenstraße 18, Ingenieur Leithold, Großbeerenstraße 56a, Kaufmann Max Jordan, Marktgrabenstraße 107, Fabrikbesitzer Sandmann, Alexandrinenstraße 105, Möbelfabrikant Hummel, Vogelhagenstraße 9.  
Sobald erfolgt die Wahl eines Bürgerdeputierten bei der Deputation für das städtische Turn- und Badewesen. Gewählt wird Ingenieur Hausbrand, Brangelstr. 64/66. Hieraus werden die Vorlagen betr. die in den Etat für 1905 aufzunehmenden Gehaltsveränderungen und betr. die Vermehrung der etatsmäßigen Stellen im Etatsjahre 1905 in der Spezialberatung erledigt. Referent des Ausschusses für diese Vorlagen ist Stadtv. Wallach.  
Die Magistratsvorschläge bezüglich der Magistratssekretäre werden mit der Maßgabe genehmigt, daß es bei dem bisherigen Höchstgehalt verbleibe, nämlich 5300 M., welches der Magistrat auf 5100 M. herabzusetzen vorgeschlagen hatte. Das Anfangsgehalt der Bureau-Assistenten ist durch den Ausschuss von 2000 auf 2100 M. erhöht worden. Für die neue Kategorie

der „Ständigen Bureaugehülften“ schlägt der Ausschuss statt der Etala von 1900—2800 M. eine solche von 1400—3000 M. vor.

Für die Assistenzärzte an den Irrenanstalten ist eine Etala von 1500—2700 M. (Vorlage 1500—2400 M.) vom Ausschuss vorgeschlagen. Weitere Erhöhungen über die Vorlage hinaus sollen die Gehaltslisten für die Sachschlichter bei den Wasserwerken, für die Maschinenführer bei den Kanalisationswerken und für die Markthallenpfortner erfahren.

Stadtv. Dr. Preuß (soz.-fortsch.) betont, daß die Petition der Kanalgehülften durch die Aufbesserungsvorschläge der Magistratsvorlage und durch die Ausschussverhandlungen erledigt sei. Stadtv. Berls (N. L.) wünscht eine höhere Aufbesserung der Steuerheber als vorgesehen (100 M. Zulage).

Oberbürgermeister Kirsner: Ich bin sehr überzeugt, daß, wenn bei den Steuerhebern über die vom Magistrat vorgeschlagene Erhöhung von 100 M. hinausgegangen wird, diese weitere Erhöhung bei der gleichgestellten Kategorie der Arbeitshausaufseher, Magistratsdiener usw., die allergrößte Unzufriedenheit erregen muß. Der Dienst der Steuerheber verlangt zwar zu Zeiten eine erhöhte Arbeitsfähigkeit, aber darauf folgt auch eine Zeit größerer Ruhe. Sie erhalten eine Funktionszulage von 300 M., die nicht ganz durch Dienstausgaben erspößt werden.

Ueber die neue Kategorie der „Ständigen Bureaugehülften“ äußert sich

Stadtv. Dr. Preuß abschließend. In der städtischen Verwaltung sollte es nur festgesetzte Beamte und solche geben, die nach einer gewissen Dienstzeit in etatsmäßige Stellen aufrücken.

Redner stellt einen bezüglichen Antrag.  
Der Oberbürgermeister: Von einer Gehaltserhöhung der Bureauhülfsarbeiter, die ja zum größten Teile Bureau-Assistenten geworden sind und im übrigen auf dem Aussterbetat stehen, haben wir absehen zu können geglaubt. Mit den neuen „Ständigen Hülfsarbeitern“ wollen wir

### eine neue Beamtenkategorie

introduzieren; sie sollen mit der Anstellung Beamte werden. Damit fallen alle die Schwierigkeiten fort, welche der Verwaltung daraus erwachsen, daß die Bureauhülfsarbeiter gegen unseren Willen Beamte wurden. Es hat sich die Notwendigkeit herausgestellt, diese neue Kategorie zu schaffen, die durchaus den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend gestaltet ist.

Stadtv. Dr. Preuß: Dann verstehe ich noch weniger, warum man zwei Beamtenkategorien nebeneinander einstellt. Man will die alten 200—300 Mann durchaus verschwinden lassen, weil sie eben jenes Odium noch immer mit sich schleppen.

Stadtv. Gafel (N. L.) schließt sich im wesentlichen den Darlegungen des Oberbürgermeisters an. Auch den bisherigen Bureauhülfsarbeitern solle man aber im Bedarfsfall auch Befoldungserhöhungen zuwenden.

Der Oberbürgermeister: Der Magistrat wird einer solchen Erhöhung nicht abgeneigt sein, wenn er von ihrer Notwendigkeit überzeugt ist.

Stadtv. Singer (soz.): In der Begründung der Vorlage wird mehrfach eine Gehaltserhöhung damit motiviert, daß 1900 M. als Anfangsgehalt in Berlin für einen Beamten nicht ausreichen. Damit steht doch die eben gehörte Erklärung des Oberbürgermeisters im Widerspruch. Der Magistrat würde sich eine ganze Menge Unannehmlichkeiten ersparen, wenn er etwas munificenter mit der Bemessung des Anfangsgehaltes verfuere. Bezüglich der Bureauhülfsarbeiter kann ich auch die Empfindung nicht los werden, daß die völlige Uebergehung dieser Kategorie bei der Aufbesserung aus dem alten Streit sich erklärt. Das höchste Gehalt dieser Beamten wird erst in viel längerer Zeit verdient als von anderen Beamten. Ihre Meinung, daß sie exzeptionell unüberrückend behandelt werden, erscheint danach gerechtfertigt. Der Magistrat sollte sich überlegen, ob nicht eine kleine Zulage zu bewilligen wäre und uns dennächst eine entsprechende Vorlage machen. Wir wissen doch alle, daß in unseren Bureaus eine Menge Arbeiten zu erledigen sind, die über den Begriff einer gelegentlichen Hilfe hinausgehen. Das war ja der Grund für die Reichsgerichtsentcheidung.  
Der Oberbürgermeister erklärt, sich von jedem Uebelwollen gegen diese Beamtenkategorie frei zu wissen, so fauer ihm auch einige das Leben gemacht hätten. Die neue Einrichtung solle ein besseres Hülfsarbeiter-Personal heranziehen helfen. Die vorhandenen Bureauhülfsarbeiter ständen alle in höheren Gehältern, für sie käme der Anfangslohn von 1200 M. überhaupt nicht in Betracht. Durch die Zulage der Beamtenqualifikation seien diese Herren überhaupt in eine ganz unverhältnismäßig günstige Stellung finanziell gekommen. Gegen die Erhöhung des Anfangsgehaltes der neuen Kategorie auf 1400 M. habe der Magistrat voraussichtlich nichts einzuwenden.

Nach Ablehnung des Antrags Preuß nimmt die Versammlung hinsichtlich der „Ständigen Bureaugehülften“ die Vorschläge des Ausschusses an.

Gegen den Vorschlag des Ausschusses, für die 54 Markthallenpfortner statt der vom Magistrat vorgeschlagenen Etala von 1500 bis 1700 M. nach 3 bzw. 6 Jahren ein Anfangsgehalt von 1500 und ein Endgehalt von 1900 M., zu erreichen nach 2, 4, 6, 8 Jahren festzusetzen, spricht sich Stadtv. Sachs (N. L.) aus. Während Stadtv. Pasquel (N. L.) den Ausschussvorschlag verteidigt, bekämpfen Stadtv. Alberti und der Oberbürgermeister denselben mit großer Lebhaftigkeit wegen seiner unerwünschten Rückwirkung auf die Gehaltsverhältnisse anderer Kategorien, z. B. der Markthallenaufseher.

Stadtv. Dinge (soz.): Erst der Magistrat, nicht die Deputation, hat sich entschieden, das jammersüchtige Anfangsgehalt von 1300 auf 1500 M. zu erhöhen. Auf einen Antrag der Markthallen-Deputation, auch das Höchstgehalt über 1700 M. hinaus zu erhöhen, würden wir also lange warten können. Die Notwendigkeit dieser Erhöhung für unsere alten gedienten Beamten ist uns aber klar vor Augen geführt worden. Beantragen Sie doch auch für die Aufseher eine entsprechende Erhöhung!

Stadtv. Sachs: Das läßt sich nicht im Augenblicke machen. Im Wege der Resolution würden wir den Magistrat auffordern können, die Gehaltsverhältnisse beider Kategorien gemeinsam neu zu regeln.

Mit großer Mehrheit gelangt der Ausschussvorschlag zur Annahme.

Die eingegangenen Petitionen werden für erledigt erklärt. Die Beratung der auf die Einkommensverhältnisse des Gemeindefunktionärpersonals bezüglichen Vorlagen wird mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit (gegen 8 Uhr) auf die nächste Sitzung verschoben.

Darauf geht die Versammlung die

### Stadtsverwaltung

fort. Ueber die Spezialetat für das Armenwesen, die Hospitäler, Siechenanstalten, Waisenspflege und Fürsorgeerziehung berichtet Stadtv. Wiese.

Stadtv. Lohsdorf (soz.): Die Bewilligungen der einzelnen Armenkommissionen schwanken in der Höhe sehr erheblich. Eine Kontrolle wird nur unvollkommen ausgeübt. Eine Familie, die den Ernährer verlor, hatte und nun noch aus der Mutter und 8 Kindern, darunter 1 an Tuberkulose krank, bestand, hatte im ganzen 85 M. monatlich an Pflegegeld und Einnahme der Frau aus Zeitungtragen und Aufwartefelle; 2 M. gehen für Rente ab, bleiben 63 M. für Nahrung und Kleidung. Welche Zustände! Hier fehlt es entschieden an der nötigen Aufmerksamkeit durch Armenkommission und Armenpfleger. Da muß Wandel geschafft werden.

Stadtv. Münsterberg bemerkt, daß die bisherigen Erfahrungen mit der Teilnahme von Frauen an den Arbeiten der Armenkommissionen höchst günstige gewesen sind; die bezüglichen Berichte würden gedruckt werden und hoffentlich einen moralischen Zwang auf die Kommissionen üben, Frauen in noch höherem Maße zu den Arbeiten mitzuziehen.

Die genannten Spezialstats werden darauf genehmigt.

Ueber die Stats der Badeanstalten, der Desinfektionsanstalt und der Heilstätten für Genesende usw. berichtet Stadtv. Borgmann (soz.)

Zum Etat der „Heilstätten für Genesende“ liegt folgender Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder vor:

Die vom Magistrat geforderte Erhöhung der Verpflegungsgelder von 2 M. für den Tag auf 2,20 M. abzulehnen und dementsprechend die 188 950 Verpflegungstage mit 377 000 M. in den Etat einzustellen.

Der Referent erwähnt, daß die in vorstehendem Antrag erwähnte Erhöhung vom Magistrat kurzer Hand beantragt und statt jeder Begründung nur mit dem Hinweis motiviert worden sei, daß das Pflegegeld in den Krankenhäusern eine Erhöhung von 2 M. auf 2,50 M. erfahren habe. Die Ausschussmehrheit sei aber über diese Bedenken hinweggegangen.

Stadtv. Dr. Wehl (soz.): Der Etat baut sich diesmal auf der Erhöhung dieses Verpflegungsgeldes auf. Aus formellen und sachlichen Gründen beanstandeten meine Freunde diese Erhöhung im Ausschuss und verlangten wenigstens eine besondere Vorlage oder doch eine Uebermittelung des Magistratsbeschlusses zur Kenntnisnahme. Nichts davon ist geschehen und im Ausschuss wurde vom Magistratsvertreter zugegeben, daß hier ein Versehen vorliege. Der Magistrat teilt nicht mit, wie hoch die Verpflegungskosten und die Selbstkosten der Stadt sind. Schon voriges Jahr lehnte das Auktatorium eine gleiche Anhebung des Magistrats ab, diesmal sind 2,20 statt 2 M. eingestellt. Sachlich kann der Magistrat und die Berechtigung dieses Verlangens absolut nicht beweisen. So gut die Pflege in diesen Heilstätten aufgehoben sind, so wenig kann man von modernen Einrichtungen im Sinne unserer Krankenhäuser bei diesen, auf den Schließern der Gutverwaltungen untergeordneten sprechen. Der Selbstkostenpreis der Krankenhäuser pro Kopf und Tag ist im Durchschnitt der letzten drei Jahre 2,75 M., der Satz in den Heilstätten nur 1,40 M. Da ist doch selbst die Erhöhung auf 2,20 M. durchaus unbedeutend. Während Graf Pofadomsky die Kommission durch Rundschreiben auffordert, den Lungenkranken den Besuch der Anstalten möglichst zu erleichtern, macht es unser Magistrat den Kranken außerordentlich schwer. Jetzt sind 70 Proz. Klassenfranke. Wird der Verpflegungssatz erhöht, so werden sich die Klassen in höherem Grade weigern, ihre Kranken dorthin zu überweisen, und das Ende vom Liede wäre eine Erhöhung des Armenetats, wovon die Stadt doch wieder keinen Vorteil haben würde. Also ist diese Maßregel zweckwidrig und verfehlt und vom sozialpolitischen Standpunkt unverständlich. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Haberland (N. L.) bemängelt die primitiven Beleuchtungsverhältnisse der Heilstätte Waldow, dort seien noch überlebende Petroleumlampen in Funktion.

Stadtv. Straußmann: Die Erhöhung des Verpflegungsgeldes rechtfertigt sich durch die Miteinrechnung der Waisosten. Danach stellen sich die Selbstkosten auf 3,34 M. (Gärtl), wogegen die Erhöhung um 20 Pf. ganz minimal erscheint.

Stadtv. Dr. Langerhans protestiert abermals gegen die übertriebene Verschwendung, die Dr. Wehl den Heilstätten als dem einzigen Mittel gegen die Tuberkulose zolle. Er (Redner) habe sehr viel Lungenfranke geheilt, ehe man an Heilstätten dachte. Auch der Aufenthalt im Süden sei als absolutes Heilmittel nicht anzuerkennen. Freie Luft sei die Hauptsache, aber die Einrichtung solcher Stätten sei eigentlich eine Verschwendung.

Stadtv. Wehl: Der Vorsteher hat ja in dieser Beziehung nie aus seinem Herzen eine Würdegrube gemacht; auch bei der Beratung über den Bau einer Liegehalle war er der einzige, der widersprach. Ich vertrete meine entgegengesetzte Anschauung nicht als Eingänger, sondern sie gilt gegenwärtig in den Kreisen unserer maßgebenden Aerzte als autoritativ. Somit müßte ja auch die Stadt die soeben erbaute neue Lungenheilanstalt in Buch säkularisiert wieder abreißen. Die Freiluftkur in den Heilstätten ist das Erstreblichste, was wir kennen. Kommt der Kranke nicht zur vollen Genesung, so liegt das hauptsächlich an sozialen Verhältnissen.

Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages werden die genannten Stats unverändert nach den Ausschussanträgen festgestellt.

Referent für die Spezialstats Park- und Gartenverwaltung, Straßen- und Brückenbau, Polizeikosten, Feuerlöschwesen ist Stadtv. Reike (N. L.).

Nach Erledigung dieser Stats wird gegen 9 Uhr die Sitzung wegen Eintritts der Verschlussfähigkeit abgebrochen.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Zur Maurerbewegung.

Zwei öffentliche Maurerversammlungen waren von Lokalisten Seite zum 15. März einberufen worden, um zu den Forderungen und dem Verhalten der Unternehmer dazu Stellung zu nehmen.

In der gutbesuchten Versammlung in den Andreas-Kesseln referierte Heinrich Meyle. Nach einem Rückblick auf die Maurerbewegung der letzten 6 Jahre legte er seinen Standpunkt zur Vertragsfrage dar. Er gab zu, daß der erste Vertrag stabile Verhältnisse auf den Bauten geschaffen habe. Heute dagegen habe das bestehende Vertragsverhältnis trübe Zustände geschaffen. Die Leistungsklausel und die Bestimmung, daß jeder ohne Angabe von Gründen plötzlich entlassen werden könne, wurden von den Polieren ausgiebig ausgeübt, und zwar diene die Bestimmung des § 6 des Vertrages dazu, jeden Kollegen loszuwerden, der auf die Einhaltung der anderen Vertragsbestimmungen dringt. Dagegen sei die Kollegenchaft durch den Vertrag gefesselt. Prinzipiell sei er nicht gegen den Tarifvertrag, aber er müsse nicht einseitig sein und dürfe nicht den Arbeitern Pflichten anlegen. Redner empfahl dann der Versammlung die Annahme und Vertretung der vom Interessentenverein der Maurer Berlins und Umgegend beschlossenen Forderungen der Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden und der Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pf., d. h. auf mindestens 75 Pf. — Die Unternehmervereinigung hat durch ein Schreiben vom 9. März ein Eingehen auf diese Forderungen mit der Begründung abgelehnt, daß sie bei den zu Ende gehenden Vertragsverhandlungen nur dann hätten berücksichtigt werden können, wenn sie im Herbst, spätestens im November der Abgabekommission eingereicht worden wären. Der Zentralverband der Maurer hat sich gar nicht geäußert.

In der Diskussion sprachen verschiedene Redner im Sinne des Referenten, während Mulak für den Zentralverband und dessen Vorgehen eintrat. — Geß vom christlichen Verband wünscht, daß die Maurer alle Richtungen unter Vermeidung gegenseitiger Reibereien dem Unternehmertum gegenüber so einig sein möchten wie die Ruhrbergleute. — Gegen zwei Stimmen nahm die Versammlung die Resolution an, in welcher sich der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer von Berlin und Umgegend am 5. März für die Erringung der 8 1/2 stündigen Arbeitszeit und eines Stundenlohnes von mindestens 75 Pf. ausgesprochen hat. Für die Forderungen soll zunächst kräftig agitiert werden.

(Die Resolution hat der „Vorwärts“ bereits veröffentlicht.) Die Versammlung, welche in Fiedigs Saal in der Adersstraße tagte, war so stark besucht, daß Saal und Galerie überfüllt waren. Der Referent Kater führte im Eingang seiner Rede ebenfalls aus, daß man mit den Verhältnissen in den beiden ersten Vertragsjahren zufrieden sein konnte. Als aber die Leistungsklausel im Vertrage aufgenommen wurde, weshalb die vom Redner vertretene Richtung damals den Vertrag ablehnte, hätten sich bald ganz unerträgliche Verhältnisse entwickelt. Von einer Gleichmäßigkeit der Löhne, die doch durch den Vertrag erreicht werden sollte, sei keine Rede mehr. Einzelne ganz besonders leistungsfähige Maurer erhalten höhere als die vertragmäßigen Löhne, und die Leistungen der höher bezahlten werden der großen Masse, die nur den Vertragslohn erhält, als Maßstab vorgehalten. Hinsichtlich der hygienischen Forderungen werde der Vertrag von den Unternehmern fast gar nicht beachtet. — Aus dem Umfange, daß die Unternehmer bis jetzt hinsichtlich des Lohnes den Vertrag gehalten haben, könne man nicht schließen, daß sie ihn auch halten werden, wenn eine ungünstige Konjunktur eintritt. Es sei vielmehr anzunehmen, daß der Vertrag in Zeiten schließlichen Geschäftsganges nicht mehr gehalten, oder doch



im Sinne der Unternehmer ausgelegt werde. Ob der Vertrag jetzt angenommen werde oder nicht, das liege ja in der Hand der Verhandlungsmittler. Redner erwartet, daß sich unter dieser Bedingung finden werden, welche den Rat haben, nennenswerte Verbesserungen zu fordern, in erster Linie eine Verkürzung der Arbeitszeit, oder wenn das nicht zu erreichen ist, wenigstens eine sofortige Erhöhung des Stundenlohnes auf 75 Pf. Wenn der Inhalt des Vertrages erst bekannt sei und der Verband darüber in der einen oder anderen Weise beschloßen habe, also jedenfalls in nächster Woche, werde die hier vertretene Richtung der Maurer wieder öffentliche Versammlungen einberufen, um die Forderungen festzulegen, die für das fernere Vorgehen bestimmend sein soll.

Zu ähnlichem Sinne sprachen mehrere Diskussionsredner, darunter auch ein Verbandsmittler. Die Versammlung trat ebenfalls einstimmig der Resolution bei, welche der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer am 5. d. M. angenommen hat.

### Die Tariffage im Berliner Zimmergewerbe

beschäftigte am Mittwoch eine stark besuchte Versammlung des Lokalarbeitsvereins der Zimmerer Berlins und Umgegend im Saal der Müllerbörse. Fischer erläuterte zunächst eingehend Bericht über die Verhandlungen in der Schlichter-Kommission, wobei er die von Arbeitnehmern und Arbeitgeberern zur Abänderung des am 1. April d. J. ablaufenden Tarifs gestellten Anträge einer teils begründeten, teils kritischen Besprechung unterzog. Nachdem die Unternehmer anfangs jede Lohnveränderung strikte ablehnten, ja sogar eine — freilich nicht ernst genommene — Lohnreduktion in Vorschlag brachten, haben sie sich jetzt dazu verstanden, unter Verlängerung des Tarifs auf zwei Jahre den Stundenlohn vom 1. April ab von 70 auf 73 Pf. und im nächsten Jahre von 73 auf 75 Pf. zu erhöhen, während die Arbeiter den Minimallohn von 75 Pf. schon vom 1. April dieses Jahres ab forderten. Die Frage sei jetzt die, ob sich die Berliner Zimmerer nun mit dem Angebot der Unternehmer begnügen oder auf ihrer ursprünglichen Lohnforderung beharren wollen. Redner selbst empfahl das erstere, weil rein rechnerisch betrachtet ein Streik um die diesjährigen 2 Pf. die möglicherweise zu bringenden Kampfesopfer nicht wert sei, selbst wenn die Ausnutzung der guten Konjunktur der Streik gewonnen würde. — Die Diskussion hierüber war eine äußerst rege; es beteiligten sich circa zwanzig Redner an der Debatte. Von den meisten Rednern wurde der Standpunkt festgehalten, daß die Arbeiter nicht eingehen, sondern die geforderten 75 Pf. schon vom 1. April, mindestens aber vom 1. Juni d. J. ab gezahlt werden müßten, und falls die Unternehmer hierauf nicht eingingen, vom 1. April ab ohne Lohn zu arbeiten und dann während der Hochkonjunktur der Streik zu proklamieren sei bei einer Forderung von 80 Pf. pro Stunde und entsprechender Arbeitszeitverkürzung, vielleiht auf acht Stunden täglich. Die Mitglieder der Redner wies dagegen auf die durch einen geregelten Tarifvertrag geschaffenen stabilen Verhältnisse im Verufe hin, die doch ebenso eine Folge der guten Arbeiterorganisation seien, als wenn sie durch direkte Lohnkämpfe größeren Stills erungen worden wären. Sie hielten es für bedeutend praktischer, das jetzige Angebot der Unternehmer zu akzeptieren, und dann auch für strikte Innehaltung des Tarifs zu sorgen, was von einer ganzen Anzahl Kollegen leider nicht gesagt werden konnte, da diese wohl vielfach höchst radikale Forderungen sowohl in Lohnverhöhung als auch in Arbeitszeitverkürzung aufstellten, dann aber durch ihr wirkliches Verhalten dokumentieren, daß ihnen mitunter die Arbeitszeit kaum lang genug währen könne. Ähnlich stehe es mit der Beachtung und Durchführung mancher sanitärer Vereinbarungen usw., auf die von den Kollegen häufig nicht der nötige Wert gelegt werde. Aus all diesen Gründen empfahlen sie eine möglichst kühle, leidenschaftslose Prüfung der ganzen Angelegenheit. Einmütig aber wurde dem Zentralverbande der Vorkurs gemacht, daß dieser seine Generalversammlung auf wenige Tage vor dem 1. April anberaume habe, so daß eine Verständigung über ein einheitliches Vorgehen in dieser so außerordentlich weittragenden Sache dadurch so gut wie unmöglich gemacht sei. — Schließlich einigten sich die Anwesenden auf eine Resolution, welche die Mitglieder der Schlichter-Kommission veranlaßt zu weiteren Verhandlungen mit der Maßgabe, daß der Stundenlohn von 75 Pf. schon zu einem früheren Zeitpunkt zur Einführung gelangt.

Außerdem beschloß die Versammlung, die Raifeier auch in diesem Jahre in allgemeiner Weise durch strikte Arbeitsehrer zu feiern. In der kurzen Diskussion darüber wurde es als einfach selbstverständlich bezeichnet, die Arbeit ruhig zu lassen und es nicht zu machen wie beispielsweise der Metallarbeiter-Verband, dessen leitende Personen sich wohl auf die große Mitgliederzahl ihrer Organisation viel zugute täten, in ihrem Verhalten zur Raifeier aber lediglich deren innere Schwäche behandelten.

Zum Metallarbeiterstreik bei der Firma G. Lorenz. Beschlußgemäß ist gestern die Streikkommission nochmals bei dem Firmenchef vorstellig geworden, um mit ihm über die ermäßigten Preisforderungen zu verhandeln, in der bestimmten Annahme, daß es zu einer endgültigen Verständigung kommen werde. Doch das Vertrauen der Kommission als auch der Streikenden in die Einsicht des Fabrikanten wurde arg getäuscht. Der Herr hat nicht nur strikte jede Preisforderung abgelehnt, sondern auch noch einen Teil der früheren Jugendkündnisse wieder zurückgezogen, mit der Erklärung, daß er sich keinerlei Vorschriften über etwaige Lohnabzüge machen lasse. Vielmehr würde er die Abzüge revidieren, sobald ihm dies als notwendig erdünne. Diesen Bescheid bezeichnete er als endgültige Antwort und erklärte gleichzeitig, in dieser Sache niemand von der Kommission mehr empfangen zu wollen. Am Montag würde er seinen Betrieb wieder öffnen. Wer dann zu den von ihm festgesetzten Bedingungen wieder anfangen wolle, könne es tun, wer nicht, der sei entlassen. Er würde dann andere Arbeiter einstellen. — Nachdem die Kommission in der gestrigen Streikerversammlung über diesen Verlauf berichtet hatte, empfahlen die Organisationsvertreter Wiesenhal (Metallarbeiter-Verband), Zedler (Metallarbeiter-Gewerkschaft) und Jordan (Gewerksverein der Metallarbeiter und Maschinenbauer, Hirsch-Dunder), ohne jegliche Beeinflussung der Streikenden eine geheime Abstimmung vorzunehmen, ob es sich noch empfehle, unter diesen Umständen den Streik weiterzuführen oder die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen; und zwar wurde für Fortsetzung des Streiks eine Dreiviertelmajorität für erforderlich erachtet. Die Abstimmung ergab, daß sich 308 Stimmen für Weiterstreiken und 63 Stimmen für die Arbeitsaufnahme erklärten. Damit war die Fortsetzung des Streiks beschloßen.

Lohnbewegung der Teppichweber. Die in den Teppichfabriken tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen haben am Mittwoch in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung, die im Lokale „Königsbau“ tagte, einstimmig beschloßen, den Fabrikanten Forderungen zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorzulegen, jedoch verzichtete man darauf, für alle Fabriken einen einheitlichen Lohnsatz zu verlangen. Die Karl Häbsch, der Vorsitzende des Textilarbeiter-Verbandes, in der Versammlung ausführte, ergaben die zur Besprechung der Forderungen abgehaltenen Fabrikationen, daß die Einführung eines einheitlichen Lohnsatzes mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist und es deshalb zweckmäßiger erscheint, einen bestimmten Lohnzuschlag zu verlangen. Der Referent machte nun im Namen der Kommission den Vorschlag, folgende Forderungen zu stellen: 1. Einführung einer Maximalarbeitszeit von 9 Stunden; 2. Bezahlung sämtlicher Nebenarbeiten mit mindestens 40 Pf. pro Stunde; 3. eine Lohnverhöhung von 15 Proz. für sämtliche in Betracht kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen. 4. Anerkennung eines Arbeiterausschusses in jeder Fabrik. — Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit diesen Forderungen einverstanden, sowie damit, daß sie den Fabrikanten schriftlich zugestellt werden und um Antwort innerhalb acht Tagen ersucht wird. Danach soll eine neue Versammlung über die weiteren Schritte beschloßen. Mit Rücksicht auf die traurigen Lohnverhältnisse der Teppichweber ist die verlangte Erhöhung eine sehr bescheidene Forderung. Auch die

als Heimarbeiter für Berliner Firmen tätigen Teppichweber von Bernau verlangen eine Lohnverhöhung von 15 Proz. Dieser Umstand, sowie der andauernd gute Geschäftsgang in der Branche werden wohl dazu beitragen, daß die Fabrikanten der Forderung keinen allzu großen Widerstand entgegensetzen. Daß für die teils recht anstrengenden Nebenarbeiten eine bestimmte Bezahlung verlangt wird, ist deshalb notwendig, weil diese Arbeiter jetzt teilweise gar nicht, teilweise sehr gering und teilweise etwas besser aber doch unzureichend bezahlt werden. Die neunstündige Arbeitszeit ist in einer Fabrik bereits durchgeführt; in den übrigen wird 9 $\frac{1}{2}$  Stunden gearbeitet. Diese Arbeitszeit ist jedoch in einer Fabrik erst vom Mittwoch ab eingeführt worden. Die Einführung und Anerkennung von Arbeiterausschüssen ist bekanntlich im Gesetz begründet und es ist bezeichnend für die Verhältnisse in den Teppichfabriken, daß etwas Derartiges noch bei einer Lohnbewegung verlangt werden muß.

Zum Streik der Handwerker und Kunstler der Firma Otto Schöning ist zu berichten, daß die Firma bis heute nur 4 Arbeitswillige vom süßlichen Arbeitsnachweis erhalten hat. Den Leuten ist nach ihrer Aussage erklärt worden, daß zwischen dem Chef und den alten Arbeitern „Unregelmäßigkeiten“ vorgekommen sind. Leider sind auch drei von den Kunstlern, welche ebenfalls die Arbeit niedergelegt hatten, am zweiten Tage wieder in den Betrieb zurückgekehrt. Dieselben glauben, daß sie durch eine denartige Handlung ihre Position bei der Firma gesichert haben. Die übrigen Ausständigen sind gewillt, die Arbeit nicht früher wieder aufzunehmen, bis ihre minimalen Forderungen anerkannt werden. Eine ganze Anzahl von Kaufleuten und Geschäftshändlern bereiten den arbeitswilligen Kunstlern bei der Abnahme der Waren Schwierigkeiten, da sie befürchten, die Arbeiterkundschaft loszuwerden.

## Aus Industrie und Handel.

Die Vergesellschaftung und die Buchener Bergwerks-Aktiengesellschaft. In der gestern hier abgehaltenen Generalversammlung der Buchener Bergwerks-Aktiengesellschaft kamen auch die beiden von der Regierung ausgearbeiteten Vergesellschaftungen zur Verhinderung der Zechenstilllegung und zur Regelung der Arbeiterverhältnisse im Kohlenbergbau zur Sprache. Die Direktion erklärte das bestimmte kapitalistische Rezept, wenn die Novellen vom Landtag angenommen würden, ginge der größte Teil des rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaus dem Ruin entgegen. Diese lornischen Ausführungen schienen aber selbst dem Aufsichtsrat allzu groß; denn das Aufsichtsratsmitglied Vergewerksdirektor Wengel (Weisenfelder) meinte begütigend, er könne die Lage nicht für so trostlos halten, daß der Bergbau eingestellt werden müßte. Es sehe zwar nach den vorgeschlagenen Bestimmungen der Vergesellschaftung Novellen sehr schlimm aus, es werde in Wirklichkeit aber nicht so schlimm werden, da sich Mittel und Wege finden lassen dürften, um den härtesten Bestimmungen Begegnung zu leisten.

Herr Wengel hat recht, die Zechenbesitzer werden schon Wege finden, die beabsichtigten Wirkungen der neuen Gesetzesbestimmungen zu vereiteln.

Die Preise der wichtigsten Lebens- und Futtermittel haben im Februar ihren Stand wiederum erhöht. Nach der „Statistischen Korrespondenz“ betragen sie pro Tonne (1000 Kilogramm): Weizen 170 (im Januar ebenfalls 170, im Februar 1904 162) M., Roggen 130 (128 bezw. 130) M., Gerste 151 (150 bezw. 135) M., Hafer 143 (143 bezw. 128) M., gelbe Erbsen zum Kochen 235 (238 bezw. 230) M., weiße Speisebohnen 333 (330 bezw. 295) M., Linsen 391 (394 bezw. 356) M., Kartoffeln 67,4 (65,7 bezw. 56,1) M.

Die Fleischpreise betragen für Rindfleisch im Großhandel 1110 (1112 bezw. 1127) M.; im Kleinhandel für 1 Kilogramm: Rindfleisch von der Keule 1,42 (1,42 bezw. 1,43) M., vom Bauch 1,21 (1,21 bezw. 1,20) M., Schweinefleisch 1,37 (1,35 bezw. 1,30) M., Kalbfleisch 1,43 (1,43 bezw. 1,44) M., Hammelfleisch 1,37 (1,38 bezw. 1,41) M., inländisches geräucherter Speck 1,54 (1,53 M. im Januar dieses Jahres und Februar vorigen Jahres), Eihutter 2,38 (2,40 bezw. 2,29) M., inländisches Schweinefleisch 1,53 (1,58 bezw. 1,53) M.

Die Preise der vier Getreidearten haben sich demnach gegen den Vormonat nur unwesentlich verändert. Die Kartoffelpreise dagegen sind in den meisten Markorten noch weiter gestiegen. Die Steigerungen betragen: in Breslau 3, in Straßburg 7,5, in Paderborn 5,6, in Hannover 3,8, in Bielefeld 3,5, in Berlin 3,2, in Osnabrück 3,1, in Kiel 3, in Königsberg i. Pr. 2,5, in Danzig 1,9, in Aachen 1,7, in Magdeburg und Hannover 1,6, in Kassel 1,1, in Halle a. S. 1 und in Koblenz 0,8 M. Die Preise für Fleisch im Kleinhandel haben sich nur beim Schweinefleisch nennenswert verändert, besonders in Bromberg, Kiel, Aachen, Posen, Kassel und Götting.

Die Bergarbeiterlöhne im preussischen Bergbau haben sich zwar während des letzten Jahres etwas gehoben, doch haben sie die Lohnhöhe der Jahre 1900 und 1901 noch immer nicht wieder erreicht. Inogesamt betragen nach der amtlichen Nachweisung die in den Hauptbergbaubezirken Preussens verdienten Bergarbeiterlöhne im Jahre 1904 556 463 737 M. gegen 524 801 880 M. im Jahre 1903. Die Zunahme gegenüber 1903 betrug also rund 31,7 Millionen Mark. Im Jahre 1903 hatte die Zunahme circa 41, im Jahre 1897 42, im Jahre 1899 47 und im Jahre 1900 sogar 72 Millionen Mark betragen. Von dem Mehr im Jahre 1904 entfallen etwa 20 Millionen Mark darauf, daß die Zahl der Arbeiter sich um 19 371 vermehrt hat. Unter Weglassung der Lohnsumme für die neu hinzugekommenen Arbeiter betrug die eigentliche Lohnsteigerung nur etwas über 11 Millionen Mark gegen 21 Millionen Mark im Jahre 1903. Bei einer Berechnung des durchschnittlichen Jahres-einkommens ergibt sich, daß der Satz von 1903 zwar überschritten, aber der vom Jahre 1901 noch immer nicht erreicht ist. Das jährliche Durchschnittseinkommen betrug nämlich seit 1898 pro Kopf der Belegschaft in Mark:

1898	1010 M.	1902	1006 M.
1899	1070	1903	1045
1900	1138	1904	1067
1901	1076		

Das Durchschnittseinkommen bleibt also noch weit hinter dem des Jahres 1901 zurück. In den Hauptbergbezirken des preussischen Kohlenbergbaues betragen die Durchschnittslöhne:

	1901	1903	1904
Steinkohlenbergbau			
Oberschlesien	873	882	886
Niederschlesien	871	827	843
Dortmund	1224	1205	1208
Saarbrücken	1042	1068	1097
Aachen	1162	1151	1160
Braunkohlenbergbau			
Halle	928	905	884
Unterschlesien	—	897	946

Im Oberbergamtsbezirk Dortmund, zu dem das Ruhrgebiet gehört, ist demnach der Durchschnittslohn im letzten Jahre nur um 8 M. gestiegen, so daß er hinter das Jahr 1901 um 16 M. zurückbleibt. Dagegen sind durchweg im Ruhrgebiet die Lebensmittelpreise und vornehmlich die Meien ganz erheblich gestiegen, so daß heute der Bergarbeiter sich weit schlechter stellt, als in den Jahren 1898/1901.

## Aus der Frauenbewegung.

Genossinnen und Genossen von Teltow und Umgegend! Sonnabend, den 18. März, abends 8 Uhr, findet im Lokale des Herrn Videnshagen, Deutsches Wirtshaus in Teltow, eine öffentliche Frauenversammlung statt. Die Zentralvertrauensperson Genossin O. Baader wird einen Vortrag über „Die Frau im Staat und in der Gesellschaft“ sowie die Bedeutung des 18. März“ halten. Nach dem

Vortrag gemütliches Beisammensein. Die Parteigenossen werden gebeten, zahlreich zu erscheinen und besonders ihre Frauen mitzubringen, damit auch hier in Teltow und Umgegend mit der Aufklärungsarbeit unter den Frauen angefangen und eine Frauenbewegung geschaffen wird. Um recht zahlreichen Besuch der Frauen und Männer ersucht Die Kreisvertrauensperson.

Abendshof. Montag, den 13. März, hielt der Verein für Frauen und Mädchen seine Mitgliederversammlung ab. Genossin Emil Fischer hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Der Dorfschulmeister“.

Baumschulweg. Montag, den 13. d. M., fand in „Speers“ Festhölle“ eine von der weiblichen Vertrauensperson einberufene Versammlung statt, in welcher der Reichstags-Abgeordnete Frhr. Jubeil über „Militärjustiz, Soldatenmishandlungen und Polizeivillkür“ referierte. Leider war Genossin Jubeil durch Krankheit verhindert, den angekündigten Vortrag zu halten. Statt seiner übernahm Genossin Schubert-Berlin das Referat. Er behandelte das Thema: „Die Volksschule“. Genossin Schubert kennzeichnete in glänzender Weise die in preussischen Schulen bestehenden Mißstände und brandmarkte mit kernigen Worten das schandvolle Verhalten der bürgerlichen Parteien gegenüber den haarsträubenden Zuständen in den Volksschulen. Er führte soeben aus, wie Schulen geleitet werden müßten, welche die Kinder des Volkes zu nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft heranbilden sollen. Der Redner erntete für seine trefflichen Ausführungen reichen Beifall. Eine Diskussion fand nicht statt. Der Leiter der Versammlung, Genossin Gramenz, schilderte in kurzen Zügen die Mißstände an der hiesigen Schule und schloß darauf die gutbesuchte Volksversammlung.

## Verfammlungen.

Eine stark besuchte Generalversammlung des Zentralverbandes der Töpfer im großen Saale des Gewerkschaftshauses nahm Stellung zur nächsten Generalversammlung des Verbandes (14. Kongress) in München am 7. Mai d. J. Die Wahl der 11 Delegierten für Berlin findet am 20. d. M. statt. Unter den gewerkschaftlichen Angelegenheiten ist hervorzuheben: Die Stellungnahme zur Fensterfrage. Das unsozialistische Verhalten der anderen Innenaushandwerker, als Stulleute, Kaler usw., in dieser Frage bestimmte die Versammlung zu erklären: „Am 16. März d. J. gilt die Fensterfrage für dieses Jahr als aufgehoben.“ Ferner wurde an Stelle des zweiten Kassierers V o h m h a m m e l Paul Heinsid (Südost) gewählt.

Eine öffentliche Versammlung der Herren-Konfektbinder Moabit fand am Montag in Ahrens Brauerei, Thurnstraße, statt. D a m i n g behandelte in fesselnder Weise die Forderungen, welche vom Verband an die Detailgeschäfte der Herrenkonfektion gestellt worden sind. Die Zustände in der Konfektionsindustrie, führte er aus, sind heute gleich menschenunwürdig wie beim Streik von 1898. Die Heimarbeiter besteht noch in der gleichen schändlichen Ausbeutung. In Moabit sind aber die Verhältnisse teilweise noch schlechter. Da betrifft noch die sogenannte „Jägermeisner“. Wie notwendig es ist, daß die Schneider Moabits sich endlich aus ihrer Vethargie aufrütteln, zeigt die Tatsache, daß in Moabit die Stücklöhne sogar niedriger sind als im Zentrum Berlins. An den Lohnlisten der Firmen Westheim, Mariens, Ludwig Kramer, Schidorski, Hermann Schiefinger u. a. zeigte der Referent, daß seine Behauptungen vollständig zutreffend seien. Herr Schiefinger war zur Versammlung schriftlich eingeladen, aber nicht erschienen. In der Diskussion wurde von einigen Rednern die erbärmliche Lage der Schneider (speziell in Moabit) beklagt. Im Schlußwort ermunterte K a m i n g die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß durch den Anschluß an die Organisation und Aufklärung der Öffentlichkeit die grauenhaften Zustände der Heimarbeiter endlich beseitigt werden. Die wichtigsten Forderungen, geregelte Arbeitsstätten und Zeitlohn, müßten unbedingt durchgesetzt werden, wenn auch jene Elemente verschwinden, die als Zwischenmeister am Arbeitslohn schmarrten. Die vorgeschlagene Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 16. März. Amtliche Meldung. Einem Telegramm aus Windhut zufolge ist einer der im Gefecht am 10. März bei Kofis gefallenen Offiziere der Hauptmann Georg Kirchner, geb. am 23. Oktober 1864 zu Wansen, früher im Neumärkischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 54.

Der Bergarbeiterstreik im Neuroder Revier beendet.

Breslau, 16. März. Wie die „Schlesische Volkszeitung“ vom Bergarbeiterstreik in Neurode meldet, haben die seit dem 15. Dezember v. J. im Auslande befindlichen Bergleute in den heute abgehaltenen Versammlungen in Kunzendorf und Schlegel beschloßen, bedingungslos und sofort die Arbeit wieder aufzunehmen.

Französische Deputiertenkammer.

Paris, 16. März. (S. T. B.) Tournaide (Nationalist) erklärt, er wolle die Regierung wegen der Kundgebungen interpellieren, die in Limoges beim Antritt des neuen kommandierenden Generals des 13. Armeekorps, Tournier, veranstaltet worden sind. Kriegsminister Berthelet verlangt die Vertagung der Interpellation, die bloß bezwecke, die Agitation im Lande zu unterhalten. Ministerpräsident Rouvier verlangt ebenfalls die Vertagung und die Kammer beschließt diese darauf mit 307 gegen 70 Stimmen.

Das Haus beginnt die Beratung des Gesetzes betreffend die zweijährige Dienstzeit. Der Berichterstatter Gouzy beantragt die vom Senat angenommene Fassung des Entwurfs zu genehmigen, jedoch das Gesetz 1906 in Kraft treten kann. (Beifall.)

Zu Erwidrerung auf Ausführungen mehrerer Redner erklärt Kriegsminister Berthelet, es liege im nationalen Interesse, daß die vom Senat angenommene Fassung des Gesetzes ohne Abänderung angenommen werde, damit das Gesetz 1906 in Kraft treten könne. De Montebello (Rep.) beantragt Vertagung der Beratung, bis der Oberste Kriegsrat sich autschlich geäußert habe. Der Redner fürchtet, daß das neue Gesetz Frankreich in hohem Maße gegenüber Deutschland schwäche und daß die französischen Dedungsstruppen nicht stark genug sein werden, um hinter ihnen die Mobilisation durchzuführen zu können. Kriegsminister Berthelet erwidert, die Angaben des Vordredners über die Dedungsstruppen seien ganz ungenau und würden durch die Tatsache widerlegt, daß Frankreich ebenso viele Regimenter an der Grenze habe wie Deutschland, und daß diese Regimenter denselben Effektivebestand haben wie die deutschen Regimenter. Louis P a r i s (Radikaler) verlangt ebenfalls, daß zunächst das Gutachten des Obersten Kriegsrates eingeholt werde. Kriegsminister Berthelet erwidert, die Fassung der Vordredner sei diejenige, welche die Souveränität des Parlaments der militärischen Macht unterordnen möchten. Der Antrag Montebello wird mit 390 gegen 185 Stimmen abgelehnt, worauf sich das Haus auf morgen vertagt.

Rom, 16. März. (S. T. B.) Das Parlament ist für den 22. d. M. zur Entgegennahme von Mitteilungen der Regierung einberufen worden.

Die Bewegung in Rußland.

Cholm, 16. März. (S. T. B.) Die Bewegung der Landarbeiter, die im Distrikt Lublin angefangen hat, hat auch im hiesigen Distrikt um sich gegriffen; die Arbeiter fordern Erhöhung der Löhne und des Deputats. Die Bewegung ist noch im Anfangsstadium und ein Widerhall der Bewegung im benachbarten Gouvernement Siedlee. Heute sind Verfügungen vom Generalgouverneur erlassen, die Versammlungen verbieten.



Reichstag.

165. Sitzung vom Donnerstag, den 16. März 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Pofadowski, Dr. Kieberting.

Die zweite Lesung des Etats für den Reichskanzler und die Reichskanzlei wird fortgesetzt. Mit zur Beratung stehen die Resolutionen des Zentrums betreffend die staatsrechtliche Stellung...

Abg. Bebel (Soz.):

Der Herr Abg. Graf Reventlow hat gestern eine Reihe von Angriffen gegen meine Partei gerichtet; er hat sie mit einem so stolzen Selbstgefühl, einem solchen Übermaß des Selbstgefühls vorgetragen, daß ich schon deswegen nicht bereit bin, näher darauf einzugehen...

Der Herr Reichskanzler hat darauf hingewiesen, daß das Zentrum gegen das preussische Ansiedelungsgesetz protestiert hat. Aber früher als das Zentrum hat sich die Sozialdemokratie mit aller Energie gegen das Gesetz erklärt...

Das erste Mal geschah es, als es das Gesetz über den Kontraktbruch der Landarbeiter einbrachte. Nun es ist ja jetzt, man weiß nicht auf welche Einflüsse hin, zurückgezogen worden. Daß aber auch das Ansiedelungsgesetz in derselben Weise verschwinden wird, daran ist in absehbarer Zeit leider nicht zu denken...

Die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers gegen meinen Parteifreund v. Bolkmar lassen jede Erklärung darüber vermischen, wie der Herr Reichskanzler denn nun eigentlich zu unserem Antrag über die Kündigung der Auslieferungsverträge steht und aus welchen Gründen er noch für diese Verträge eintritt.

Er hat aber nicht nur die Absicht gehabt, das nicht zu tun, sondern er hat es nach meiner Meinung in der unabweislichsten Weise bewiesen. Er hat sich dabei auf die Ausführungen des Herrn v. Wittmann gestützt, der lange in der persönlichen Nähe des Fürsten Bismarck verkehrt hat. Gerade Sie, deren Herzen stets vom nationalen Selbstgefühl geschwellt sind, Sie werden doch zugeben, daß keine Handlungen in einer das deutsche Nationalgefühl weniger befriedigenden Weise gewirkt haben, als unsere Liebesdienste gegen Rußland...

Eine ähnliche Enthüllung, die für das Andenken des Fürsten Bismarck ebenso wenig schmeichelhaft ist, findet sich in dem Buch des Russen Deutsch, worin er seine 16jährige Verbannung in Sibirien schildert. Es handelte sich um seine Ausweisung aus Baden und seine Auslieferung an Rußland. Bismarck trat persönlich in Aktion, um diese Ausweisung durchzusetzen. (Reichskanzler Graf Bilkow betritt den Saal.) Bismarck schrieb damals an die badiische Regierung: „Er Majestät der Kaiser von Rußland nimmt persönlich großes Interesse daran, daß der von seiner Regierung ausgesprochene Wunsch erfüllt wird. Die persönliche Ueberzeugung des russischen Kaisers aber ist maßgebend für die Politik des Reichs...“

Dann hat der Reichskanzler mit Bezugnahme auf einen Artikel in einem unserer Partei-Organen, der „Schwäbischen Tagwacht“ behauptet, die deutsche Sozialdemokratie wolle den Krieg mit Rußland. Ich mußte lächeln über die Behauptung, wir Sozialdemokraten würden, wenn wir die Macht hätten, eine Heeresflotte über die Grenze senden, um unseren russischen Brüdern zu helfen. Nein, wenn wir in Deutschland die Macht haben werden, werden die Zustände in Rußland auch ohne unser Zutun längst bessere geworden sein. (Lachen rechts.) — Wenn es sich um revolutionäre Bewegungen handelte, sind die gegenwärtigen Regierungen stets bereit gewesen, den bedrohten Staat mit Truppenmacht zu unterstützen. So ließ Preußen 1849 im Maiaufstand seine Truppen nach Sachsen rücken, weil die sächsische Regierung nicht allein imstande war, den Aufstand zu unterdrücken. Auch die Russen haben bereitwillig bei der Unterdrückung der ungarischen Revolution geholfen. Und wenn jetzt etwa in Polen eine Revolution ausbräche und Rußland infolge seiner ostasiatischen Bemühungen nicht imstande wäre, die notwendige Macht zur Unterdrückung aufzubringen, — ich wette tausend gegen eins, da wäre Graf Bilkow der erste, der im Auftrage seines kaiserlichen Herrn eine Note nach Petersburg schicken würde, worin er sich erböte, mit Hilfe deutscher Truppen Rußland zur Wiederherstellung der alten Ordnung zu verhelfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Ich hoffe, daß ich die Behauptungen des Reichskanzlers so auf das richtige Maß zurückgeführt habe. — Ueber den Auslieferungsvertrag mit Rußland kann ich behaupten, daß kein anderer Staat jemals gewagt haben würde, einen solchen Vertrag zu schließen; ein Entzweiungsgeschehen würde durch das ganze Land gehen. Die Bestrebungen, die anarchistischen Untriebe zu bekämpfen, haben nur zwischen Preußen und Bayern einerseits und Rußland andererseits zu einer Verständigung geführt; kein anderer Staat hat sich dazu hergegeben. Nicht drastisch charakterisiert diesen Vertrag der Artikel 3, in dem auch die Auslieferung für diejenigen Verbrecher oder Vergehen verlangt wird, die in einer politischen Absicht begangen sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dem gegenüber steht z. B. der Artikel 4 des Vertrages mit der Schweiz, in dem ausdrücklich Auslieferung wegen politischer Vergehen oder Verbrechen ausgeschlossen wird, oder auch dann nicht stattzufinden braucht, wenn die ausführende Person nachweisen kann, daß der Antrag auf Auslieferung in der Absicht gestellt wurde, sie wegen eines politischen Vergehens oder Verbrechens zu verfolgen. Eine solche Vertragsbestimmung muß unter Kulturnationen als selbstverständlich angesehen werden. Der russische Vertrag aber widerspricht in dieser Hinsicht allen Forderungen des Völkerrechts. Es ist eine Schmach und eine Schande, daß in ganz Deutschland die leitenden Männer einen solchen Vertrag als maßgebend für ihre Handlungen...

Präsident Graf Ballestrin (unterbrechend): Sie dürfen Verträge, die die Bundesstaaten mit fremden Staaten abgeschlossen haben, nicht als eine Schmach und eine Schande bezeichnen. Ich rufe Sie zur Ordnung!

Abg. Bebel (fortfahrend):

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes sagte, auf Grund dieses Vertrages sei noch keine einzige Auslieferung erfolgt. Das ist doch nur ein Grund mehr für seine Kündigung! Wenn der Herr Staatssekretär Recht hat, und ich muß seinen Angaben Glauben schenken, dann ist doch der Vertrag völlig gegenstandslos, und wir verlangen seine sofortige Kündigung. Preußen in Deutschland voran! Herr Reichskanzler, das setzt doch voraus, daß Preußen auch kulturell an der Spitze steht! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Witterweise ist ja ein anderer Geheimvertrag zwischen einer ganzen Reihe europäischer Nationen abgeschlossen worden, der sich darauf bezieht, daß Elemente, die anarchistischerer Untriebe verdächtig sind, nach dem Heimatsstaate abgehoben werden. Was man unter Anarchisten versteht, darüber zerbrechen sich Regierung und Reichstag nicht den Kopf. In all den Erörterungen, die wie bei Gelegenheit der Ausweisung von Russen hier gepflogen haben, gab der Staatssekretär an, daß es sich um Anarchisten gehandelt hätte. Ich bin fest überzeugt, daß es sich nicht in einem einzigen Falle wirklich um Anarchisten gehandelt hat. Aber ganz abgesehen davon dürfte die bloße Tatsache, daß jemand Anarchist ist, nicht dazu führen, ihn aus einem fremden Lande auszuweisen. Auch der Anarchist hat das Recht seiner politischen Ueberzeugung. Es kommt nur darauf an, ob er seine Ueberzeugung in der Weise zur Geltung zu bringen sucht, wie man gemeinhin von Anarchisten annimmt. Frankreich und England haben es stets abgelehnt, sich an diesen geheimen Auslieferungsverträgen zu beteiligen. Das rechne ich der französischen Regierung um so höher an, als gerade Frankreich wiederholt der Schaulay anarchistischer Verbrechen war, und einen seiner Präsidenten durch den Dolch eines Anarchisten verloren hat. Trotzdem hat sich Frankreich nie entschließen können, jemanden auf die bloße anarchistische Bestimmung hin an sein Heimatsland auszuliefern. Auch in Preußen haben diese Anarchistenoperationen wesentlich dazu beigetragen, daß man des Auslieferungsvertrages von 1855 nicht erst bedurfte. Man hat einfach jeden Ausländer, der unbedeuten geworden war, ohne weiteres als Anarchisten bezeichnet und auf Grund der Anarchistenkonvention des Landes verwiesen. Solche Zustände sind Deutschlands unwürdig; wir verlangen nach jeder Richtung hin einen gründlichen Wandel der bestehenden Praxis.

Auch nach anderer Richtung hin hat das Bestreben der deutschen Regierung, Rußland gefällig zu sein, einen Umfang angenommen,

gegen den wir Vertwahrung einlegen müssen. Die Schiffsverläufe hat der Reichskanzler gestern nach der üblichen internationalen Praxis für zulässig erklärt; es seien während des russisch-japanischen Krieges aus verschiedenen Ländern an beide kriegführenden Parteien solche Verläufe vorgenommen worden. Aber in der letzten Zeit sind wiederholt ganz eigentümliche Mitteilungen über Schiffvermietungen in der deutschen Presse erschienen. Bei der Flotte des Admirals Roschdestwenski in Koffi-See befinden sich etwa 45 Transportdampfer, darunter zehn deutsche, die Rußland nicht gekauft, sondern nur gemietet hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie begleiten die russische Flotte, um ihr durch Zufuhr von Kohlen und anderem Material die Ueberfahrt nach dem fernem Osten zu ermöglichen. Als jüngst die Mannschaft zweier Dampfer sich weigerte, ihre gefährliche Fahrt fortzusetzen, erklärten die Kapitäne, sie machten sich damit des Kontraktbruches schuldig. Wenn sie aber auf hoher See verfaulen sollten, die Kapitäne zu zwingen, daß sie einen anderen Kurs einschlägen, so sei das Meuterei, und in beiden Fällen müßten sie schwerer Strafe gewärtig sein. Ich möchte nun an den Reichskanzler und an den Staatssekretär die Frage richten, in welchem Verhältnis in bezug auf das internationale Recht die Befragung dieser Dampfer steht. Zweifellos würde Japan diese Schiffe, die Kriegskontorende führen, als zur feindlichen Flotte gehörig ansehen. Die Mannschaften der Schiffe erklären, daß ihnen bei der Ausmusterung nichts von dem Zweck der Reise gesagt worden sei; jetzt werden sie in einer Art Gefangenschaft des russischen Admirals gehalten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte nun Auskunft auch darüber, ob diese Verträge der Dampfergesellschaften mit der russischen Regierung abgeschlossen worden sind mit Wissen der Reichsregierung. Ich kann mir kaum vorstellen, daß die Hamburg-Amerika-Linie auf ein so gewagtes Unternehmen eingehen würde, ohne die Sicherheit, eventuell von der Regierung gedeckt zu werden.

Eine weitere Frage an die Herren von der Reichsregierung bezieht sich auf die Ausweisungen und die Auslieferungen russischer Militärpflichtiger und Militärflüchtlinge. Schon am 5. und 10. Dezember habe ich hier eine ganze Reihe von Vorgängen zur Sprache gebracht, die darauf hindeuten, daß Deutschland auch in dieser Beziehung in ganz ungehöriger Weise seine Neutralitätspflicht verletzt. Aus Schneidemühl und aus dem Braunkohlenrevier in der Nähe von Braunschweig wird gemeldet, daß dort beschäftigte russische Arbeiter ohne jeden andern Grund ausgewiesen und mit Gewalt an die Grenze gebracht worden seien, nur um den russischen Kriegsdienstleistungen Vorstoß zu leisten. Ein ober-schlesischer Bürgermeister schreibt in „Stimmungsbilder von der schlesisch-russischen Grenze“ über die russischen Militärflüchtlinge: In den meisten Fällen verlegten diese Leute durch ihr ganzes Benehmen und durch ihre Kleidung ihren militärischen Charakter nicht, weshalb ihre Festnahme und zwangsweise Abschiebung nach dem nächsten Korдон der russischen Grenzwaage erfolgt. Wenn das wahr ist, so ist es ein sehr hartes Stück. Man kann es ja von einem gewissen Standpunkte aus beurteilen, daß sich Soldaten auf diese Weise ihrer Militärpflicht entziehen. Aber in Rußland flüchten nicht nur einzelne Soldaten, sondern ganze Regimenter, Offiziere und Militärärzte. So hat Rußland in diesen letzten Wochen der Welt ein Schauspiel, wie noch kein Staat der Welt. Tausende und Abertausende von Männern weigern sich, auf den Kriegsschauplatz zu gehen. Unwiderprochen ist die Nachricht geblieben, daß sich in Moskau 15 000 Mann geweigert haben zu marschieren, trotzdem 300 von ihnen zur Strafe niedergeschossen wurden. Aber was geht und als neutraler Staat das an. Als 1870 Gourbati mit seinen Truppen über die schweizerische Grenze gedrängt wurde, da hat die Schweiz keine Mannschaften gefangen genommen und es sich gar nicht einfallen lassen, sie der französischen Regierung wieder zur Verfügung zu stellen. Es wäre ihr ja das auch schlecht bekommen. Ob nun ganze Truppenleiter über die Grenze gedrängt werden oder einzelne freiwillig über die Grenze gehen, ist ganz gleichgültig; auf keinen Fall dürfen sie an den Heimatsstaat wieder ausgeliefert werden. Das Entgegenkommen der preussischen Regierung an die russischen Wüstungsversuche ist aufs schärfste zu beurteilen. Nun hat sich der Reichskanzler meinem Parteifreunde Bolkmar gegenüber darauf bezogen, daß auch Frankreich es nach allen Richtungen hin mit Rußland hält. Das offizielle Frankreich vielleicht; aber in der französischen Bevölkerung ist seit den Ereignissen des 22. Januar ein vollkommener Umschlag eingetreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nicht nur in Frankreich hat sich die öffentliche Meinung gegen Rußland empört, sondern auch in Deutschland, in der ganzen Welt ist ein gewaltiger Schrei der Entrüstung über das kulturwidrige Regimen in Rußland nach den Vorgängen vom 22. Januar erschollen. Die Weisungen und Schikaneereien gegen die eigenen Staatsangehörigen, wie sie in Petersburg am 22. Januar verübt worden sind, sind beispiellos in der Weltgeschichte. Nicht allein Männer, sondern auch Frauen und Kinder hat man scharenweise niedergemetzelt. In der Stadt Warschau ist man nicht davor zurückgeschreckt, am 29. und 30. Januar Hunderte gemeiner Verbrecher aus dem Gefängnisse zu entlassen, damit sie stahlen und plünderten, um die revolutionäre Bewegung zu diskreditieren. Das Regime, das jetzt in Rußland wüthet, wird von jedem Menschenfreund verdammt. Man möchte weit in das Mittelalter zurückgehen, um ähnliche Grausamkeiten zu finden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Abg. v. Kardorff ruft: Die Kommune!) Jawohl, Ihre Leute haben gegen die Kommune ebenso gemein gehandelt, wie jetzt die Nachhörer in Rußland. (Wielaches Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) Ich möchte Ihnen die Vorlesung wiederholen, die ich schon vor dreizehn Jahren hier in diesem Hause gehalten habe. Damals sind Sie sehr kleinlaut geworden. Jedenfalls hat die Kommune nicht den zehnten Teil der Verbrechen begangen, die seitens der Verfaller an den Kommunards verübt worden sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich muß noch mit einigen Ausführungen auf den Königsberger Prozeß zurückkommen. (Unruhe rechts.) Ich kann mir denken, daß Ihnen das unangenehm ist, aber ich hege gar nicht hier um Ihnen unangenehm zu sein. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie sich über mich ärgern, habe ich meinen Zweck erreicht. Als ich am 5. Dezember hier auftrah, allen diesen Fällen stände der höchste preussische Justizbeamte in vollkommener Unwissenheit gegenüber, in allen anderen Ländern der Welt würde ein solcher Justizminister mit Schimpf und Schande aus dem Amte gejagt werden, da antwortete mir Graf Bilkow, die Kritik am Königsberger Prozeß könne sich nur auf dem Gebiete juristischer Kritik bewegen. Die gemachten Fehler seien solche juristischer Aufassung. Aber tatsächlich festgestellt sei, daß von der deutschen Sozialdemokratie Schriften revolutionärer, anarchistischer, terroristischer Inhalts nach Rußland verbreitet worden seien. Um diese Tatsache hat es sich hier schon deshalb nicht gehandelt, weil unter all den Schriften terroristische und anarchistische gar nicht enthalten waren. Dem Grafen Bilkow scheint die traurige Rolle, welche der preussische Justizminister, die Anklagebehörde und der Gerichtshof gespielt haben, noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein, sonst wäre es ganz undenkbar, daß der leitende Beamte den Ausgang des Prozesses so ruhig hinnimmt. War es da nötig, auch noch Strafanträge gegen deutsche Bürger zu stellen? Ein solcher Freundschaftsdienst gegen einen Nachbarstaat ist noch nie dagesehen, er war Deutschland vorbehalten. Ich meine denn doch, daß auch dieser Prozeß im höchsten Maße Veranlassung geben muß, unsere Beziehungen zu Rußland zu revidieren. Aber freilich, die Herren von der Regierung sind sämtlich auf dieser Tribüne für den Prozeß eingetreten, der Reichsjustizsekretär, der Staatssekretär des Auswärtigen, der Herr Reichskanzler usw. In den Akten des Prozesses kommt eine Stelle vor, in der der erste Staatsanwalt an den Vizepräsidenten in Stettin schreibt und von dem „großen Interesse des Herrn Justizministers



an die: in Prozeß" spricht. Der Justizminister ist natürlich wenig entzückt von diesem Schreiben. Die Regierung sagt sich eben: Diese Sache steht auf dem Spiel. Man denkt, wenn drüben in Rußland die revolutionäre Stimmung sich äußert, dann habe man auch in Deutschland das lebendigste Interesse daran, dann müsse man hier in Deutschland Vorkämpfer dieser Sache unschädlich machen. Im preussischen Abgeordnetenhaus mußte der Justizminister zugeben, daß die ihm gewordenen Mitteilungen über die Bestimmungen des russischen Strafgesetzbuches über die Gegenständiglichkeit lediglich auf Fälligkeit beruhen, trotz der Bescheinigung des Generalkonsuls. Diese Angaben waren falsch, und man leitete daraufhin den Prozeß ein, obgleich eine korrekte Uebersetzung des russischen Strafgesetzbuches vorlag. Der Herr Justizminister mußte im Abgeordnetenhaus ferner zugeben, daß alle drei Auskünfte über diese Bestimmungen von einander abwichen, und daß alle drei gefälscht waren. (Hört! hört! b. d. Soz.) Das Versehen ist aber nicht aufgefällt von der Staatsanwaltschaft, die doch in erster Linie dazu berufen gewesen wäre, sie ist auch nicht aufgefällt worden von den Richtern, die in zweiter Linie dazu berufen gewesen wären, sondern von den Verteidigern, die erst am fünften Tage in die Lage kamen, die Prüfung vorzunehmen. Ich frage nun: wenn die Angeklagten weniger geschickter oder weniger gewissenhafte Verteidiger gehabt hätten? Dann wären die Angeklagten zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt worden (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), dann wäre ein Justizwort gesprochen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Justizminister gibt zu, daß er sich getraut hat, das russische Strafgesetzbuch enthalte mehrere Arten von Majestätsbeleidigungen, das habe er nicht gemerkt. Der betreffende Referent sei gerade bei der Abreise gewesen. Da habe er nicht so genau darauf achten können. Muß man sich nicht über eine solche Leichtfertigkeit aufs höchste enträsten! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Also gewissermaßen mit dem Koffer in der Hand werden Gutachten, von denen die Freiheit vieler Bürger abhängt, ausgestellt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ist denn eine solche Gleichgültigkeit und Niederlichkeit der preussischen Regierung auch nur möglich! Selbst ein Vertreter des Zentrums, ein Richter, hat im preussischen Abgeordnetenhaus sein Befremden über diese Art dem Justizminister ausgesprochen. Das muß sich der höchste Justizbeamte des preussischen Staates von einem preussischen Richter im Abgeordnetenhaus sagen lassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie können preussische Richter Achtung haben vor einem Justizminister, der in so schwerer Weise das Recht gebeugt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Ballestrem: Sie dürfen nicht sagen, daß der Minister eines deutschen Partikularstaates das Recht gebeugt hat. (Lebhafte Zurufe und Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ich rufe Sie deshalb zum zweitenmal zur Ordnung und mache Sie auf die Konsequenzen aufmerksam. (Beifall rechts, lebhaftes Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bebel (fortfahrend):

Wenn man in Preußen noch etwas auf Reputation hält, so muß der Minister fort von seinem Platze! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Das ist die Regierung ihren Beamten schuldig, daß sie nicht länger einem solchen Beamten unterstellt sind. Aber auch der russische Generalkonsul muß von seinem Platze entfernt werden. Das ist ein Zeichen von Fügsamkeit und Diegiamkeit gegen die russischen Behörden.

Der Fälligkeit begehrt, darf kein Vertrauen mehr verlangen. Die russische Regierung muß dringend ersucht werden, einen solchen Beamten zu entfernen. In dieser selben Zeit, in der die deutsche Regierung solche Dienste der russischen erwies, behandelte die russische Regierung deutsche Wünsche um Rechtshilfe mit einer geradezu herausfordernden Nachlässigkeit. Ein Zeuge, der sich in Riga befand, sollte vernommen werden. Da richtete die preussische Behörde an die russische die Aufforderung, diesen Zeugen eidlich zu vernehmen. Die russische tat dies aber erst fünf Tage nach Beginn der Hauptverhandlung. Die preussische Behörde erklärte auch bei dem Prozeß, daß sie dies Verhalten der russischen für höchst befremdlich erachte. Wenn mich etwas an diesem Prozeß gereut hat, so war es gerade das Verhalten der russischen Behörden. (Große Heiterkeit und Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ganz ebenso benahm sich die russische Regierung im Falle des Fräulein Veron. Die wurde von der preussischen Polizei verhaftet, weil sie im Verdacht stand, ganz schreckliche, anarchische Flugchriften verbreitet zu haben, die man bei ihr gefunden haben wollte. Man telegraphierte nach Petersburg, welche fürchterliche Anarchistin man gefangen hätte und Herr v. Hammerstein erwartete wohl, daß Rußland sofort ihre Auslieferung beantragen würde. Aber schließlich mußte Herr v. Hammerstein Kleinsaut im Landtag belassen: „Eine Antwort auf unser Telegramm ist von russischer Seite niemals erfolgt. (Hört! hört! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Fräulein Veron mußte, da keine Antwort eintraf, mehrere Tage im Polizeigewahrsam zubringen. Als nach acht Tagen eine Antwort noch nicht erfolgte, habe ich auf Antrag des Polizeipräsidenten verfügt, sie ohne weiteres auszuweisen.“ Man glaubt wunder, was für einen Gefallen man der russischen Regierung tut, aber die russische Regierung gibt überhaupt keine Antwort. Dieser Fall ist nun von Herrn v. Hammerstein benutzt worden, um allerlei Betzheimnisse des Fräulein Veron an die Öffentlichkeit zu bringen. Ich bedaure, daß ein preussischer Minister sich zur Enthüllung derartiger Privatangelegenheiten hergeben hat. Sein ganzes Vorgehen war nichts weniger als gentlemanlike. Was würde Herr v. Hammerstein wohl sagen, wenn wir hier Betzheimnisse der Hohenzollern aufstülpten. Auch aus der eigenen Familie des Herrn v. Hammerstein werden ja Dinge erzählt, die mit dem von ihm proklamierten sittlichen Standpunkt gar nicht übereinstimmen. Herr v. Hammerstein hätte sich seine Ausführungen, die mit dem politischen Falle gar nichts zu tun haben, recht gut ersparen können, denn sie haben nur seine Person und die preussische Regierung gewaltig diskreditiert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube zur Genüge dargelegt zu haben, daß ein Uebermaß von Gründen vorhanden ist, um den bestehenden Zuständen ein Ende zu machen. Wir können nicht dulden, daß Deutschland sich vor ganz Europa und der ganzen Welt weiter derartig bloßstellt. Auch uns macht diese Kritik kein Vergnügen, es wäre uns viel lieber, wenn wir keine Veranlassung hätten, derartige Vorgänge zur Sprache zu bringen. Wir hoffen deshalb dringend, daß Sie unsere Resolution auf Kündigung der Auslieferungsverträge mit Rußland unterstützen werden. Herr Gröber meinte gestern, ihre Annahme würde doch keinen Erfolg haben. Das haben wir nie voraus gewünscht. Sind wir denn überhaupt gewohnt, daß die Annahme von Resolutionen durch den Reichstag von irgend welchem Erfolg begleitet zu sein pflegt? (Sehr gut! links.) Den Diätenantrag haben wir wohl 15mal, den auf Aufhebung des Jesuitengesetzes wohl ein halbes Duzendmal angenommen und doch werden sich Herr Gröber und seine Freunde nicht abhalten lassen, den Diätenantrag zum sechzehntenmal und den Jesuitenantrag zum siebentennmal zu stellen. Wie kann Herr Gröber da sagen, es sei kaum der Mühe wert, unsere Resolution anzunehmen? Wir müssen den verbündeten Regierungen und der Welt gegenüber sagen, was der Reichstag in dieser Frage denkt, wenn wir auch im Augenblick keine Aenderung erreichen können. Der Reichstag muß die moralische Verantwortung dieser Auslieferungsverträge auf sich nehmen, wie es schon der Reichstag 1887 getan hat, als er stillschweigend davon Abstand nahm, sie überhaupt einer Beratung zu unterziehen. Gegenüber den Tatsachen, gegenüber der Bloßstellung der preussischen Regierung und ganz Deutschlands, die sie sich durch ihr Verhalten Rußland gegenüber hat zuschulden kommen lassen, muß der Reichstag ein entschiedenes Urteil fällen.

Aber wir hoffen, daß wir nicht mehr oft in die Lage kommen werden, diese Anklage hier vorbringen zu müssen, denn wir sind überzeugt, daß dem heutigen Rußland bald ein neues Rußland folgen wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Niederlagen in Ostosien und die revolutionäre Bewegung im Inneren Rußlands selbst werden den Sturz des Zarismus herbeiführen. Die

Intelligenz, von der Sie doch sagen, daß sie sich in ihren Kreisen einer besonderen Achtung erfreut, und Frauen aus den vornehmsten Kreisen selbst beteiligen sich an dem Kampfe des russischen Volkes um seine Freiheit. Wir hoffen mit aller Bestimmtheit, daß bald an Stelle des Despotismus der Autokratie ein neues Rußland entstehen wird, indem das russische Volk endlich insstande sein wird, sich als Menschen zu fühlen. (Lebhafte, anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichskanzler Graf Bismarck:

In den gestrigen Ausführungen des Abg. v. Chrzanowski hat mich vor allem interessiert und gewundert, daß sie hier überhaupt möglich waren. (Lachen bei den Polen.) Ich glaube nicht, daß es irgendwo ein Land gibt, und daß es irgendwo eine Volksvertretung gibt, wo der Vertreter eines fremden Volkstammes sich in dieser Weise ausgesprochen hätte über die Regierung, die Einrichtung, die Geschichte und den Charakter des Staatswesens, in welchem er lebt. Der Abg. v. Chrzanowski hat von preussischer Barbarei gesprochen. (Sehr wahr! bei den Polen und links.) Er hat von barbarischen Maßnahmen der preussischen Regierung gesprochen. (Sehr wahr! bei den Polen und links.) Er hat von der preussischen Gewohnheit gesprochen, fremde Völker einzuschläfern und dann über sie herzufallen. (Sehr richtig! bei den Polen und bei den Sozialdemokraten.) Solche Behauptungen sind nur in einem deutschen Parlament möglich. (Lachen bei den Polen u. Soz.) Und daß das mit Sehr richtig! von deutscher Seite begleitet wird, kommt auch nur bei uns vor. (Lebhafte Beifall rechts.) Es ist mehr als hundert Jahre her, daß ein deutscher Dichter dem deutschen Volke zugerufen hat: „Niemand war gegen das Ausland ein Volk so gerecht wie Du!“ Das stimmt im großen und ganzen noch heute. (Lachen bei den Polen und links.) Derselbe Dichter fügte aber hinzu: „Sei nicht allzu gerecht, die anderen denken nicht edel genug, um zu sehen, wie schön Dein Fehler sei.“ Das Bedürfnis, gut und edel zu sein, ist dem Deutschen nun einmal wichtiger, als politisch einsichtig und klug zu sein. Umgekehrt wie andere Völker, die sagen: Right or wrong, my country! (Ob er recht oder unrecht hat, es ist mein Vaterland!) Wir sind nun einmal weltbürgerlich angelegt. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Zurufe: Wir!) Wenn Sie so lange im Auslande gelebt hätten wie ich, würden Sie, daß das deutsche Volk im Grunde kosmopolitisch ist. Wir müssen uns zwingen, national zu denken, und vielen von uns gelingt auch das nicht einmal. (Lebhafte Beifall rechts.) Im Laufe unserer Geschichte haben wir uns auch ungefähr für alle fremden Völker begeistert. Wir haben auch lange für die polnische Nation geschwärmt, aber herausgekommen ist dabei nichts, am wenigsten für uns.

Solche Erfahrungen in der Geschichte und in den Beziehungen zwischen den Völkern lehren uns, daß große politische Machtfragen — und die Ostmarkenfrage ist eine große politische Machtfrage — lediglich im Hinblick auf die Einheit und Integrität des eigenen Landes zu behandeln sind. Ich kann übrigens dem Abg. Chrzanowski durchaus nicht zugeben, daß die Offensive von deutscher Seite ausgegangen wäre. Es ist die großpolnische Agitation, die überall die Deutschen von den Polen abgejondert hat, die in allen wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten, die vor 40 oder 50 Jahren gemeinschaftlich behandelt wurden, die nationalen Gegensätze hineingetragen hat. Es ist die großpolnische Agitation, die keine Gemeinsamkeit zwischen Deutschen und Polen zulassen will. Es ist die großpolnische Agitation, die weder auf materiellen, noch auf ideellen Gebieten irgend etwas gemeinsam haben will mit den Deutschen. Die ganze Politik, die wir im Osten der Monarchie verfolgen, ist eine Defensivpolitik. (Widerspruch links, Beifall rechts.) Sie ist eine Politik der Verteidigung. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich habe an anderer Stelle, nämlich im preussischen Abgeordnetenhaus an der Hand eines reichhaltigen Materials nachgewiesen, wie sehr das Deutschland im Osten in die Verteidigungsrolle gedrängt ist. Wir denken nicht daran, daß wir die Polen vertreiben wollten, wir wollen lediglich dafür sorgen, daß wir nicht vertrieben werden. (Ho! und Widerspruch bei den Polen.) Jawohl, wir wollen nicht, daß uns die Polen vertreiben unter Benutzung unserer verfassungsmäßigen Institutionen, aber auch unter Benutzung der alten deutschen Eigenheiten, unserer Gebude, unserer Langmut und der leider so langdauernden Jalousie, mit der wir die Verhältnisse im Osten behandelt haben. Wir müssen unseren Weg dort weiter verfolgen. Solche Reden, wie sie gestern Dr. Chrzanowski gehalten hat, werden uns nur in dem Entschluß bestärken, die ganze Kraft des deutschen Staates einzusetzen, damit im Osten der Deutsche, das Deutschum erziehungsfähig erhalten bleibt, und damit die östlichen Provinzen in unauflöslichem Verbände mit der preussischen Monarchie und dem deutschen Vaterlande verbunden bleiben. (Bravo! rechts.)

Ich komme nun zu den Ausführungen des Herrn Abg. Bebel. Als ich den Saal betrat, machte Herr Bebel mir Vorhaltungen über den Ton, den ich gegenüber Herrn v. Bismarck angeschlagen hätte. Ach du lieber Himmel, seien Sie doch erst selbst etwas freundlicher, Herr Bebel (Zurufe bei den Sozialdemokraten), zu den Herren Revisionisten (Große Heiterkeit), etwas glimpflicher gegen den Abg. v. Bismarck. (Erneute Heiterkeit.) Herr Bebel hat einen Brief des Fürsten Bismarck vorgelesen, worin sich Fürst Bismarck mit der Diplomatie beschäftigt. Dieser Brief war mir sehr wohlbekannt, er gehört zu den vielen schönen Briefen, die Fürst Bismarck geschrieben hat und die den Anspruch rechtfertigen, daß Fürst Bismarck, wenn er nicht einer der größten Staatsmänner wäre, die je gelebt haben, einer der großen deutschen Schriftsteller sein würde. Vieles von dem, was Herr Bebel verlesen hat über die Diplomatie, — ja, mein Gott, ich bin ja auch 30 Jahre lang Diplomat gewesen und ich bin objektiv genug zu sagen: Sehr vieles davon ist sehr richtig! (Heiterkeit) — aber Fürst Bismarck hat auch sehr vieles sehr Richtige über die Tendenz und den Charakter der Sozialdemokratie geschrieben und gesagt, und es würde mich sehr freuen, wenn Herr Bebel hier auch einmal ein solches Wort des Fürsten Bismarck über den Charakter der Sozialdemokratie verlesen würde. (Heiterkeit.) Nun ist Bebel auf die Auslieferungsverträge eingegangen. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat gestern schon nachgewiesen, daß in den ungefähr 20 Jahren, seit diese Verträge bestanden, kein einziger Fall von Auslieferung auf Grund der Verträge wegen politischer Vergehen erfolgt ist, und mir scheint, daß gegenüber dieser einfachen Tatsache die hochgradige Erregung des Herrn Abg. Bebel, die ihm sogar einen Ordnungsruf eingetragen hat, etwas künstliches hat. Dann hat Bebel von den Lieferungen und Schiffsverläufen an Rußland gesprochen. Ich habe mich über den Sachverhalt sogleich informiert. Nach den von der Hamburg-Amerika-Linie abgegebenen ausdrücklichen Versicherungen dürfen die deutschen Transportschiffe die russische Flotte nicht begleiten. Sie haben nur Kohlen nach bestimmten neutralen Häfen zu liefern und haben nach diesen Hafenplätzen nicht zusammen mit den russischen Kriegsschiffen, sondern von ihnen getrennt und auf anderem Wege zu fahren. Davon, daß auf die deutschen Mannschaften dort und im besonderen in Madagaskar ein rechtswidriger Zwang von den russischen Befehlshabern geübt werde, ist nicht das allermindeste bekannt und das ist auch höchst unglauwürdig. Wenn russische Generale oder Admirale im Interesse der Geheimhaltung ihrer Absichten gewisse Vorkehrungen getroffen haben sollten, welche unter Umständen die Bewegungsfreiheit der Mannschaft etwas beeinträchtigen, so würde dagegen kaum etwas einzuwenden sein. Wenn die Hamburg-Amerika-Linie die Bestimmungen der deutschen Befehle oder die Feuerverträge verletzt, so würden wir selbstverständlich sie un-nachlässiglich zur Verantwortung ziehen. Es liegt aber bis jetzt nicht der mindeste tatsächliche Nachweis dafür vor, daß die Hamburg-Amerika-Linie irgendwie ihren Pflichten zuwider gehandelt hätte.

Weiter ist der Abg. Bebel auf den Königsberger Prozeß zu sprechen gekommen. Ich muß mit der größten Entschiedenheit die durchaus ungerechten und ungerechtfertigten Angriffe zurückweisen, die er hierbei gegen den hier nicht anwesenden preussischen Justiz-

minister gerichtet hat und gegen die Art und Weise, wie er sich bemächtigt hat, das Vertrauen des russischen Nichterstandes zu dem obersten deutschen Justizbeamten zu untergraben. (Bravo! rechts.) Ich weise diese Angriffe als eine durchaus ungerechtfertigte Verdächtigung zurück. (Bravo! rechts.) Im übrigen habe ich mich über die politische Seite des Königsberger Prozesses hier schon zwei- oder dreimal ausgesprochen. Material nach der juristischen und sachlichen Seite ist der Königsberger Prozeß im preussischen Abgeordnetenhaus klar gestellt. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe keine Veranlassung, hier auf dieses Thema zurückzukommen. (Bravo! rechts.) Nun hat der Abgeordnete Bebel auch einen Fall zur Sprache gebracht, der sich in Schneidemühl ereignet haben soll. Das ist nun wieder ein rechter Beweis für die — ich will nicht sagen Leichtgläubigkeit, der Ausdruck liegt mir fern — aber für die jugendliche Naivität (Große Heiterkeit), mit der er Behauptungen aufstellt, die sich nachher als unbegründet herausstellen, und ich bin überzeugt, Herr Bebel wird zugeben, daß ich wenigstens in diesem Falle recht habe. Der preussische Minister des Innern hat in der Sitzung vom 10. Dezember v. J. darauf hingewiesen, daß allerdings früher zwischen Rußland und Preußen ein Vertrag über die Auslieferung von Deserteuren bestand. Dieser Kartellvertrag war aber im Jahre 1869 oder 1870 abgelaufen, und es wäre seitdem nie wieder ein Deserteur nach Rußland ausgeliefert worden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ausgewiesen! Unruhe.) Dem habe ich nichts weiter hinzuzufügen. Nun hat der Abg. Bebel weiter und nicht ohne Pathos gesagt, daß die Sozialdemokratie nicht den Frieden mit Rußland fördern wolle und er hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich die Behauptung, die Sozialdemokratie wolle den Krieg mit Rußland, nun schon zum vierten oder fünftenmale wiederhole. Aber, meine Herren, Hand aufs Herz, haben Sie, hat der Abg. Bebel nicht auch heute wieder eine Menge Dinge gesagt, die er, seitdem ich das Vergnügen habe, mich mit ihm hier aneinanderzusetzen zu dürfen, und das sind auch schon einige Jahre — nicht auch schon oft wiederholt hat? (Heiterkeit und sehr richtig!) Solche kleinen Vorwürfe sollten wir uns doch gegen- seitig ersparen. (Heiterkeit.) Herr Bebel möge mir aber auch glauben, daß ich ihm und seiner Partei diesen Vorwurf nicht machen würde, wenn die Sozialdemokratie durch ihr tatsächliches Verhalten bewiese, daß sie den Krieg mit Rußland nicht will. Wenn sie diesen Krieg nicht will, warum hegt die sozialdemokratische Presse, die doch sonst eine sehr disziplinierte ist — (Zuruf rechts: Sein muß!) — sein muß, gegen Rußland? Ich erinnere an den scharfen Verweis, den Herr Bebel der sozialdemokratischen Presse erteilt hat, ich hätte beinahe gesagt, Ulls! (Heiterkeit.) Ich habe nie sozialdemokratischen Redakteuren geraten, erst an die Denkerstimme zu fassen, bevor Sie etwas schreiben, wie das Herr Bebel in Dresden getan hat. (Heiterkeit.) Wie ist es mir eingefallen, in diesem Ton von der Presse zu sprechen, das werden mir die Herren da oben (nach der Journalistentribüne zeigend) bezugen können. (Große Heiterkeit.) Warum also, frage ich, hegt diese wohl disziplinierte sozialdemokratische Presse bei jeder Gelegenheit gegen Rußland? Warum hat bei Beginn des ostasiatischen Krieges eine dem Abgeordneten Bebel nabestehende Feder in der „Neuen Zeit“ programmatische Auslassungen darüber veröffentlicht, daß aus dem ostasiatischen Kriege eine Aenderung der europäischen Karte folgen werde? Warum hat die sozialdemokratische Presse bei der Doggerbank-Affäre alles getan, um diesen Zwischenfall zu vergiften, um einen Konflikt zwischen England und Rußland (Zuruf: Mit England?) herbeizuführen? Warum hat sie bei dem Zusammenstoß mit den Segelschiffen, den Dampfschiffen, warum bei dem Zwischenfall mit dem kleinen Seeuferdampfer, dessen Namen ich sogar vergessen habe, warum hat sie uns da aufgefördert, nun gegen Rußland vom Leber zu ziehen? Warum hat die „Tagwacht“, wie ich es gestern vorgelesen habe, aufgefördert, an der Spitze einer Armee dem russischen Volke die Verfassung zu geben? Warum schrieb das Leitblatt Bebel's, also natürlich der „Vorwärts“: „Die russische Regierung verdient vom Erbboden vertilgt zu werden“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) — ich bin neugierig, ob Sie auch auf den Nachsatz „sehr richtig“ sagen werden? er lautet nämlich: und die ganze zivilisierte Welt muß zum Vernichtungskrieg gegen sie sich vereinigen. (Große Heiterkeit. Unruhe. Zurufe bei den Sozialdemokraten: Regierung, nicht Volk! Erneute Unruhe.) Warum hat denn Herr Bebel gerade bei diesem Bekenntnis, wo er doch sonst nicht übermäßig zurückhaltend ist, aus seinem Herzen eine Mordgrube gemacht? Wir wissen eben genau, daß die Sozialdemokratie nichts schelmischer wünscht, als die bestehende Ordnung in Rußland umzuwälzen (Zuruf: Schöne Ordnung!), und daß sie diese Ordnung umstürzen will (Zuruf: Schöne Ordnung!), und daß sie dazu alle Mittel anwendet, die sie hat. (Unruhe und Zurufe.) Vorläufig sind Sie eben nur noch nicht in der Lage, über unsere Armee und unsere Flotte gegen Rußland zu disponieren. Wären Sie es, so würden Sie verlangen (Zurufe und Widerspruch links), wie es die „Schwabische Tagwacht“ gedruckt hat, daß die Armee nach Rußland und die deutsche Flotte nach Kronstadt beordert wird. (Sehr gut! rechts.) Demgegenüber weise ich darauf hin, daß solche Einmischung in die Angelegenheiten fremder Länder und solche Reden über fremde Länder, wie sie Herr Bebel hier gehalten hat, die Beziehungen zu fremden Ländern fördern, damit unsere auswärtige Politik beschweren und unsere auswärtige Lage fördern. Daß hier der Abg. Bebel nicht Garantien für einen deutsch-russischen Krieg übernehmen will, will ich ihm glauben, aber die Männer, die an der Spitze eines großen Staates stehen, wie Deutschland, haben dafür zu sorgen, daß wir auch allen Eventualitäten der Zukunft mit möglichster Ruhe entgegensehen können, und gegenüber den überaus heftigen und bedauerlichen Versicherungen des Abg. Bebel über die inneren Verhältnisse in Rußland ergeben sich die Fragen: Mit welchem Recht spielt die Sozialdemokratie in dieser Weise den Hofmeister des Auslandes? Mit welchem Rechte mischt sie sich in die Verhältnisse und die Rechtszustände anderer Länder, mischt sie sich in Dinge, die der Justizhoheit eines anderen Landes unterstehen? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Justizhoheit!) Der Abg. Bebel hat drei- oder viermal das Wort Entrüstung gebraucht. Da Herr Bebel sich für Aenherungen des Fürsten Bismarck so sehr interessiert, will ich ihm ein kleines persönliches Erlebnis erzählen, das mir mit dem Fürsten Bismarck begegnet ist, als ich noch sehr viel jünger als heute war. Ich schrieb, als ich noch Geschäftsträger in Belgien war, — ich will hier den Anlaß nicht erwähnen — einen Bericht, worin das Wort Entrüstung vorkam. Da ließ mich Fürst Bismarck darauf aufmerksam machen, daß „Entrüstung“ kein politischer Ausdruck sei.“ Der Politiker, so schrieb mich Fürst Bismarck, würde durch Vorgänge mehr oder weniger unangenehm herührt (Heiterkeit), er reagiere in dieser oder jener Weise auf Vorgänge, aber er entrüste sich nicht. (Heiterkeit und Sehr richtig! rechts. Unruhe links.) Ja, meine Herren, auch ich meine, es sollte mit dem Wort „Entrüstung“ sparsamer umgegangen werden, man sollte unter ernsthaften Männern nicht gleich von Entrüstung sprechen, wenn einem in Rußland etwas wider den Strich, gegen die persönliche Liebhaberei, gegen die Parteilichkeit vorkommt. Ich will bei diesem Anlasse sagen, es ist eine alte deutsche Sitte oder Anstift, immer sofort zu protestieren, wenn irgendwo im Auslande etwas passiert, was uns in der Theorie als unrecht erscheint. So haben wir vor 70 oder 80 Jahren den Griechen ummel gehabt, wir haben dann den Polen ummel erlebt, wir haben den Bulgaren ummel aber uns ergeben lassen, wie haben später den Darenrummel (Widerspruch bei den Antisemiten) gehabt, und jetzt entrüstet man sich auf dieser Seite (nach links zeigend) des hohen Hauses, um einen „Kuffenrummel“ zu inszenieren. (Große Heiterkeit rechts und in der Mitte.) Das ist eine Beweis für die Nichtigkeit des alten Sages von Hegel, daß die Völker nichts aus der Geschichte lernen. (Zurufe und Sehr richtig! Unruhe.) Das gilt aber ebenso für legitime Schrecken wie für revolutionäre Schrecken. Es ist eben falsch, wenn von liberaler Seite die inneren Verhältnisse in Rußland lediglich durch die Brille des Liberalismus betrachtet werden und es ist genau dasselbe, als wenn in der Zeit der belligeren Allianz alles vom Standpunkt des Legitimitätsprinzips aufgefäht wurde. Wenn Herr Bebel gesagt hat, wir wollten der russischen



Regierung zu Hilfe kommen, so kann ich nur erwidern, daß derartige gar nicht von uns erwartet wird, und wir auch gar nicht daran denken. (Zurufe links.) Wir denken nicht daran, uns in die inneren Verhältnisse Rußlands einzumischen, deutsches Gut und Blut unnütz zu exponieren; eine solche Tendenzpolitik überlassen wir der Sozialdemokratie. Ob wir mit den russischen Regierungszuständen innerlich einverstanden sind, ob wir in Rußland diese oder jene politische Entwicklung innerlich wünschen und anstreben, das kommt gar nicht in Frage. Die Politik ist eine praktische Kunst, die praktische Ziele erstrebt. Wir würden schon herbeifallen, wenn wir uns von abstrakten Prinzipien leiten lassen würden, während alle anderen Nationen — auch die Franzosen des Abg. Webel — lediglich nach ihren Interessen vorgehen. Eine Stuttgarter Volksversammlung hat im Januar 1905 es als Pflicht aller Aufgeklärten des deutschen Volkes erklärt, die russische Freiheitsbewegung zu unterstützen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie das sehr richtig finden, so bin ich der Meinung, daß dieser Beschluß jener Volksversammlung mit Verlaß zu sagen Unsin ist. (Heiterkeit und Beifall. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Der Aufgeklärte hat nicht seine Finger in jeden Topf zu stecken. Der aufgeklärte Mensch hat dafür zu sorgen, daß die Sicherheit und Wohlfahrt des eigenen Landes nicht gefährdet wird. (Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte und Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Herrnsheim (nackl.): Es liegt mir fern, die heutige Sozialdemokratie für die Taten der Kommune verantwortlich zu machen; immerhin haben hervorragende Führer der Sozialdemokratie, wie Liebknecht, die Taten der Kommune verteidigt, die weit schlimmer waren als die Taten des bekannten Petersburger Sonntags, die zu rechtfertigen ich mich übrigens nicht berufen fühle. Die Kommunisten haben sogar sich nicht geschämt, die Verfall der Kommune zu machen, damit sie auf ihre Seite treten sollten. Die energischen Reden des Reichskanzlers haben in den reichstreuem Kreisen das Vertrauen zur Reichsregierung verstärkt und der Reichsüberdröseligkeit, speziell in Süddeutschland, den Boden abgegraben. Wir billigen durchaus die Haltung unserer Regierung gegenüber Rußland und müssen den Versuch, Deutschland zu einer Einmischung zu bewegen, als geradezu hinderbrannt bezeichnen. Die Entwicklung der letzten dreißig Jahre hat — man denke an die Verfassungsentwicklung — gerade der Arbeiterschaft die größten Vorteile gebracht; demokratische Länder, wie die Schweiz mit ihren Volksabstimmungen, sind sozialpolitisch weit zurückgeblieben. Zu politischem Fortschritt liegt in Deutschland kein Grund vor; soweit Schäden vorhanden sind, werden wir bestrebt sein, sie unter gleichmäßiger Berücksichtigung aller Bevölkerungsschichten zu beseitigen. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Schrader (fr. Vg.): (Bei der Unruhe im Hause bleibt ein großer Teil der folgenden Ausführungen unverständlich.) Der Einfluß Preußens im Bundesrat hängt nicht von der Zahl seiner Stimmen ab. Ich halte es für unbedenklich, daß dem Statthalter in Elsaß-Lothringen Ernennung und Instruktion der reichsständischen Bundesratsbevollmächtigten überlassen werde. Jedenfalls sind wir für die Zentrumsresolution auf Vertretung Elsaß-Lothringens im Bundesrat. Nebenher geht weiter auf die sozialdemokratische Resolution betreffend wirksame Verantwortlichkeit des Reichskanzlers ein. Der Reichskanzler ist, wie Bismarck mit Vorliebe betonte, im Grunde ausführendes Organ des Bundesrats. Nebenher ist für eine völlige Reorganisation der Reichsverwaltung durch die Schaffung eines verantwortlichen, kollegialen Reichsministeriums. Nebenher wendet sich zu den Resolutionen über Auslieferungsverträge und Änderung des Fremdenrechts. Es ist klar, daß die ganze Beschaffenheit der russischen Rechtspflege und Gesetzgebung eine wirkliche Verhängnis für die gegenseitige Auslieferung ist. Es scheint uns sicher zu sein, daß dieses Reich in seiner gewollten Ausdehnung weder unter absolutem noch unter konstitutionellem Regime zusammengehalten werden kann. Wir haben keinen Anlaß, Rußland Liebesdienste zu erweisen, ebensowenig haben wir Ursache, ihm Ungelegenheiten zu bereiten. Wir haben nur unsere eigenen Interessen wahrzunehmen, und diese erfordern eine Regelung des Auslieferungsrechts auf dem Wege unserer eigenen Gesetzgebung, namentlich strenge Durchführung des Enumerationsprinzips. Die Erklärungen, die die Regierungsvertreter hier abgegeben, können uns nicht genügen. Die Aufhebung der jetzigen Auslieferungsverträge ist eine einfache Forderung der Gerechtigkeit. (Bravo! links.)

Abg. Böcker (Anti): beklagt sich, daß der Reichskanzler dem Abg. Webel weit höflicher geantwortet habe als gestern dem nationalen Grafen Reventlow. So wird der „Vorwärts“ wieder von einem Siege der Sozialdemokratie reden. — Graf Reventlow hat ganz recht, wenn er sich gegen die Entschiedenheit von Mischak wendet; was bei solcher Massenmischung herauskommt, sieht man in Südamerika. Herr Webel hätte sich seine Anspielungen sparen können; er weiß ganz gut, daß wir die entschiedensten Gegner der Tiergartenmischung (Heiterkeit) sind, die auch bei der Einweisung des neuen Domes sich sehr in den Vordergrund drängte. War doch der Teppich der Kaiserloge von einer jüdischen Firma geliefert. (Heiterkeit.) Herr Webel sollte wissen, daß die Namen „ow“ — „au“ durchaus deutschen Ursprungs sind; es war also deplaziert, daß er von der etwaigen slawischen Abstammung des Grafen Reventlow sprach.

Abg. Deine (Soz.): Auf die Ausführungen meines Vordröselers, des Vertreters der langschäftigen edgermanischen Weltasse (Heiterkeit links), will ich mich nicht weiter einlassen. (Rufe rechts: S. d. St.! [Verein deutscher Studenten].)

Der Reichskanzler mag sich seiner Sorge um die Revisionisten entschlagen. Wenn einer sich einer Partei und Ueberzeugung angeschlossen hat, wenn er für ihre Sache eintritt und Interesse für die Realisation, dann läßt er sich gegen die Partei durch nichts erbittern, weder durch tatsächliche persönliche Vorurteile, noch durch ein so durchsichtiges Manöver von der anderen Seite. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Herren unter uns, deren sich der Reichskanzler annehmen möchte, wissen selbst sich ihrer Haut zu wehren. So viel ich übrigens weiß, gibt es unter meinen Parteigenossen, was den Grafen Bälou, sowohl seine Person wie sein Urteil anlangt, nur eine Stimme. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben allerdings sehr richtig! gerufen, als von der Willkür der Regierung gegen die Polen die Rede war. Der Herr Reichskanzler hat über die Begeisterung für die Polen gesprochen. Er ist da tatsächlich fast um ein halbes Jahrhundert zu spät gekommen. Wir begehen uns durchaus nicht für die Polen, aber der Deutsche will Gerechtigkeit auch gegenüber den anderen Nationen, weil das deutsche Art ist und weil wir aufhören würden, Deutsche zu sein, wenn wir diese Gerechtigkeit nicht hätten. Aber auch abgesehen von dieser Frage handelt es sich um unser eigenes Interesse. Sonst heißt es doch immer: Wir kennen keine Polen, wir kennen nur deutsche Untertanen polnischer Sprache. Auch für uns heißt es: Tu ras agitur, denn es handelt sich um das Wesen der deutschen Nation. Glaubt der Herr Reichskanzler, darüber durch ein Plakat hinwegzukommen? Nein! Es handelt sich um die Sicherheit des Deutschen Reiches im Innern; denn was dem einen heute passiert, kann und morgen passieren. Wenn der Reichskanzler weiter darüber klagt, daß die Deutschen im Ausland zu leicht ihre Nationalität aufgeben, so ist das leider wahr. Woher kommt das? Wenn das Wort „civis romanus sum“ für ihn das bloße Verweilen bedeuten würde, in der Heimat kein Amt zu sein, sondern ein freier, selbstbewußter Staatsbürger, so würde er nicht so leicht seine Nationalität aufgeben. (Sehr richtig! links.)

Ich habe eigentlich das Wort genommen, um unsere Resolution betreffend die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers zu begründen. In der Budgetkommission sind merkwürdige Dinge über den Bahnbau im Lande der Herrero zutage getreten. Die Budgetkommission hat ja den Ministern etwas die Zähne gezeigt und mit großer Energie — den Ausdruck Indemnität geordert. Die Regierung hat sich bereit erklärt, im Kofsalle auch dieser Form zu genügen; wie man etwa einem unartigen Kinde befähigt, daß es artig ist, nur um es so beruhigen. (Heiterkeit.) Das ist eine Stellung, die man seriöserweise gar nicht charakterisieren kann. Das

beste darüber schreiben die „Luftigen Blätter“ in der Geschichte vom Michel und dem schlagfertigen Manne: Michel bekommt von dem schlagfertigen Manne eine ungeheure Maulschelle. Da verlangt er, derselbe solle ihn um Indemnität bitten. Der schlagfertige Mann ist dazu bereit; aber Michel verlangt weiter das Verprechen, daß der schlagfertige Mann ihn auch in Wiederholungsfälle um Indemnität bitte; und der schlagfertige Mann verspricht, ihm ganz gewiß wieder einmal eine Dreifache unterzuhauen (Große Heiterkeit) und ihn dann auch wieder um Indemnität zu bitten. Danach ist Michel sehr befriedigt und erklärt die Dreifache für nicht empfangen. (Große Heiterkeit.) Das ist sehr lustig für den Leser des Blattes, aber sehr traurig für den, der es mit der Würde der deutschen Volksvertretung ernst nimmt! Den inneren Grund dieser Erscheinung hat in der Budgetkommission ganz treffend Singer charakterisiert: man wüßte eigentlich nur theoretisch, da ein Verantwortlichkeitsgesetz fehle. § 17 der Reichsverfassung bestimmt, daß zur Gültigkeit der Anordnungen und Verfügungen des Monarchen die Gegenzeichnung des Reichskanzlers erforderlich ist, der damit die Verantwortlichkeit übernimmt. Jetzt erklärt der Reichskanzler, er übernehme die Verantwortlichkeit, und damit ist das Verfahren aus. Aber diese Erklärung sollte doch das Verfahren erst einleiten, hat es zu erschöpfen! Wenn meine Freunde, die angeklagten Redakteure, es auch so bequem hätten, daß sie nur zu erklären hätten, die Verantwortlichkeit zu übernehmen, so wäre ich sehr zufrieden; das würde mir die Verteidigung sehr erleichtern. Die Mehrheit mag heute eine Handlung des Reichskanzlers noch so scharf mißbilligen, sie für noch so verfassungswidrig erklären, sie kann noch seiner Erklärung, daß er die Verantwortlichkeit übernehme, nicht das mindeste tun. Der Staatsrechtslehrer Seydel erklärte infolge dessen mit einem gewissen Recht, daß eine solche Erklärung des Reichskanzlers eine Phrase sei. Soll der Artikel 17 der Reichsverfassung nicht eine Phrase bleiben, soll die Volksvertretung nicht verurteilt sein, eine nichtige lächerliche Rolle zu spielen, so muß die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers nach ihren Grenzen, und die Art des Verfahrens, in der der Reichskanzler zur Verantwortung gezogen werden kann, näher bestimmt werden. Das sprach schon bei der Schaffung der Reichsverfassung die Vorsicht der Mehrheit in ganz trefflichen Worten aus. Der Umfang der Ministerverantwortlichkeit darf sich nicht beschränken auf die Handlungen des Monarchen, die der Minister gegenzeichnet, sondern muß sich auch auf seine Unterlassungen erstrecken. Die schwedische und norwegische Verfassung bestimmen, daß der Minister nur dann seiner Verantwortlichkeit entzogen ist, wenn er dem Monarchen kräftig Vorstellungen gemacht hat. Stellen Sie sich einmal vor, daß der Reichskanzler vor den Kaiser trete und ihm kräftige Vorstellungen mache. (Heiterkeit links.) Das wäre keine Degradation des Reichskanzlers, und die theoretische Möglichkeit eines solchen Vorganges können Sie gar nicht abstreiten. (Große Heiterkeit.) Die Verantwortlichkeit für gegengezeichnete Akte konnte genügen zu einer Zeit, wo es ein oder zwei Residenzen gab, der verantwortliche Minister stets bei dem Fürsten war und wußte, was der tat und wollte. Das hat sich sehr geändert, seit wir im Reiche des Verkehrs leben. Da haben wir Residenzen an allen Ecken und Enden, Winterresidenzen, Sommerresidenzen, Jagdschlösser, eigene Jagdschlösser, fremde Jagdschlösser, Kriegsschiffe und Salonwagen. (Stürmische Heiterkeit.) Von überall wird registriert, einen festen Punkt, auf dem die Regierung basiert, gibt es gar nicht mehr, schon aus räumlichen Gründen kann der Kanzler nicht immer gegenzeichnen. Da aber doch jemand die Verantwortung für den unverantwortlichen Monarchen übernehmen muß, muß der Reichskanzler auch die nicht gegengezeichneten Akte des Monarchen verantworten. Das er nur in Falle seiner Gegenzeichnung eintrat, konnte genügen, als man an das schriftliche Regieren gewöhnt war, als die Urkunde im Staatsarchiv aufbewahrt wurde, als — wie es in der sächsischen Verfassung heißt — eine nicht konfirmierte Unterschrift des Monarchen als ersichtlich gelten konnte. Aber jetzt sind wir aus dem Stadium des schriftlichen Regierens in das Stadium des heute so beliebten mündlichen Verfahrens oder höchstens telegraphischen Verkehrs (Heiterkeit) eingetreten: mündliche Willensäußerungen, Äußerungen, Nachschriften, Kennerungen zu inländischen und ausländischen Bürgermeistern, Superintendenzen, Aufträgen an Truppenteile, die oft sogar in zwei bis drei Versionen umhergehen und den offiziellen Journalisten Äußerungen und Äußerungen betreffen, Telegramme an Fürsten, Admirale, Generale, Kapitäne, evangelische und auch katholische Professoren, Vereine usw. Der Reichskanzler sprach heute vom „Boerenrummel“. Demnach hätte aber die Geschichte zwei Epochen. Ich weiß nicht, auf welche Episode dieses Wort sich bezogen hat, ob auf ein Telegramm oder eine andere Episode. (Sehr gut! und große Heiterkeit links.)

Aber ich will mich gar nicht auf die Kritik einzelner Telegramme einlassen, für meine Beweis genügt die bloße Möglichkeit, daß etwa in einem Telegramm Angriffe gegen den Reichstag oder Verleumdungen gegen einen bedeutenden Teil des Volkes vorkommen können. Ob sie vorgekommen sind, überlasse ich Ihnen zu beurteilen. (Heiterkeit.) Man könnte einwenden, daß auf diese Weise der Reichskanzler gezwungen würde, Handlungen zu vertreten, die er nicht hätte verhindern können. Aber wenn er irgend eine Handlung nicht billigt oder nicht vertreten kann, hat er Mittel und Wege genug, das der Öffentlichkeit kundzutun. Er kann vor allem seine Entlassung nehmen, dann wird kein Mensch ihm etwas anhaben können. Aber warum sollte denn nicht auch ein Reichskanzler erzieherischen Einfluß auf den Monarchen ausüben können? (Heiterkeit.) Das scheint mir gerade ein Teil der Aufgabe eines leitenden Ministers zu sein, und wenigstens theoretisch kann man Erfolge auf diesem Gebiete nicht für unmöglich erklären. (Heiterkeit.) Tut er aber nichts, um die Verantwortung abzuliefern, so ist es ganz in der Ordnung, daß man ihn auch verantwortlich macht.

Selbstverständlich muß die Verantwortlichkeit auf wirkliche politische Handlungen beschränkt werden. Der Gesandte oder sein Gegenteil ist etwas rein persönliches, ebenso wenn der Landesherr sein persönliches religiöses Bekenntnis als solches oder seine Zuneigung oder Abneigung gewissen Personen gegenüber äußert; das sind alles Privatfachen. Aber dieses Gebiet wahrer Privatthatsachen würde sofort verlassen werden, wenn solche Ausführungen bestimmt oder auch nur geeignet wären, das Staatswesen zu beeinflussen, sei es in seiner äußeren oder in seiner inneren Politik. Es handelt sich gar nicht um Recht oder Unrecht solcher Äußerungen, sondern lediglich um die Frage der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers. Dies wird nun teils nach dem Inhalt, teils nach der Art der Emendation der Kennerung zu beurteilen sein. Was in einem Privatbrief geäußert wird, muß anders beurteilt werden, als was sofort durch ein öffentliches Telegramm in alle Welt hinausgetragen wird. Wenn zum Beispiel der Landesherr telegraphieren würde: „Meine Freunde ich meine Freunde und meine Freunde ich meine Trauer (Große Heiterkeit), so könnte das eine rein persönliche Äußerung sein, für die der Reichskanzler keine Verantwortlichkeit hätte. Wäre ein solches Telegramm aber bestimmt, die Politik des Landes zu vertreten, oder wäre es auch nur dafür geeignet, so wäre es ein politischer Akt. Lautete aber dieses Telegramm des Landesherren: „Die Trauer meines Landes ist zugleich die Trauer meines Volkes, so würde es ganz evident sein, daß das eine politische Äußerung wäre. (Große Heiterkeit und sehr richtig! links.)

Sie können auch andere Beispiele nehmen. Kennerungen des Landesherren über Kunst sind an sich keine Privatfachen, sind diese Kennerungen aber bestimmt, die Mittel, welche der Staat für Kunstszwecke ausgibt, nach der einen oder nach der anderen Richtung zu lenken, so läge eine politische Handlung vor. Dasselbe gilt für religiöse Kennerungen. Denn daran ist immer festzuhalten: Politische Handlungen sind solche, die bestimmt oder auch nur geeignet sind, auf die politische Lage einzuwirken. Das ist auch der Standpunkt, den die Indultur einnimmt. In dem kleinsten Arbeitervereine werden alle solche Kennerungen als politische Handlungen aufgefaßt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wieviel mehr, wenn der Repräsentant eines großen Reiches, der kaiserliche Führer eines großen Bundes Landes solche Kennerungen öffentlich tut.

Die Form der Fassung des Reichskanzlers kann immer nur die Ministeranlage an einem Staatsgerichtshofe sein. Das einzige Urteil, welches gefällt werden kann, muß das auf Entfernung vom Amte sein. Denn ein Minister, gegen den die Mehrheit des Hauses die Anklage auf Pflichtverletzung stellt, kann nicht länger im Amte bleiben. Daneben wäre vielleicht noch der richterliche Ausspruch auf Unfähigkeit zur Verrichtung irgend eines Amtes vorzuziehen. (Sehr richtig! links. Heiterkeit rechts.) Man wände ein, diese Ministerverantwortlichkeit sei deshalb unpraktisch, weil der Kanzler vom Kaiser ernannt würde. Die Eru wand b e w e i s t g a r n i c h t s. Denn erstens sind die verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers nicht weniger diskutabel als die z. B. des Reichstages. Die Rechte des Volkes aber werden alle Tage durch schärfmaderische Projekte in Frage gestellt. (Sehr richtig! links.) Der ganze Einwand ist ja aber überhaupt nur der Ausdruck einer Dummheit. Loband erklärt, der Kanzler sei lediglich der Willensausdruck des Reiches. Ein Willensausdruck ist aber überhaupt unverantwortlich. Diese törichte Auffassung fällt also überhaupt in sich zusammen. Die Stelle in der Reichsverfassung bedeutet aber überhaupt nur, daß der Kaiser den Kanzler ernenne, nicht etwa der Bundesrat. Das bedeutet doch nicht, daß der Kanzler nicht abzusetzen wäre. Auch die Landesherren ernennen ja doch die Beamten. Aber diese können jedergelt durch einen Urteilspruch für ihres Amtes verlustig erklärt werden.

Natürlich darf aber das Gericht nicht derselben Bureaucratie übertragen werden, aus der der Reichskanzler hervorgeht und die seine Interessen teilt. Denn sonst wäre wiederum der Angeklagte und der Richter derselbe. Aus diesem Grunde wäre es auch falsch, wie der Zentrumsantrag es wollte, diesem Gerichtshofe auch andere Fragen, wie z. B. die der Thronfolge usw. zu überlassen. Solche Sachen verzieht das Reichsgericht am besten.

Ich bitte Sie daher, unsere Resolution anzunehmen. Es ist mir allerdings sehr klar, daß mit unserer Resolution an sich noch wenig getan ist. Selbst wenn ein solches Gesetz publiziert würde, wäre noch nicht alles getan; papierene Gesetze bedeuten wenig. Nur, wo der Wille, wo der Mut vorhanden ist, eine Macht auszuüben, hat ein Gesetz Zweck. Auch ohne ein Gesetz wäre es schon nicht so schlecht bestellt, wenn nur dieser Wille zur Macht im Volke vorhanden wäre. Aber nach zwei Richtungen wäre ein solches Gesetz doch wichtig, erstens als Warnung an die Volksvertretung, mit Eifersucht die eigenen Rechte und die des Volkes zu wahren, zweitens als Warnung und als Erinnerung nach der anderen Seite hin. (Sehr richtig! links.) Die Bureaucratie ist immer noch geneigt, sich durch einen gedruckten Buchstaben ziemlich beeinflussen zu lassen, zumal ein Kanzler, der von sich selbst sagt, daß er die Verfassung stets in der Tasche trage. Wenn eine solche Verfassung in der Modische ihm täglich sagt, wofür er alles verantwortlich ist, und wie man ihn fassen kann, so würde der Kanzler doch vielleicht manches verhindern. Aber das alles gilt nur unter der Voraussetzung, daß das Parlament selbst sein Recht stets zu wahren weiß. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Stadthagen (Soz.):

Der Reichskanzler beschwert sich über die Resolution in Stuttgart, die alle verständigen Leute auffordert, sich an der Befreiung des russischen Volkes zu beteiligen. Wozu die Beschwerde? Wenn der Reichskanzler sich nicht zu den verständigen Leuten rechnet, so ist das ja seine Sache. (Heiterkeit.) Der Reichskanzler erklärte heute wieder mit großer Euphorie, daß keine Auslieferungen stattgefunden haben. Ein bloßes Spiel mit Worten: es ist nicht ausgeführt, aber ausgewiesen und zwar über die russische Grenze ausgewiesen worden, was auf dasselbe hinausläuft. Ich bestreite, daß ein Ausweisungsbefehl besteht; aber selbst wenn es bestehen sollte, so ist die Art und Weise, wie es ausgeübt wird, eine solche, die als Verletzung aller Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit bezeichnet werden muß. So ist ein Arbeiter ausgewiesen worden, weil seine Frau gegen die Bestimmungen des Mietkontrats in der Küche Wäsche gewaschen haben soll. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Erst auf mehrmalige Reklamation ist die Ausweisung zurückgenommen worden. Redner führt einen anderen Fall an, in welchem ein seit Jahrzehnten in Deutschland anfassiger russischer Arbeiter von seiner geschiedenen Frau als Anarchist denunziert und ausgewiesen wurde, indem man gleichzeitig die Behörden in Desterreich, wohin er sich gewandt, auf ihn aufmerksam machte. So stellen sich die Behörden souveräner Staaten unter Verhöhnung der Landesgesetze den russischen Spiegeln zur Verfügung. Man kann vielleicht als mildernden Umstand der Regierung zuschreiben, daß der Mann Schneider war: die Schneider sehen ja seit langem im Hause revolutionärer Gesinnung (Heiterkeit); sie sind so blutdürstig, daß sie sich zuweilen selbst mit der Nadel in den Finger stechen. (Erneute Heiterkeit. Rufe rechts: Au, au!)

Redner gibt eine Uebersicht über eine Reihe internationaler Auslieferungsverträge. Der preussische Auslieferungsvertrag steht u. a. mit den vom Reich geschlossenen Westbegleitungsverträgen in Widerspruch. Schon das Interesse für Toleranz, für Gewissensfreiheit, müßte das Zentrum veranlassen, den Abschluß dieser Auslieferungsverträge durch das Reich zu verlangen. Schon jetzt hat das Reich die Fremdenpolizei in internationalen Verträgen für sich in Anspruch genommen; damit ist den Einzelstaaten jede Kompetenz auf diesem Gebiet genommen. Wie mit dem Kontraktbruchgesetz, dem Auslieferungsgesetz, so wird mit diesen noch bestehenden Auslieferungsverträgen die Verfassung von Preußen durchbrochen.

Mit seiner Verfolgung der Fremden ist Preußen in die schlimmste Barbarei zurückgefallen, aber im Barbarenlande hatte der Fremde wenigstens das Recht, der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen. Heute nimmt der Staat für sich allein das Recht auf Brutalität in Anspruch. Massenhaft werden ausländische Landarbeiter aus Preußen ausgewiesen, nur weil sie wagen, auf der Innehaltung ihres kontraktlichen durch die deutschen Gutbesitzer zu bestehen. Offiziell hat Rußland die russischen Landarbeiter gewarnt vor den Betrügereien der deutschen Agrarier. In den Städten sieht die Polizei die Listen der Gewerkschaftsmitglieder durch, ob sie vielleicht Polen oder Polen darunter findet. Auf der anderen Seite unterhält die preussische Regierung eine Unmenge ausländischer Spiegeln in ihren Diensten. „Lieb Vaterland, magst ruhig sein, viel Spiegel hast du groß und klein.“ (Heiterkeit links.) Wir fordern, daß man zugunsten sämtlicher deutscher Erwerbstätiger den Fremden das Aufenthaltsrecht in Deutschland sichert. Gerade wenn Sie die preussische Regierung für kulturell rückständig halten, müssen Sie dem polnischen und unserem Antrage zustimmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Chrzanowski (Pol):

Der Reichskanzler hat keine der von mir behaupteten Tatsachen bestritten. Aber seine Erregung hat gezeigt, daß meine Anklage gesehen hat. Die preussische Regierung schämt sich, vor der Welt zu stehen, daß man ein Kulturvolk ausrotten will; und deshalb greift sie zur Heuchelei. Die Sprache, die der Reichskanzler uns gegenüber führte, beweist mir, daß von Humanität und Menschlichkeit mit ihm nicht gesprochen werden darf, und daß ich ihn in der richtigen Weise angefaßt habe. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Weiser (Z.):

Eine Regelung des Fremdenrechts scheint uns auch sehr wichtig. Aber man muß sich auch an die richtige Adresse wenden. Für jetzt sind nur die Landesregierungen zuständig. Wenn Sie sich also mit Ihrer Resolution an die Reichsregierung wenden, so wäre das dasselbe, als wenn wir unseren Toleranzantrag der Hl. sächsischen Regierung vorlegen wollten. (Heiterkeit beim Zentrum.) Wenn Sie einen Initiativantrag aus Kompetenzverweigerung einbringen, so sind wir gern bereit, in der Kommission darüber sachgemäß zu beraten, aber für Ihre jetzige Resolution können wir nicht stimmen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Anschließt.)

Präsident Graf v. Ballestrem: Ein schon vorher eingelaufener, dann zurückgezogener Verlagsantrag wird wieder lebendig. (Heiterkeit.)

Das Haus verlegt sich. Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Debatte. Schluß 6<sup>15</sup> Uhr.



# Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Freitag, den 17. März, abends 8 Uhr, in der Neuen Welt, Hafenseide 108-114:

## Außerordentl. General-Versammlung

aller im Zweigverein Berlin beschäftigten, im Verband organisierten Maurer.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung über die Verhandlungen in der Nitzsche-Kommission bezüglich des neu abzuschließenden Tarifvertrages. 2. Diskussion. 3. Beschlussfassung über die Verlängerung des Vertrages.

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Verbandsmitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

NB. Die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der **Zahlstelle Friedrichsberg** fällt dieser Versammlung wegen aus.

Die Verbandsleitung. J. H. G. Thöns.

## Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C 54, Dragonerstr. 15, H. I. — Telefon: Amt III, Nr. 5028.

Sonntag, den 19. März, vormittags 10 Uhr, in den Industrie-Sälen, Dentschstr. 20:

## Versammlung

des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag des Genossen Georg Davidsohn: „März-Gedanken“. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.

Der Vorstand. J. H. A. Juppenplatz.

## Tischler-Verein zu Berlin.

E. H. 80.

Sonabend, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15:

## Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Herrn Carl Stripp über Heinrich Heine mit Regitationen; Diskussion; Vereinsangelegenheiten; ein Unterstützungs-gesuch. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste haben Zutritt.

Sonntag, den 23. April (1. Osterfesttag), abends 6 Uhr, in Herrn Alms großem Saal: Humoristischer Familienabend zum Besten des Unterstützungs-fonds, bestehend in Konzert, Theater des Paul Wirth's Schauspiel-Ensembles und Ball.

Billets a 2 Pf. sind in der Versammlung zu haben.

Der Vorstand.

## Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis: Rosenthalerstr. 57.

(2. Eingang Gormannstr. 28.)

Geöffnet von 9 1/2-2 und 4-8 Uhr. Telefon III 1296.

Am Sonntag, den 19. März, nachmittags 5 Uhr, findet im Englischen Garten, Alexanderstraße 27a (oberer Saal), eine

## Monats-Versammlung

mit Frauen statt.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag mit Regitation über Anzeigenüber von C. Stripp. 2. Diskussion und Gewerkschaftliches. 3. Rege Beteiligung der Kollegen, deren Familienangehörigen, Freunde und Gönner erwartet.

NB. Am Sonntag, den 16. April 1905, vormittags 10 Uhr, findet die von uns arrangierte Kraus-Vorstellung Taubenstraße 48/49 statt. Vorgeführt wird: „Der Stimpfen und sein Gebiet“. Billets a 60 Pf. (mit Garderobe) sind bei den bekannten Stellen erhältlich.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshause,

Engel-Ufer 15:

## Sigung der Ortsverwaltung.

Sonntag, den 19. März, vormittags 10 Uhr, in den Andreas-Sälen, Andreasstr. 21:

## Branchen-Versammlung

der in der Kontor- und Ladeneinrichtungs-Branche beschäftigten Kollegen.

Tages-Ordnung: 1. Wie wird der Tarifvertrag in unserer Branche imgehalten? 2. Diskussion. Um rege Beteiligung ersucht.

## Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. (Zahlstelle Berlin und Umgegend.)

Telephon: Amt IV Nr. 4493. — Verbandsbureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 8.

## Achtung, Dachdecker-Hilfsarbeiter!

Sonntag, 19. März, nachm. 1 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Zaal VII):

## Versammlung

aller in Dachdeckereibetrieben u. bei Dachdeckern besch. Hilfsarbeiter.

Tages-Ordnung: 1. Welche Nutzen bietet uns die gewerkschaftliche Organisation? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet.

## Verband d. Hafnarbeiter und verw. Berufsgenossen Deutschl. (Mitgliedschaft Berlin II)

Bretterträger und Brettschneider.

Sonntag, 19. März, vorm. pünktl. 10 1/2 Uhr, im Königsstadt-Kasino, Goltzmarckstraße 72:

## Mitglieder - Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Berlefung des Lohnauschusses und Wahl einer Lohnkommission. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder.

NB. Es ist Ehre und Pflicht, zu dieser Versammlung zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Das beste und beliebteste aller Hustenmittel sind die altbewährten, vorzüglich schmeckenden

## Spizwegerichs-Bonbons.

Bisher unerreichtes Genuß- und Linderungsmittel bei veralteten Katarrhen der Lunge und der Luftwege. Nur allein echt bei

**Gustav Behm,** Rixdorf, Hermannstraße 46.

Frankfurter Allee 120, Oberstraße 46 und

Berantia, Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Ost, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Der außergewöhnliche Beifall, den meine nachfolgend aufgeführten Spezialmarken in weitesten Raucherkreisen gefunden haben, veranlaßt mich, dieselben auch den Lesern dieser Zeitung zu einem Versuche bestens zu empfehlen.

2119

100 Stück  
4,00 Mk.

# El Tropo

Don Pedro . . . . .	2.50 Mk.	Imperio (Brasil) . . . . .	4.50 Mk.	Ausschuß No. 50 . . . . .	5.00 Mk.
London Docks . . . . .	3.00	Weilhandel . . . . .	4.50	Vorsteind. Pflanzler . . . . .	5.00
Fortuna II. . . . .	3.50	Aurora . . . . .	4.50	Diploma . . . . .	5.00
La Epoca . . . . .	3.75	Krian (Vorsteind.) . . . . .	4.50	National . . . . .	5.00
El Precio . . . . .	3.80	El Morro . . . . .	4.80	Titania . . . . .	6.00
Vorsteind. II. Sortg. . . . .	4.30	La Mexiko (grau) . . . . .	5.00	Perla Mexicana (grau) . . . . .	6.00

Zigaretten von 1.00 Mk. per 100 Stück an. — Zigarillos von 2.50 Mk. per 100 Stück an.

Ausführliche Preisliste gratis und franko.

Verkauf und Versand nicht unter 100 Stück von einer Sorte; nach auswärts gegen Nachnahme von 300 Stück an portofrei; bei 1000 Stück 5% Rabatt.

**Reinhard Hellmich** Engros-Lager **Berlin W. 64** Behrenstraße 52.  
Kein Laden. — Eingang im Flur rechts — neuen Passage.



## Jenensia-Räder Brennabor-Räder

Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!  
Sozial-Räder a. 65,- mit Freilauf a. 100,-

Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten.

**23. R. Groskurth,** Berlin C. Münzstr. 23.

## Bäckereigenossenschaft Volkshrot.

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Sonntag, den 26. März 1905, vormittags 11 Uhr, zu Berlin, im Saale des Genossenschafts-Hauses, Schreinerstr. 71:

## Vierte ordentl. Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Jahresrechnung und Geschäftsbericht für 1903/1904. 2. Bericht über die Revision (§ 53 des Gesetzes). 3. Beschlussfassung über die Gewinn- und Verlustrechnung 1903/1904 und Entlastung. 4. Ergänzung des Aufsichtsrates. 5. Festsetzung des Gesamtbeitrages, den die Mitglieder der Genossenschaft nicht überschreiten sollen. Die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind Besondere Nr. 15, 1. Treppe links einzusehen. Berlin, 15. März 1905. Bäckereigenossenschaft Volkshrot, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Der Vorstand: August Bartow, Hermann Barz, Duncker, Paul Hallensleben, 87b Kollahn.

**Große Betten 12 M.**  
(Oberbet, Unterbet, zwei Betten mit geringsten neuen Federn bei 6000 Stück, Berlin S., Driemstraße 46. Verträge schließt. Diese Anzeigen schreiben.

Um 15. verloren goldene Remontoir-Damenuhr, 0585 Nr. 880 589, Rahmen aus Tavelte, Seite mit Verlocht, Stettinerstraße-Bellermannstraße. Gegen gute Belohnung abzugeben bei Schneider, Galmstraße 32, Sonntag. 86b

## Einsegnungs-Anzüge

in den neuesten Façons  
in blau und schwarz Kammgarn  
2165L\* und Cheviot.



## Julius Lindenbaum,

Große Frankfurterstr. 141.  
Ecke Fruchtstraße.

Größtes Etablissement  
des Ostens, Nordostens u. Südostens.

Anerkannt reellste u. billigste Bezugsquelle.

## Prosit! Böhmisches Brauhaus. BERLIN.



Empfehlen unser helles u. dunkles  
**Tafelbier:**

**Gambrinusbräu (Münchener)**  
**Nepomukbräu (Pilsener)**  
**Böhmisches Brauhaus NO.**

Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5098.  
Flaschen- „ Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.  
Unsre Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen Kolonialwaren-Handlungen. 1732L\*

## Radfahrer! New Departure



Beste Freilauf-Nabe  
**Macht das Radeln zum Tanz**  
Durch jede Fahrradhandlung zu beziehen.  
Romain Talbot \* Berlin C. Allein-Vertrieb für Deutschland.

## Bade-Anstalten von H. Kalisch

Bad Königstadt — Bad Landsberg  
Gollnowstrasse 41 Landsbergerstr. 107

verabreichen  
Dampf- und Russische, Elektrische, Lohannis-,  
\*\*\* Wannen- und alle medizinischen Bäder. \*\*\*  
Lieferant sämtlicher Krankenkassen. 1942L\*

## Enorm billig

aus feinsten Massstoffen gefertigt, nur hochmoderne, aufs gediegenste gearbeitete hochvernehme Herren-

## Anzüge Paletots

deren sonstiger Masspreis 40-70 M. ist, jetzt 18-42 M. Gebrochene jetzt 23-42 M. Herren-Hosen jetzt 7-12 M. verkauft täglich u. Sonntag  
Deutsches Versandhaus, Jägerstr. 63, 1. Trepp.

## Fellow Cigaretten

2-5 Pfg.

## Für 5 Pfennig

gegen Hautinfektion geschützt

Nur ein Mal ist man nur dann, wenn man beim Rasieren den antiseptischen Rasierpinsel für den einmaligen Gebrauch verwendet.  
**Preis 5 Pfennig.**  
Die unverletzte Verpackung ist in Gegenwart des Kunden zu öffnen und der Pinsel nach dem Gebrauch zu entwerten.

Fabrik antiseptischer Rasierpinsel G. m. b. H.  
Engros-Vertrieb für Deutschland:

**J. Prochownik, Berlin SW., Ritterstr. 51.**

## CARL SCHREIER.

Größtes Spezial-Geschäft für  
**Küchen-Bedarfs-Artikel.**  
Hauptgeschäft: Berlin N., Dalldorferstr. 20.

Zweig-geschäfte:  
N. Dalldorferstr. 21.  
„ Ackerstr. 23.  
„ Veteranenstr. 2.  
„ Schönhäuser Allee 182.  
Zweig-geschäfte:  
50. Reichenbergerstraße 15.  
„ Eisenbahnstr. 42.  
Rixdorf: Bergstr. 145.  
Garantie für jedes Stück.

## Prima Adler-Emaille-Kochgeschirr.



X. Generalversammlung der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher und Weißbinder Deutschlands.

Hamburg, 15. März. Vormittags-Sitzung.

In den Vordergrund der Debatte trat die Stellungnahme, die in der Wahrgelungs-Unterstützungsfrage vom Vorstande eingenommen wurde.

In dem Schlusswort wird von Tobler der General-Versammlung empfohlen, die diesbezüglichen Anträge im Statut festlegen zu lassen.

Rebakter Karl verteidigt die Stellungnahme in der Frage der Reisezeit, bedingt die Form der technischen Beilage des Vereinsorgans.

Es folgt das Referat des Genossen Umbreit über den fünften Gewerkschaftskongress.

Man einigt sich auf eine Vertretung je eines Mitgliedes des Vorstandes resp. der Redaktion und bestimmt zur weiteren Vertretung J. M. Hermann, Frankfurt, Streine, Dresden und Raune, Bremen.

Nachmittags-Sitzung.

Die Diskussion über die gegebenen Berichte wird eröffnet. Als erster Redner tadelt Sperlinski München die oft grobe Schreibweise des Hauptvorstandes und hebt spezielle Fälle aus München hervor.

Als nächster Redner tritt K. Müller, Leipzig, ein. Müller, Leipzig lobt die Schreibweise des „Vereinsanzeiger“ im allgemeinen und erhebt, dasselben mehr Situationsberichte zuzumachen zu lassen.

Als nächster Redner tritt K. Müller, Leipzig, ein. Müller, Leipzig lobt die Schreibweise des „Vereinsanzeiger“ im allgemeinen und erhebt, dasselben mehr Situationsberichte zuzumachen zu lassen.

Als nächster Redner tritt K. Müller, Leipzig, ein. Müller, Leipzig lobt die Schreibweise des „Vereinsanzeiger“ im allgemeinen und erhebt, dasselben mehr Situationsberichte zuzumachen zu lassen.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Tribünen waren gestern wieder einmal schon vor Beginn der Sitzung voll besetzt. Auf der Tagesordnung standen außer der Fortsetzung der Etatsberatung ein paar Gehaltsvorlagen.

Ueber die eine Gehaltsvorlage referierte als Ausschussberichterstatter Herr Wallach, und für den Magistrat sprach hierzu Herr Oberbürgermeister Kirchner.

Als Herr Perls (Neue Linke) einige Worte zugunsten der Steuererheber sagte, erwiderte Herr Kirchner, man müsse fürchten, durch größere Aufbesserungen die Unzufriedenheit anderer Beamten zu erregen.

Der schlecht bezahlten Bureaubeamten, speziell der völlig zu kurz gekommenen Bureau-Hülfsarbeiter, nahmen sich Herr Preuß (Sozial-Fortschrittler) und unser Genosse Singer an.

Als Herr Kirchner in seiner Erwiderung von einer der in Betracht kommenden Beamtenkategorien sagte, ihr Posten sei ein „außerordentlich begehrter“, erklang aus der Gruppe der Jacobi, Sachs usw. ein eifriges „Sehr richtig!“

Die Lehrerbefehlungs-Vorlage wurde abgelehnt, und man wandte sich dann der Etatsberatung zu. Die sozialdemokratische Fraktion gab diesmal dem Vorsteher keinen Anlaß, sich über sie zu ärgern und seinen Rede beschränkungs-Versuch zu wiederholen.

Was die Bahnhofswirte schmerzt. Der sechste Verbandstag des Verbandes deutscher Bahnhofswirte ist heute im Hotel Prinz Albrecht eröffnet worden.

Ueber Gärungen in der Berliner Schuhmannschaft weiß die „Berliner Beamten-Zeitung“ allerhand zu melden. Nach einer Zuschrift aus ihrem Leserkreise zirkulierte bei den Wachtmeistern sämtlicher Dienststellen ein Schreiben, worin in knappen aber durchaus wahrheitsgemäßen Zügen die wenig erfreuliche Lage der Wachtmeister geschildert worden ist.

Ueber die sechs Wachtmeister der Hauptmannschaften mit den geraden Nummern — ihre Kollegen von den ungeraden Nummern hätten nichts anderes ausfragen können — wählten beim besten Willen nicht zu berichten, hinter welchem Ofen eigentlich das anonyme Komitee stecke.

Die „Beamten-Zeitung“ erörtert dann weiter die Ursachen der Unzufriedenheit in der Schuhmannschaft und schreibt über die Anstrengungen des Dienstes: „Wir und die Behörde wissen doch genau, daß die Beschädigungen öffentlicher Gebäude und Denkmäler der Tatsache zuzuschreiben sind, daß 400 Mann an der etatsmäßigen Zahl der Schutzleute fehlen.“

Schließlich meint das Organ der Berliner Beamtenenschaft: „Es ist denn wirklich ein Wunder, wenn soviel Jüdisch vorbanden ist, daß da ein geheimes Komitee sich bildet, welches die Kollegen zur Einigkeit ermahnt, und hat denn dieses Komitee etwas verlangt, was den Gesetzen widerspricht und was auch nur im entferntesten den Interessen des Dienstes zuwiderlaufen würde?“

Der Wind säet, wird Sturm ernten, heißt es am Schluß des beachtenswerten Artikels. Der Kaiser nannte die Schuhmannschaft bei dem Jubiläum 1898 den starken Arm, den er braucht, um sich Gehorsam zu erzwingen.

Die neue gynäkologische Universitäts-Poliklinik der Charité, die unter der Leitung des Geheimen Medizinalrates Dumm steht, ist gestern eröffnet worden.

Warnung vor Ausstellungs-Schwindlern. In den gewerkschaftlichen Ausstellungsunternehmen, die fortgesetzt bemüht sind, deutsche Firmen gegen erhebliche Geldbeträge durch Inanspruchstellung werthlos — weil ohne allgemeinen öffentlichen Wettbewerb erworbener — goldener Medaillen und Ehren diplome zur Beteiligung an zweifelhaften oder völlig nichtsagenden auswärtigen Ausstellungen zu bewegen, gehört auch der Agent S. Dohm, der z. B. von London aus wieder eine rührige Tätigkeit entwickelt.

Erklärung. Der Vorstand der Neuen freien Volksbühne hat an seine Mitglieder die Aufforderung gerichtet, den durch die Berliner Arbeiterchaft über die Philharmonie verhängten Boykott bei der Schillerfeier am Sonnabend den 22. April zu durchbrechen.

Der Vorstand der Neuen freien Volksbühne hat an seine Mitglieder die Aufforderung gerichtet, den durch die Berliner Arbeiterchaft über die Philharmonie verhängten Boykott bei der Schillerfeier am Sonnabend den 22. April zu durchbrechen.

Das achtzehnjährige Dienstmädchen Bertha Habrecht, das am 1. März seine Dienstherrin Frau Clara Broer in der Wittendalstraße 14 durch fünf Messerstiche verletzt hat, ist jetzt als geheilt aus der Charité entlassen und nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht worden.

Mord und Selbstmord? Der 45 Jahre alte Tischler Friedrich Maschinsky, der früher in Amerika eine Schneidemühle besaß, damit aber keinen Erfolg hatte, kam vor fünf Jahren nach Berlin und heiratete ein Jahr später eine Arbeiterin, die ihm vier Kinder in die Ehe mitbrachte.

Die Kaffeeküche als Tresor. Ein unerwartetes Ergebnis hatte eine Nachforschungsreise in der habsburgischen Pfandkammer.

zwingen. Wer noch nicht ganz dem Umsturz verfallen ist, dem muß ein Grauen befallen, wenn er sieht, daß auch die letzte Stütze der Ordnung von heute zu wanken beginnt.

Zulagen. In der Sitzung des Staatsausschusses am Mittwoch wurde dem Oberbürgermeister Kirchner eine persönliche pensionsfähige Zulage von 6000 Mark, dem Staatskammerer Raab und den beiden Stadtbauräten L. Hoffmann und Krause eine ebensolche Zulage von je 3000 M. bewilligt.

Ueber die Umzugstermine beim Wohnungswechsel gibt der Polizeipräsident bekannt, daß der am 1. April d. Js. beginnende Umzug bei kleinen, an höchstens 2 Zimmern mit Zubehör bestehenden Wohnungen an denselben Tage, bei mittleren, aus 3 oder 4 Zimmern nebst Zubehör bestehenden Wohnungen, — da der 2. April ein Sonntag ist, an welchem nach § 3 des Gesetzes vom 30. Juni 1834 die Umzugspflicht ruht, — am 3. April, mittags 12 Uhr, und bei großen, mehr als 4 Wohnzimmer umfassenden Wohnungen am 4. April, mittags 12 Uhr, beendet sein muß.

Die neue gynäkologische Universitäts-Poliklinik der Charité, die unter der Leitung des Geheimen Medizinalrates Dumm steht, ist gestern eröffnet worden. Sie ist der Hauptstation der gynäkologischen Klinik angegliedert, in einem der schönen Neubauten, die aus gelben Sandsteinen am Alexander-Ufer für die ganze Klinik errichtet wurden.

Warnung vor Ausstellungs-Schwindlern. In den gewerkschaftlichen Ausstellungsunternehmen, die fortgesetzt bemüht sind, deutsche Firmen gegen erhebliche Geldbeträge durch Inanspruchstellung werthlos — weil ohne allgemeinen öffentlichen Wettbewerb erworbener — goldener Medaillen und Ehren diplome zur Beteiligung an zweifelhaften oder völlig nichtsagenden auswärtigen Ausstellungen zu bewegen, gehört auch der Agent S. Dohm, der z. B. von London aus wieder eine rührige Tätigkeit entwickelt.

Erklärung. Der Vorstand der Neuen freien Volksbühne hat an seine Mitglieder die Aufforderung gerichtet, den durch die Berliner Arbeiterchaft über die Philharmonie verhängten Boykott bei der Schillerfeier am Sonnabend den 22. April zu durchbrechen.

Der Vorstand der Neuen freien Volksbühne hat an seine Mitglieder die Aufforderung gerichtet, den durch die Berliner Arbeiterchaft über die Philharmonie verhängten Boykott bei der Schillerfeier am Sonnabend den 22. April zu durchbrechen.

Das achtzehnjährige Dienstmädchen Bertha Habrecht, das am 1. März seine Dienstherrin Frau Clara Broer in der Wittendalstraße 14 durch fünf Messerstiche verletzt hat, ist jetzt als geheilt aus der Charité entlassen und nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht worden.

Mord und Selbstmord? Der 45 Jahre alte Tischler Friedrich Maschinsky, der früher in Amerika eine Schneidemühle besaß, damit aber keinen Erfolg hatte, kam vor fünf Jahren nach Berlin und heiratete ein Jahr später eine Arbeiterin, die ihm vier Kinder in die Ehe mitbrachte.

Die Kaffeeküche als Tresor. Ein unerwartetes Ergebnis hatte eine Nachforschungsreise in der habsburgischen Pfandkammer.

Die Kaffeeküche als Tresor. Ein unerwartetes Ergebnis hatte eine Nachforschungsreise in der habsburgischen Pfandkammer.

Die Kaffeeküche als Tresor. Ein unerwartetes Ergebnis hatte eine Nachforschungsreise in der habsburgischen Pfandkammer.

Die Kaffeeküche als Tresor. Ein unerwartetes Ergebnis hatte eine Nachforschungsreise in der habsburgischen Pfandkammer.

Die Kaffeeküche als Tresor. Ein unerwartetes Ergebnis hatte eine Nachforschungsreise in der habsburgischen Pfandkammer.

Die Kaffeeküche als Tresor. Ein unerwartetes Ergebnis hatte eine Nachforschungsreise in der habsburgischen Pfandkammer.

Die Kaffeeküche als Tresor. Ein unerwartetes Ergebnis hatte eine Nachforschungsreise in der habsburgischen Pfandkammer.



Verkauf gelangte die Wohnungseinrichtung einer Witwe W., welche schon seit Jahren Armenunterstützungen bezogen hatte. Die alten verbrauchten Möbelstücke, sowie die primitive Kücheneinrichtung wurden zu niedrigen Preisen den bei der Versteigerung anwesenden Händlern zugeflogen. Unter den Küchenutensilien befand sich auch eine Kaffeekanne, in welcher sich noch ein geringer Vorrat an Bohnen befand. Eine Handelsfrau nahm die Kanne und öffnete sie. Plötzlich bemerkte die Händlerin zwischen den Bohnen blaues Papier, und als sie dieses herauszog, hielt sie zu ihrem nicht geringen Erstaunen einen Hundertmarkschein in Händen. Bei einer weiteren Revision der Bohnen wurden noch neun derartige Banknoten aufgefunden. Der Gerichtsvollzieher beschlagnahmte das Geld, welches, ebenso wie der Erlös aus der Versteigerung, der städtischen Armenpflege zufällt.

Als Leiche aufgefunden wurde der Schüler Gerhard Behrens aus Karlsdorf, welcher seit dem 7. Februar vermisst wurde und nach Angabe von Spielkameraden von einem fremden Manne verschleppt worden war. Ein Gendarm fand gestern nachmittag die Leiche in dem Weberschen Gäßchen, zwischen Karlsdorf und Friedrichsstraße, woselbst der Körper aufrecht im Wasser stand. Der Kopf befand sich etwa drei Zentimeter unter dem Wasserspiegel. Spuren irgend einer Gewalttat wurden an dem Körper des Kindes, welches von der Mutter noch gestern nachmittag verabschiedet wurde, nicht entdeckt. Wenngleich die Möglichkeit, daß der Knabe verunglückt ist, nicht ausgeschlossen erscheint, wurde die Leiche beschlagnahmt und nach der Leichenhalle des Rummelsburger Friedhofes gebracht, woselbst die Leichenschau ergeben dürfte, ob ein Verbrechen vorliegt.

Von einer Kradstrolche überfahren und getötet wurde gestern Abend um 9 Uhr der 10 Jahre alte Sohn Ernst des Pöfners Hofe aus der Lehrterstraße Nr. 38. Der Unfall trug sich ebenso zu wie der, dem vorgezogen der Sohn des Oberpostassistenten Stahl in der Fiedrichsstraße zum Opfer fiel. Der Knabe spielte mit mehreren Altersgenossen vor dem Hause „Zed“ und lief rückwärts vom Bürgersteig in den Kurs der Kradstrolche. Das Warnungszeichen des Führers hörte er nicht, und ehe das Fahrzeug zum stehen gebracht werden konnte, war es über ihn hinweggegangen. Ein paar Häuser weiter hielt die Strolche und brachte, nachdem die Fahrgäste, ein Ehepaar mit seinen Kindern, ausgestiegen waren, den Verunglückten in Begleitung eines Schutzmanns vom 74. Revier nach dem Krankenhaus Roabi 1. Bald nach der Ankunft war der Ueberfahrene tot. Der Wagen hatte ihm beide Beine zerstampft, und dazu kam noch eine Verletzung am Kopfe.

Vom Spiel in den Tod. Ein bedauernswerter Vorfall hat sich gestern nachmittag gegen 2 Uhr an der Ecke der Köpnick- und Chemstraße ereignet. Dort spielte der elfjährige Sohn Willy des Restaurateurs Lausche aus der Brückenstraße 2 mit einigen Altersgenossen und lief hierbei auf den Fahrdamm. In demselben Augenblick kam ein Motorwagen die Köpnickstraße entlang, dessen Führer öfter das Warnungssignal gab, da er in die Ohmstraße einbiegen wollte. Der kleine T. war aber so in das Spiel vertieft, daß er das Luten vollständig überhörte. Er lief vielmehr direkt in das Gefährt hinein. Trotzdem der Führer nun sofort bremste, konnte er doch nicht mehr verhindern, daß die Räder des schweren Wagens direkt über den Oberkörper des Kindes gingen. Die erlittenen Verletzungen waren so schwer, daß es bereits auf dem Wege zur Unfallstation verstarb. Dem Führer des Motorwagens trifft offenbar keine Schuld.

Ein dreier Einbruchdiebstahl wurde in der Nacht zum Donnerstag in dem Konfektionsgeschäft von Georg Zander, Rosenhalestraße 60 verübt. Schon vor sechs Wochen hatten Einbrecher das Haus heimgesucht, waren aber damals nicht zum Ziel gelangt. Diesmal schlugen sie von einem leerstehenden Zimmer aus ein Loch in die Wand und stahlen von den erst kurz zuvor eingegangenen neuen Frühjahrswaren für mehrere tausend Mark seidene Blusen und ähnliches. Selbst zwei goldene Armbänder, die sie im Schrankbisch vorfanden, verschmähten sie nicht. Die Kasse des geschlossenen Gutes füllte etwa drei Schränke und wird eventuell auf die Namen der Frau Zorno und des Fräulein Niedenberg verlegt werden, da deren Inhabilitätskarten gleichfalls abhanden gekommen sind. Der Kassenschlüssel, der auch die tägliche Kasse enthält, wieshand den Werkzeugen der Einbrecher. Es ist der Kriminalpolizei bisher nicht gelungen, der Diebe habhaft zu werden.

Feuerbericht. Eine ganze Reihe Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. Nach der Melanchthonstraße 28 wurde sie gerufen, weil dort in einem Keller ein größeres Feuer ausgebrochen war. Ein Posten Stroh und anderes Badmaterial bot den Flammen überdicke Nahrung, so daß kräftig Wasser gegeben werden mußte, um die Gefahr zu beseitigen. — Zwei weitere Kellerbrände miheten dann in der Waldstraße 44 und am Weidenweg 80 abgelöscht werden. — In der Frankfurter Allee 18 hatten Möbel und Decken in einer Küche Feuer gefangen, während am Gartenplatz 7 Kleidungsstücke in einer Kabine brannten. Die Flammen konnten indes mit Leichtigkeit erloscht werden. — Nach dem Georgenkirchplatz 14 wurde der erste Löschiug gerufen, weil dort ein Gefäss herabzufallen drohte. Mittels einer großen mechanischen Leiter wurde dasselbe wieder befestigt. — Die übrigen Alarmierungen, die noch aus der Charlottenstraße 31 und noch aus einigen anderen Orten einliefen, waren durchweg auf ganz geringfügige Anlässe zurückzuführen.

Theater. Im Schiller-Theater-N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater) wird, wie bereits angekündigt, die bekannte Tragödie Maria Vosytschil am 21., 22. und 24. d. Mts. in Grillparzers „Medea“ die Titelrolle spielen. Der Vorverkauf für dieses Gastspiel hat begonnen, die Abonnements- und Kassenpreise bleiben die im Schiller-Theater üblichen. — National-Theater. In der morgen Freitag stattfindenden Erstaufführung „Das Glöckchen des Eremiten“ sind die Hauptrollen besetzt mit den Damen Nabo, Sacur, den Herren Virentoven, Haberfelder, Rasfano und Lamberg.

Aus den Nachbarorten. Charlottenburg.

In der Stadtverordneten-Versammlung am Mittwoch fanden nach Erledigung der meisten Kapitel des Etats zunächst einige Petitionen zur Verhandlung. Unter diesen erwähnen wir die des Vereins Charlottenburger Milchhändler, der eine Molkerei-Genossenschaft zur Lieferung einwandfreier Säuglingsmilch errichten will und hierzu um Ueberlassung eines geeigneten städtischen Grundstücks in Erbpacht oder zum Ankauf unter günstigen Bedingungen bittet. Der Petitions-Ausschuß beantragte Ueberweisung der Bitte an den Magistrat zur wohlwollenden Erwägung. Die Versammlung beschloß entsprechend dem Antrage des Ausschusses.

Weiter stand die Anfrage unseres Genossen Dr. Zeppler betreffs der Volkshalle anfallig auf der Tagesordnung. Zur Begründung der Anfrage führte Dr. Zeppler aus, der Arbeiter-Schwimmklub Vorwärts habe bereits am 26. August die Ueberlassung der Halle für ein Schwimmfest am 15. Januar beantragt, sowie um Ueberlassung der Halle an einem Wochentage zu Übungsstunden gebeten; beides sei vom Magistrat ohne Angabe von Gründen abgelehnt worden, vermutlich weil der Verein als Arbeiter-Verein ohne weiteres nach dem bürgerlichen Muster der Polizei als politischer Verein angesehen werde. Der Stadtrat Dr. Waldschmidt beantwortete die Anfrage dahin, daß die Schwimmhalle durch ihre Vergebung an drei Vereine bereits so überlastet sei, daß sie unmöglich noch einem weiteren Vereine an einem Wochentage zu Übungsstunden überlassen werden könne. Doch sei der wesentliche Grund der Ablehnung des Gesuches allerdings der von Dr. Zeppler angeführte gewesen, daß man die städtische Schwimmhalle nicht einem sozialdemokratischen Verein überlassen könne. Der Oberbürgermeister Schustehrus spann diesen letzten Faden weiter.

Die Genossen Dr. Zeppler und Dr. Vorhardt wiesen diesen Spießersstandpunkt energisch zurück und geißelten den darin sich offenbarenden kleinlichen Polizeigeist, an den man sich bei der preussischen Regierung gewöhnt habe, an deren Niveau der Magistrat einer großen Stadt jedoch nicht hinabsteigen dürfe. Einen sportlichen Arbeiterverein zu einem politischen Stempel zu wollen, sei ein Zeichen vollkommener Unfähigkeit, das Wesen der Arbeiterbewegung irgendwie zu verstehen, und führe in seiner Konsequenz zur größtmöglichen Verletzung der Rechtsgleichheit. Von den Mehrheitsparteien nahm niemand das Wort; auch die Liberalen äußerten kein Mißfallen über die offensichtlich juristische Zurücksetzung der Arbeiter — aber Demokraten wollen sie sich trotzdem nennen.

Unsere Genossen werden bei einer anderen Gelegenheit auf diesen Gegenstand zurückkommen.

Lichtenberg.

Gemeindevwahl. Bei der gestern stattgefundenen Wahl der zweiten Wählerklasse wurden insgesamt 182 Stimmen abgegeben. Die bürgerlichen Kandidaten erhielten 168 Stimmen, unsere Genossen 16 Stimmen.

Mit den Verhaftungen des früheren Amtsdieners und Polizeibeamten Gustav Herzfeld zu Lichtenberg hatte sich das Schwurgericht des Landgerichts I am Mittwoch in einer bis nach Mitternacht währenden Verhandlung zu beschäftigen. Die Anklage lautete auf Amtsverbrechen, und zwar soll sich der Angeklagte in 24 Fällen der Fälschung bezw. Vernichtung öffentlicher Urkunden und in 14 Fällen des Betruges schuldig gemacht haben. Auf die Geschäftspraktiken dieses Kauterbeamten wurde in der Verhandlung ein großes Streiflicht geworfen. Die Geschworenen bejahten sämtliche Schuldfragen. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus, der Gerichtshof erkannte auf ein Jahr sechs Monate Zuchthaus, drei Jahre Ehrverlust und Aberkennung der Fähigkeit zur Velleidung öffentlicher Kempter.

Potsdam.

Als Baumfrevler stand am Mittwoch vor der Potsdamer Strafkammer der gutstufierte Obstjäger Johann Altenkirch aus Mildenberg bei Potsdam. In der Nacht zum 21. November v. J. hatte er, als er aus dem Bolterschen Gasthof in Wildenbruch heimkehrte, aus reinem Uebermut fünf junge Alleebäume abgebrochen. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn drei Monat Gefängnis, weil nur sehr selten einmal so ein Mochling gefaßt wird, obgleich derartige Taten leider sehr oft vorkommen. Der Gerichtshof verurteilte Altenkirch zu 300 M. Geldstrafe eventuell 30 Tage Gefängnis.

Gerichts-Zeitung.

Versammlungsrecht, Polizei und Justiz.

Bekanntlich verlangt der Polizeigeist des preussischen Vereinsgesetzes eine polizeiliche Anmeldung von Versammlungen nur dann, wenn diese entweder von einem politischen Verein veranstaltet werden, oder wenn sie der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten dienen sollen. Um ganz sicher vor Scherereien zu sein, gehen unsere Parteigenossen in Erfüllung der Anmeldepflicht oft viel weiter als sie es bei sinnemäßiger Auslegung des Begriffs „öffentliche Angelegenheiten“ nötig haben. Wenn aber von vornherein feststeht, daß in einer bestimmten Versammlung oder sonstigen Zusammenkunft sozialdemokratischer Arbeiter an die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten gar nicht zu denken ist, dann ist nicht einzusehen, weshalb durch die Anmeldung einer solchen Versammlung man sich und den Beamten Unannehmlichkeiten machen soll. So mag Genosse Hoch gedacht haben, als er am 18. Mai 1904 die Parteigenossen, welche bei der Stadtwahl in Frankfurt-Lebus helfen wollten, nach den Arminhallen einlud, um jedem Einzelnen mitzuteilen, um welche Zeit er sich in den oder jenen Ort des Wahlkreises zu begeben hätte. Aber die Polizei dachte anders. So wurde denn die vom Genossen Hoch einberufene Versammlung, die gar nicht anmeldspflichtig war, wegen nicht erfolgter Anmeldung durch die Polizei aufgelöst und das Lokal unter Hinzuziehung eines sehr starken Aufgebots von Schutzleuten geräumt. Eine Anklage wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes, die sich gegen Hoch und andere angebl. Leiter der Versammlung, sowie gegen den Wirt des Versammlungsortes richtete, war die Folge des polizeilichen Vorgehens. Das Schöffengericht verurteilte die „Lebeller“ zu Geldstrafen und auch die Strafkammer, von den Verurteilten angerufen, kam zu einer Verurteilung Hochs und des Restaurateurs Melich. Der Polizei genügt schon gewisse äußere Merkmale, die für das Stattfinden einer Versammlung im rechtlichen Sinne sprechen, um die Anmeldung für erforderlich zu halten. Die Richter aber kamen zu der Anschauung, daß in der Versammlung auch die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten beabsichtigt gewesen sei. Hoch hat — so sagten die Richter — ein Inserat im „Vorwärts“ erlassen, worin unter der Ueberschrift „Stadtwahl in Frankfurt a. O.-Lebus“ zu einer Besprechung eingeladen wird. Die „Besprechung“ konnte sich nach Annahme der Strafkammer nur auf die Wahl selbst beziehen. Daß nur Instruktionen über wahltechnische Arbeiten gegeben werden sollten, schien den Richtern nicht glaubhaft, obgleich das Gegenteil durch keine Tatsachen bewiesen werden konnte und Hoch als Einberufer der Versammlung bekundete, daß er die Besprechung der Wahl oder sonst einer öffentlichen Angelegenheit nicht beabsichtigt hatte. Das von den Verurteilten angerufene Kammergericht sprach dagegen den Grundatz aus, daß nur der Wille des Einberufers, aber nicht der Wortlaut eines Zeitungsinserates dafür bestimmend sei, ob öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten. Habe der Einberufer diesen Willen nicht gehabt, dann dürfe er nicht verurteilt werden. Hiernach hatte die Strafkammer am Donnerstag nochmals über den Fall zu entscheiden. Daß Hoch die Absicht hatte, öffentliche Angelegenheiten in der Versammlung erörtern zu lassen, konnte auch in dieser Verhandlung nicht bewiesen werden. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine, beantragte deshalb die Freisprechung, und die Uebernahme der Kosten der Verteidigung durch die Staatskasse, da die Angeklagten ohne ihr Verschulden zu einem Prozeß gekommen seien, den sie ohne Rechtsbeistand nicht führen konnten. — Der Staatsanwalt machte sich die Begründung seines Antrages auf Verurteilung verblüffend leicht. Wenn man ein Inserat im „Vorwärts“ erläßt — sagte er —, dann will man doch nicht nur Mitteilungen machen, sondern über die Wahl selbst sprechen. — Die Verhandlung endete mit der Freisprechung der beiden Angeklagten. Dem Antrage, die Verleibungskosten der Staatskasse aufzuerlegen, gab das Gericht nicht statt, da, wie der Vorsitzende sagte, durch die Nichtschuld noch nicht die Unschuld bewiesen sei.

So ist denn endlich, nachdem diese Angelegenheit viermal verschiedene gerichtliche Instanzen beschäftigt hat, als Recht anerkannt worden, was jedem, der weder polizeitechnisch noch juristisch vorgebildet ist, von vornherein klar war: Wenn der Einberufer einer Versammlung die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten nicht beabsichtigt, dann hat die Polizei in der Versammlung nichts zu suchen, eine Anmeldung ist deshalb nicht erforderlich. Damit das festgestellt wurde, mußten die Angeklagten aber erst viermal vor Gericht erscheinen und außer ihren Verurteilungen und sonstigen Umständen noch die Kosten für den Anwalt tragen, den sie brauchten, um aus dem Wirrwarr polizeilicher und richterlicher Anschauungen einen Weg zum klaren zweifelsfreien Recht zu finden.

Aus einer Molkerei. Bei einer Revision wurde der Kuhstall der Molkerei von Lufsch in der Müllerstraße zu Berlin von dem beamteten Tierarzt im unsauberen Zustande befunden. Auch die Kühe waren nicht sauber. Er wurde deshalb vom Landgericht in zweiter Instanz wegen Uebertretung der Polizeiverordnung vom 15. März 1902 zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Kammergericht verwarf am 18. März seine hiergegen angelegte Revision, indem es die Polizeiverordnung für gültig erklärte, weil sie dem Schutze von Leben und Gesundheit des Publikums diene.

Ein Polizeibeamter als Desfruant. Der Polizeioffiziant Rudolf Wendel hat in seiner Eigenschaft als fassführender Beamter am Polizeiamt München II in den Jahren 1900—04 an Staatsgebühren die Summe von 4905 M., 1452 M. Armenabgaben und 61 M. Justizgebühren unterschlagen, die diebzügl. Klagen und Urkunden beseitigt. Wendel, der ein Jahresgehalt von über 3000 M. bezog, war gefänglich. Das oberbayerische Schwurgericht verurteilte den ungetreuen Polizeibeamten wegen fortgesetzten Diebstahls im Auto unter Annahme mildernder Umstände zu 2 Jahren Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit zur Velleidung öffentlicher Kempter auf die Dauer von 5 Jahren.

Ein preussischer Deserteur, der schon seit längerer Zeit stiefbrüchig verfolgt worden war, wurde kürzlich in einer Strafanstalt Dänemarks erfaßt. Im vorigen Jahre wurde der aus Berlin stammende Kellner Schneider, auch Rudi Werner genannt, der bei einem Infanterie-Regiment in der Provinz Posen diente, fahnenflüchtig. Er hielt sich darauf monatelang in Berlin und anderen großen Städten des Inlandes auf und lebte ausschließlich von Diebstählen. Seine Spezialität waren Raubdiebstähle in Restaurationen, Hotels und Cafes. Als ihn in der Heimat der Woden zu heiß unter den Füßen wurde, begab er sich ins Ausland; in Kopenhagen wurde er von seinem Geschick ereilt und wegen zahlreicher Spitzbübereien zu einer längeren Strafe verurteilt, nach deren Abbüfung er an die inländischen Behörden ausgeliefert wird.

Ueber Bord gestürzt. Der Dreimaßschoner „Gosianna“ verlor auf der Fahrt nach England im Ostseegebiet zwei Matrosen, die über Bord stürzten und ertranken.

Marktpreise von Berlin am 15. März. Roggen, gute Sorte 17,40—17,38 M., mittel 17,35—17,34 M., geringe 17,32—17,30 M. Roggen\*\*, gute Sorte 13,70—13,60 M., mittel 13,50—13,40 M., geringe 13,30—13,20 M. Futtergerste\*, gute Sorte 16,40—16,30 M., mittel 16,20—16,10 M., geringe 16,00—15,90 M. Gerste, gute Sorte 16,20—16,10 M., mittel 16,00—15,90 M., geringe 15,80—15,70 M. Hafer\*, gute Sorte 16,20—16,10 M., mittel 16,00—15,90 M., geringe 15,80—15,70 M. Weizen, gute Sorte 16,20—16,10 M., mittel 16,00—15,90 M., geringe 15,80—15,70 M. Kartoffeln 10,00—7,00 M. Rüböl 4,90—4,82 M. Heu 9,00—7,40 M. für ein Kilogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schuß 4,40—2,80 M. \*) Drei Wagen und ab Bahn. \*\*) Ab Bahn.

Wasserstand am 15. März. Elbe bei Kuffig + 1,87 Meter, bei Dresden + 0,88 Meter, bei Magdeburg + 2,62 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 2,40 Meter. — Oder bei Ratibor + 3,78 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 5,35 Meter, bei Breslau Unter-Regel + 0,64 Meter, bei Rannfurt + 1,93 Meter. — Weichsel bei Braunschwende + 4,42 Meter. — Warthe bei Posen + 2,38 Meter. — Rega bei Uff + 1,52 Meter.

Witterungsübersicht vom 16. März 1905, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometerniveau, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. Stationen, Barometerniveau, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. Stationen.

Wetter-Prognose für Freitag, den 17. März 1905. Ziemlich warm, zeitweise heiler, aber veränderlich mit leichten Regenfällen und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Fritz Benier. Die Beerdigung findet am 17. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Hedwigs-Krankenhanfes aus nach Nieder-Schönhausen, Zionskirchhof, statt. Max Gienke. Paul Schwarz.

Doppel-Glockenlager. D. R. P. 100 596. Verkauft an jedermann ohne besondere Bedingungen. W. Hein, Berlin O., Goldstr. 16, Seitenfl. Telefon. Amt 7 Nr. 4120.

Zentralverband der Handels-Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin I. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriger Kollege, der Hausdiener Johann Stange am 15. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Brigg aus statt. Die Ortsverwaltung I.

Gesang-Bücher. von 1,25 Mk. an. Album- und Lederwaren-Fabrik Oskar Gundann, Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstraße. Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucksachen zu bill. Preisen. Geflügel. Hühner, große Auswahl! billiger wie jedes Konkurrenz. Wilh. Junge, Admiralstr. 38. Bitte gef. Hausnummer zu beachten. 2. Geschöß: Reichenbergerstr. 42. Paul Klähn, Chausseestr. 27.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Freitag, den 17. März.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Opernhaus. Der Roland von Berlin.  
Neues König. Opern-Theater.  
Apollonia auf Touris.  
Deutsches. Oedipus.  
Berliner. Der Stillerjäger.  
Leffing. Ein Bollwerk.  
Westen. Die Liebesleistung.  
National. Das Glöckchen des Eremiten.  
Neues. Ein Sommernachtsstraum.  
Thalia. Der Kilometerfresser.  
Anfang 8 Uhr:  
Schiller O. (Wallner-Theater).  
Wallensteins Tod.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Häufiges Theater). Die Tyrannen der Tränen.  
Zentral. Die Aufheirat.  
Kleines. Der Bär. Angele.  
Residenz. Hotel Pompadour.  
Kupferhaus. Der Familientag.  
Trianon. Das Abenteuer des Herrn Malezieux. — Die Briefstafel. — Ein peinlicher Zwischenfall.  
Kaffee. Heirat auf Probe.  
Deutsch-Amerikanisches. Uebere großer Leich.  
Luisen. Von Stufe zu Stufe.  
Belle Alliance. Der beste Sip.  
Carl Weich. Die Kinder des Kapitän Grant.  
Metropol. Die Herren von Maxim.  
Apollo. Das Weichenmädchen.  
Spezialitäten.  
Herrnsfeld-Theater. Die Meyerhains.  
Passage-Theater. Die 5 Lorrison.  
Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Säng.  
Palast. Lorbeerbaum und Bettelstab.  
Spezialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Urania. Taubenstraße 48/49.  
Im Theater abends 8 Uhr:  
Tiereben in der Wildnis.  
Invalidentstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

**Neues Theater.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Ein Sommernachtsstraum.  
Sonnabend: Minna von Barnhelm.  
Sonntag, Montag, Dienstag: Ein Sommernachtsstraum.  
**Kleines Theater**  
Anfang 8 Uhr.  
Angele. Vorher: Der Bär.  
Sonnabend: Nachtasyl.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: (Ermäßigte Preise) Liebesträume. Familienidyl. Serenissimus.  
Abends: Nachtasyl.  
Montag: Angele. Der Bär.  
Dienstag: Nachtasyl.

**National-Theater**  
Weinbergsweg 19.  
Freitag, den 17. März 1905:  
Zum erstenmal:  
**Das Glöckchen des Eremiten.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Sonnabend: Figaros Hochzeit.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Die Fledermaus.  
Abends 7 1/2 Uhr: Udine.  
**Zentral-Theater**  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Die Juxheirat.**  
Operette in 3 Akten von Jul. Bauer.  
Musik von Franz Lehar.  
Morgen und folgende Tage: Die Juxheirat.  
Sonnabend nachm.: Der gestiefelte Kater. — Abends: Die Juxheirat.  
Sonntag nachm.: Der Zigeunerbaron. — Abends: Die Juxheirat.

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Von Stufe zu Stufe.**  
Sonnabend: Lorbeerbaum und Bettelstab.  
Sonntag nachm.: Hüttenbesitzer.  
Abends: Lorbeerbaum u. Bettelstab.  
Montag: Lorbeerbaum u. Bettelstab.  
**Apollo-Theater**  
218. Friedrichstraße 218.  
Abends 8 1/2 Uhr:  
**Das Weichenmädchen.**  
Musik von Prof. Josef Hellmesberger.  
Vorher: Die März-Spezialitäten.  
Sonntag, 19. März, nachmittags 3 Uhr, bedeutend ermäßigte Preise: Berliner Luft.  
**Etablissement Bygghayen**  
Moritzplatz.  
Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch.  
In den unteren Sälen jeden Abend:  
**Bockbierfest.**  
KONZERT.  
Der dumme Kar u. der kluge Hans.  
Dienstag, Donnerstag.  
Sonnabend, Sonntag:  
**Fritz Steidl-Sänger.**  
Nach jeder Vorstellung im Kaiserpalast:  
Tanz.

**Urania, Taubenstr. 48/49.**  
8 Uhr:  
Tiereben in der Wildnis.  
**Sternwarte** Invalidentstr. 57/62.  
**P. CASTAN'S PANOPTICUM.**  
Friedrichstr. 165.  
Das sensationelle  
**Riesen-Mädchen!!!**  
Rosa Wedsted, 2 Meter 20 cm hoch, größte lebende Riesin der Welt.

**Trianon-Theater.**  
Heute und folgende Tage:  
Das Abenteuer d. Herrn Malezieux  
Die Briefstafel.  
Ein peinlicher Zwischenfall.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag nachm.: Die glückliche Gilberte.  
**Passage-Theater.**  
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.  
Um. nachm. 3. Sonntag 5 1/2 Uhr.  
**The five sisters Lorrison**  
die berühmten Frauenschönheiten.  
**Bokken Lasson**  
die exotische Straßenfängerin.  
**Die Picchiani-Truppe.**  
14 neue Nummern.  
jede hervorragend.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Familientag.**  
Abendlich: Der Familientag.  
**Residenz-Theater.**  
Dir.: Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Hotel Pompadour.**  
Schwank in 3 Akten v. Anthony Paris u. Leon Komroff. Deutsch v. M. Schömann.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nora.  
**Metropol-Theater**  
**Die Herren von Maxim.**  
Große Amstättungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.  
Musik von Viktor Hollaender.  
Inszeniert vom Direktor Richard Schultz.  
Henry Bender. Josef Giampietro.  
Josef Josephi. Anton Grünfeld.  
Frid Frid. Fritz Massary.  
Das Fest des Lichts. (Ballett.)  
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

**Deutsch-Amerikanisches Theater.**  
Köpenickerstr. 67/68, Stat. Jannowitzbr.  
Jeden Abend 8 Uhr:  
Gastspiel Adolf Philipp.  
428. MALE  
UEBERN GROSSEN TEICH.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Halbe Preise.  
„Ueber'n großen Teich“.  
**Kasino-Theater**  
Loffingerstraße 37 (Rosenthaler Tor.)  
Täglich 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2—8 Konz.ert.  
Nur noch bis Ende März der Rosen-Schlager  
**Heirat auf Probe.**  
Sonntag nachmittags 4 Uhr: In Vertretung.  
**Carl Weiß-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Täglich 8 Uhr: Letzte Woche:  
Die Kinder des Kapitän Grant.  
Sonnabend nachm. Kinder-Vorstellung u. Preise: Die Wünschelrute.  
Sonntag nachm. 3 Uhr, Parkett 60 Pf.: Maria Stuart.

**Bernhard Rose-Theater**  
Gehlsbrennen, Badstraße 68.  
Die Gastspiel-Vorstellungen  
finden in folgenden Etablissements statt:  
Bernhard Rose-Theater.  
Stadt-Theater Moabit.  
Frühls Allerlei-Theater.  
Etablissement Neue Welt.  
Anfang 8 Uhr.  
Entree 30 Pf. Kumer. Platz 50 Pf.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.  
**Die Blinde von Paris.**  
Schauspiel in 5 Akten v. Herrmann.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonnabend: Keine Vorstellung.  
Sonntag: Die Blinde von Paris.  
**Sanssouci.**  
Kottbuser Tor — Stat. der Hochbahn.  
Sonntag, Montag, Donnerstag:  
Hoffmanns Norddeutsche Säng. u. Tanzkränzchen.  
Jeden Dienstag und Mittwoch:  
Theater-Abend.

**Volkgarten-Theater**  
(früher Weimann).  
Freitag, den 17. März, cr.:  
Keine Vorstellung.  
Nächste Vorstellung Sonntag, den 19. März, nachmittags: Die Hausmännchen. Abends: Die Goldgrube.  
**Reichshallen.**  
Täglich:  
Stettiner Säng.  
Auf. Sonntag 8 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.  
eigentlich in den munteren Sälen sind heute 3 Tage vorher zu haben

**o. Schiller-Theater** Friedrich-Wilhelm-Häufiges Theater.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Wallensteins Tod.**  
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Fuhrmann Henschel.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Fuhrmann Henschel.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Krieg im Frieden.**

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstr. 72/73. Direktion: Kron & Schönfeld.  
Täglich abends 7 1/2 Uhr:  
**Stürmischer Lacherfolg!**  
**Der Kilometerfresser**  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
Charleys Tante.

**Belle Alliance-Theater.**  
Belle Alliancestr. 7/8.  
Heute abends 8 Uhr zum letztenmal:  
**Der beste Sip.**  
Sonnabend, 18. März, zum erstenmal:  
**Die Rote.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Deborah.

**Neues Konzerthaus**  
Grand Hotel Alexanderplatz.  
**Gr. Kurt Goldmann-Konzert**  
unter Mitwirkung des Salon-Humoristen G. Bonnè. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Reine Säle in Berlin wie Blumengarten empfehle zu Versammlungen und Festlichkeiten jeglicher Art.  
23232\* Albert Hoerner.

**Krug zum grünen Kranze**  
am Alexanderplatz (im Keller).  
Täglich: „Fidelitas!“  
Carl Lüdeckes humoristisches Ensemble.  
Entree frei. 23612\*

**Palast-Theater**  
Burgstr. 22, früher Feen-Palast.  
Bis-a-bis d. Börse, 2 Min. v. Hof. Börse.  
Heute große Elite-Vorstellung:  
**Lorbeerbaum und Bettelstab.**  
Schauspiel in 5 Akten v. R. v. Holte.  
Agnes: Milly Wichmann als Gast.  
Geinrich: Fritz Werner als Gast.  
Anfang 8 Uhr. Vorher: Konzert.  
Steine Preise.  
Morgen und folgende Tage 9 Uhr:  
**Siehe kann alles.**  
Schwank von H. Gz.  
Witler, Theologe: Dr. R. Winkler.  
Vorzeiger dieser Annonce zahlen wochentags die halben Kassenpreise.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.  
**Die Blinde von Paris.**  
Schauspiel in 5 Akten v. Herrmann.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonnabend: Keine Vorstellung.  
Sonntag: Die Blinde von Paris.

**Restauration zur Radfahrer-Börse**  
Schillingstraße 24.  
Allen Freunden, Bekannten, Kollegen, Partei- und Bundesgenossen zur gefälligen Kenntnis, daß ich Schillingstraße 24 ein  
**Weiß- und Bayrisch-Bierlokal**  
eröffnet habe.  
Leo Ostrowski, Schankwirt.  
NB. Den geehrten Gewerkschaften und Vereinen empfehle mein großes Vereinszimmer, circa 60 Personen fassend.

**Skala-Theater.**  
Eintrachtstr. 132 (a. d. Friedrichstr.).  
Sensationelles Programm!  
**Deta Waldau**  
sowie  
20 internat. Spezialitäten.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vor der Vorstellung: Konzert.

**Gustav Behrens**  
Spezialitäten-Theater,  
Frankfurter-Allee 85.  
Ab 16. März  
wieder neues Programm.  
Reu! Mr. Arlys, asiatischer Reitenkünstler. Reu! Quartet Wollmer. Dänische Hölleuhänger u. Säng. Gelsch. Christensen, Exzentrik-Duett. Reu! Hermann Grosch, der Urtomische, sowie die übrigen erstklassigen Kräfte.

**Emil Lefèvre**  
Berlin Oranienstr. 158.  
Nach auswärts per Nachnahme.  
Inventur - Extraliste gratis und u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. franko.

**o. Schiller-Theater** Friedrich-Wilhelm-Häufiges Theater.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die Tyrannen der Tränen.**  
Lustspiel in 4 Akten von E. Gaddon-Gambers. Deutsch v. Berta Bogson.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Wallensteins Lager.**  
**Die Piccolomini.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Wallensteins Lager. Die Piccolomini.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Zum erstenmal: Die Herron Söhne.

**Neues Konzerthaus**  
Grand Hotel Alexanderplatz.  
**Gr. Kurt Goldmann-Konzert**  
unter Mitwirkung des Salon-Humoristen G. Bonnè. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Reine Säle in Berlin wie Blumengarten empfehle zu Versammlungen und Festlichkeiten jeglicher Art.  
23232\* Albert Hoerner.

**Krug zum grünen Kranze**  
am Alexanderplatz (im Keller).  
Täglich: „Fidelitas!“  
Carl Lüdeckes humoristisches Ensemble.  
Entree frei. 23612\*

**Palast-Theater**  
Burgstr. 22, früher Feen-Palast.  
Bis-a-bis d. Börse, 2 Min. v. Hof. Börse.  
Heute große Elite-Vorstellung:  
**Lorbeerbaum und Bettelstab.**  
Schauspiel in 5 Akten v. R. v. Holte.  
Agnes: Milly Wichmann als Gast.  
Geinrich: Fritz Werner als Gast.  
Anfang 8 Uhr. Vorher: Konzert.  
Steine Preise.  
Morgen und folgende Tage 9 Uhr:  
**Siehe kann alles.**  
Schwank von H. Gz.  
Witler, Theologe: Dr. R. Winkler.  
Vorzeiger dieser Annonce zahlen wochentags die halben Kassenpreise.

**U**berall, soweit die deutsche Zunge klingt, wird der 9. Mai d. J., der Tag, an dem Friedrich Schiller das erste Jahrhundert seiner Unsterblichkeit vollendet hat, in einmütigem Geiste von unserem Volke gefeiert werden.  
Die Huldigungen, die den Manen dieses großen deutschen Dichters dargebracht werden, sollen zugleich einen Festtag unseres Volkes bedeuten, dem die Ehrung Friedrich Schillers ein heiliges Vermächtnis ist.  
An alle Bürger unserer Stadt, an hoch und niedrig, ergeht darum der Aufruf, daß jeder nach seinen Kräften dazu beitragen möge, die festlichen Kundgebungen, die in unserer Hauptstadt geplant sind, zu einer möglichst würdigen, möglichst eindrucksvollen Feier zu gestalten.  
In Aussicht genommen ist folgender Plan:  
1. Am Abend des 8. Mai in vier bis fünf größeren Sälen Gedächtnisfeiern mit Prolog, Gedenkrede, Deklamationen aus Schillers Werken und musikalischen Aufführungen.  
2. Am 9. Mai ein festzug unter Beteiligung der Hochschulen, der Schulen, sämtlicher Bildungsvereine, der Berufsvereine, der Kriegervereine usw. zum Schiller-Denkmal, wo ein Huldigungsakt stattfinden soll.  
3. Zum bleibenden Gedenken des Tages eine in möglichst großer Anzahl vorzunehmende Verteilung von Schillers Gedichten und Dramen oder einer Darstellung seines Lebens und Wirkens an die Schuljugend und die unbemittelten Kreise unserer städtischen Bevölkerung, soweit die einkommenden Geldbeiträge dazu die Mittel bieten werden.  
Die Verbreitung von Schillers Werken soll auch dadurch gefördert werden, dass jedem Beitraggeber, der fünf Mark oder mehr zeichnet, auf Wunsch für je fünf Mark ein Stück und bis zu fünf Stück\* der für unseren Zweck hergestellten Schiller-Ausgabe zum Verschenken an Unbemittelte zur Verfügung gestellt werden.  
Wie diese Feier als ein Fest des Volkes gedacht ist, so soll auch jedermann die Gelegenheit geboten werden, ihre Durchführung durch seine Spende zu unterstützen. Jeder Beitrag, von M. 0,50 an, wird willkommen sein.  
Die Gelder sind an sämtliche Depositenkassen der Deutschen Bank in Berlin und Vororten und in den durch Aushang bezeichneten Geschäften „für Rechnung des Geschäftsführenden Ausschusses für die Schiller-Feier“ einzuzahlen.  
BERLIN, im März 1905.  
Geschäftsstelle: W. 35, Lützowstraße 62.

**Restauration zur Radfahrer-Börse**  
Schillingstraße 24.  
Allen Freunden, Bekannten, Kollegen, Partei- und Bundesgenossen zur gefälligen Kenntnis, daß ich Schillingstraße 24 ein  
**Weiß- und Bayrisch-Bierlokal**  
eröffnet habe.  
Leo Ostrowski, Schankwirt.  
NB. Den geehrten Gewerkschaften und Vereinen empfehle mein großes Vereinszimmer, circa 60 Personen fassend.

**Skala-Theater.**  
Eintrachtstr. 132 (a. d. Friedrichstr.).  
Sensationelles Programm!  
**Deta Waldau**  
sowie  
20 internat. Spezialitäten.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vor der Vorstellung: Konzert.

**Gustav Behrens**  
Spezialitäten-Theater,  
Frankfurter-Allee 85.  
Ab 16. März  
wieder neues Programm.  
Reu! Mr. Arlys, asiatischer Reitenkünstler. Reu! Quartet Wollmer. Dänische Hölleuhänger u. Säng. Gelsch. Christensen, Exzentrik-Duett. Reu! Hermann Grosch, der Urtomische, sowie die übrigen erstklassigen Kräfte.

**Emil Lefèvre**  
Berlin Oranienstr. 158.  
Nach auswärts per Nachnahme.  
Inventur - Extraliste gratis und u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. franko.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.  
**Die Blinde von Paris.**  
Schauspiel in 5 Akten v. Herrmann.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonnabend: Keine Vorstellung.  
Sonntag: Die Blinde von Paris.

**Volkgarten-Theater**  
(früher Weimann).  
Freitag, den 17. März, cr.:  
Keine Vorstellung.  
Nächste Vorstellung Sonntag, den 19. März, nachmittags: Die Hausmännchen. Abends: Die Goldgrube.  
**Reichshallen.**  
Täglich:  
Stettiner Säng.  
Auf. Sonntag 8 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.  
eigentlich in den munteren Sälen sind heute 3 Tage vorher zu haben

**Zirkus Schumann.**  
Heute Freitag, ab. prägte 7 1/2 Uhr:  
**Gala-Benefiz**  
für den während seines hiesigen Aufenthaltes so sehr beliebt gewordenen Herrn **Albert Carré**  
Sohn des königlich niederländischen Zirkusdirektors Oskar Carré.  
**Eine der glänzendsten Vorstellungen der Saison!**  
Gala-Kostüme. Parade-Uniformen. Ganz hervorragendes Sportprogramm. Reizvolles Auftret. d. Benefizianten. Neue Debuts und die glänzendsten Spezialitäten. Ferner:  
**Mr. Ephraim Thompsons großartig dreifache Elefanten.**  
Um 9 1/2 Uhr: Sensationeller Erfolg! Heute neue prachtvolle Einlagen! Die größte mit märchenhafter Pracht inszenierte Ausstattungs-pantomime  
**Eine Nordlandsreise.**  
Im Strahle der Ritternachtsonne. Circa 400 Ritzeitende. 2 Musikkorps.  
Sonntag 2 Vorst., nachm. 3 1/2 Uhr (ein Kind frei) und abends 7 1/2 Uhr.

**Palast-Theater**  
Burgstr. 22, früher Feen-Palast.  
Bis-a-bis d. Börse, 2 Min. v. Hof. Börse.  
Heute große Elite-Vorstellung:  
**Lorbeerbaum und Bettelstab.**  
Schauspiel in 5 Akten v. R. v. Holte.  
Agnes: Milly Wichmann als Gast.  
Geinrich: Fritz Werner als Gast.  
Anfang 8 Uhr. Vorher: Konzert.  
Steine Preise.  
Morgen und folgende Tage 9 Uhr:  
**Siehe kann alles.**  
Schwank von H. Gz.  
Witler, Theologe: Dr. R. Winkler.  
Vorzeiger dieser Annonce zahlen wochentags die halben Kassenpreise.

**WINTERGARTEN**  
Neues Programm. Neues Programm.  
**SAHARET.**  
Herbert Lloyd, Amerikan. Komiker. Dianda, Dressierte Affen. Dorothy Clark, Engl. Sängerin. Stellung u. Revell, Kom. Reckturner. Dr. Angelo, Lebende Porzellanfiguren. Pas de deux, Orientalischer Tanz. The Novellos, Europa in Indien. Diane de Fontenoy, Lebende Bilder. Mistinguette, Pariser Sängerin. Kaufmann-Truppe, Kunstradfahrerrinnen. Doherty Sisters, Amerikan. Sängerinnen und Tänzerinnen. Biograph, Serienbilder.

**Otto Pritzkows**  
Abnormitäten-Ausstellung  
Wägenstraße 16.  
Täglich Vorstellung  
Die Hiesige Hona, 495 Pf. schwer, die schönste Dame, die je gelebt.

**Medizinische Rätsel, anatomische Wunder.**  
**Riesen! Zwerge!**

**Bürgerbad**  
NO. Weberstr. 40 b.  
Schönste Badeanstalt Berlins.  
Russisch-Röm. Bäder mit dem in allen Staaten patent. Licht-Luftperi-Bassin. Bestenärztliche medicin. Abteilung für elektr. Licht- und Dampftherapien. Bäder. Ruhesäle I. u. II. Klasse mit elektr. Beleuchtung.  
Annahme sämtl. Krankenkassen.  
Billigste Preise.

**Dr. Simmel,** Prinzen-Str. 47, 8779  
Spezialarzt für Haut- und Haarleiden.  
10-2, 5-7. Sonntag 10-12 2-4.

**Inventur-Extrapreis!**  
Eine Partie große  
**Diwandecken**  
auf beiden Seiten benutzbar  
**Mk. 4.35** (Wort 6.75)  
Buntpersische Diwandecken 6.75 (Wort 10.50)  
Echte Pilsch-Diwandecken 23.50 (33.00)  
Prunkdiwandecken 25-30 Mk.  
Teppich-Spezialhaus

**Emil Lefèvre**  
Berlin Oranienstr. 158.  
Nach auswärts per Nachnahme.  
Inventur - Extraliste gratis und u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. franko.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.  
**Die Blinde von Paris.**  
Schauspiel in 5 Akten v. Herrmann.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonnabend: Keine Vorstellung.  
Sonntag: Die Blinde von Paris.

**Volkgarten-Theater**  
(früher Weimann).  
Freitag, den 17. März, cr.:  
Keine Vorstellung.  
Nächste Vorstellung Sonntag, den 19. März, nachmittags: Die Hausmännchen. Abends: Die Goldgrube.  
**Reichshallen.**  
Täglich:  
Stettiner Säng.  
Auf. Sonntag 8 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.  
eigentlich in den munteren Sälen sind heute 3 Tage vorher zu haben

**Gebrüder Herrnsfeld-Theater.**  
Der größte Erfolg seit 14 Jahren  
ist unbestritten die Novität:  
**Die Meyerhains.**  
Komödie in drei Akten von Anton und Donat Herrnsfeld mit Anton Herrnsfeld als Fischelwit, Herausgeber d. „Scheinwerfer“ und Donat Herrnsfeld als Kommerzienrat Meyerhain.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 Uhr.

**WINTERGARTEN**  
Neues Programm. Neues Programm.  
**SAHARET.**  
Herbert Lloyd, Amerikan. Komiker. Dianda, Dressierte Affen. Dorothy Clark, Engl. Sängerin. Stellung u. Revell, Kom. Reckturner. Dr. Angelo, Lebende Porzellanfiguren. Pas de deux, Orientalischer Tanz. The Novellos, Europa in Indien. Diane de Fontenoy, Lebende Bilder. Mistinguette, Pariser Sängerin. Kaufmann-Truppe, Kunstradfahrerrinnen. Doherty Sisters, Amerikan. Sängerinnen und Tänzerinnen. Biograph, Serienbilder.

**Otto Pritzkows**  
Abnormitäten-Ausstellung  
Wägenstraße 16.  
Täglich Vorstellung  
Die Hiesige Hona, 495 Pf. schwer, die schönste Dame, die je gelebt.

**Medizinische Rätsel, anatomische Wunder.**  
**Riesen! Zwerge!**

**Bürgerbad**  
NO. Weberstr. 40 b.  
Schönste Badeanstalt Berlins.  
Russisch-Röm. Bäder mit dem in allen Staaten patent. Licht-Luftperi-Bassin. Bestenärztliche medicin. Abteilung für elektr. Licht- und Dampftherapien. Bäder. Ruhesäle I. u. II. Klasse mit elektr. Beleuchtung.  
Annahme sämtl. Krankenkassen.  
Billigste Preise.

**Dr. Simmel,** Prinzen-Str. 47, 8779  
Spezialarzt für Haut- und Haarleiden.  
10-2, 5-7. Sonntag 10-12 2-4.

**Inventur-Extrapreis!**  
Eine Partie große  
**Diwandecken**  
auf beiden Seiten benutzbar  
**Mk. 4.35** (Wort 6.75)  
Buntpersische Diwandecken 6.75 (Wort 10.50)  
Echte Pilsch-Diwandecken 23.50 (33.00)  
Prunkdiwandecken 25-30 Mk.  
Teppich-Spezialhaus

**Emil Lefèvre**  
Berlin Oranienstr. 158.  
Nach auswärts per Nachnahme.  
Inventur - Extraliste gratis und u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. franko.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.  
**Die Blinde von Paris.**  
Schauspiel in 5 Akten v. Herrmann.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonnabend: Keine Vorstellung.  
Sonntag: Die Blinde von Paris.

**Volkgarten-Theater**  
(früher Weimann).  
Freitag, den 17. März, cr.:  
Keine Vorstellung.  
Nächste Vorstellung Sonntag, den 19. März, nachmittags: Die Hausmännchen. Abends: Die Goldgrube.  
**Reichshallen.**  
Täglich:  
Stettiner Säng.  
Auf. Sonntag 8 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.  
eigentlich in den munteren Sälen sind heute 3 Tage vorher zu haben

**Emil Lefèvre**  
Berlin Oranienstr. 158.  
Nach auswärts per Nachnahme.  
Inventur - Extraliste gratis und u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. franko.



Hüte. Verkauf zu mäßigen, streng festen Preisen Schirme.

Gegr. 1875

Gegr. 1875

# Max Kaplan

## 1 Friedrichstraße I.

Maß-Anfertigung in allen Preislagen und bekannter Güte.

Sommer-Paletots, neueste Muster M. 15, 16, 18, 20, 24 usw.

Sommer-Paletot, Seidenfutter, hervorragend elegante Ausführung M. 42

Jackett-Anzüge in allen Farben, neueste Façons M. 20, 21, 22, 50, 24, 25, 26 usw.

### Entzückende Neuheiten

## in Knaben-Garderobe.

Wäsche.

2334L\*

Krawatten.

Nur moderne Stoffe

# Die Zeit der frischen Eier.

ist endlich gekommen!

Frische Eier sind bekanntlich das nahrhafteste und billigste Nahrungsmittel für jedermann. Ich offeriere schöne, grosse, ganz frische Eier zu 65-75 Pf. die Mandel. — Auch empfehle ich:

Gute Tischbutter à Pfd. 110 Pf. — Feine Tafelbutter, täglich frisch, à Pfd. 120 Pf., das feinste vom feinsten à Pfd. 130 Pf. — Ferner: Tilsiter Fettkäse, butterweich à Pfd. 60 Pf. — Prima saftigen Schweizerkäse à Pfd. 70 Pf. — Zartschnittigen Alpen-Limburger Stück 60 und 80 Pf. — Ramadourkäse, feinste Ware, Stück 25 u. 35 Pf. — Echt französische Käse, wie Camembert, Brie, Neufchâtel, Gervais, Roquefort, echt italien. Gorgonzola und andere Käse, gut gereift und sorgfältig gepflegt

Zur Konfirmation empfehle:

Geschmackvoll hergerichtete Käseschüsseln zu mässigen Preisen

In meinen beiden Lagerverkaufsstellen: Königsbergerstr. 34 und Gr. Frankfurterstr. 123, gebe ich Butter, Käse u. Eier auch in kleineren Quanten zu billigeren Preisen ab

Detail-Geschäfte:

- 1. Landsberger Allee 41
- 2. Eisenbahnstrasse 44
- 3. Koepenickerstrasse 1
- 4. Zorndorferstrasse 10
- 5. Wrangelstrasse 20

- 6. Warschauerstrasse 15
- 7. Königsbergerstrasse 34
- 8. Frankfurter Chaussee 127
- 9. Gr. Frankfurterstrasse 123
- 10. Uhlandstrasse 135
- 11. Richthofenstrasse 13

## Wilhelm Goebel, Buttergrosshdl., Berlin, Königsbergerstr. 31

Kranz- u. Blumenbinderei  
von H. Eckert,  
98. Kottbuer Damm 98.

Kleine Möbelfahren werden angenommen bei Lamprecht, Behlendorf, Duppelstrasse 3. 99b

Pianino 100 Rtl. bis 9 abdo. u. vert. Gerichstr. 32, Dittich.

Jedes 5 Pfennig.  
Wort: 5 Das erste  
Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 3 Uhr angenommen.

## Verkäufe.

**Handelshaus Weidenweg** neuziehen, spottbilliger Gardinenerwerb, Bäckerverkauf. +45\*

**Spottbilliger Teppichverkauf**, Tischdecken, Steppdecken. Handelshaus Weidenweg neuziehen. +45\*

**Spottbilliger Ausverkauf** verfallener Pfandstücke, Restverkauf. Weidenweg neuziehen. 45\*

**Bekanntmachung!** Empfehlenswerte Einkaufsquellen ist Handelshaus Weidenweg neuziehen. +45\*

**Spottbilliger Bekleidungsverkauf**, Bettleiste, einschläfrig, zweischläfrig. Pfandstücke Weidenweg neuziehen. +45\*

**Garderoben, Taschentücher, Regulator, Freischwinger, Schmuckfächer, spottbillig Handelshaus Weidenweg neuziehen.** Verkaufzeit gemässiger Ladenöffnung. +45\*

**Uhr als Zugabe** erhält Käufer einer Nähmaschine ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpenickerstr. 60/61, Große Frankfurterstr. 43, Prenzlauerstr. 59/60. \*

**Teppiche!** (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Gadelcher Markt 4, Bahnhof Börse. 142/12\*

**Gardinen-Ausverkauf** wegen Hausabrück. Stores, Zündbettedecken, Pointalace enorm billig! Gardinen-Verkaufshaus Krausenstraße 38, Dönhofsplatz. 394R\*

**Sofa-Teppiche**, circa 2 Meter lang, umhüllte Verfer 3,85, Tapetierbrüffel 5,35, Kaminster 4,65. Inventur-Kaufpreis. Teppichhaus Emil Ledere, Driemenstraße 158. \*

**Gestickte Erbstühle**, 4,35. Eßtischstuhl 5,65, Sezessionsstuhl 1,65, bunte Madrasstuhl 2,35, Wert 5,00. Inventur-Räumungspreis. Teppichhaus Emil Ledere, Driemenstraße 158. 282R\*

**Jährlich nur einmal** Inventur-Räumungsverkauf im Teppichhaus Emil Ledere, Driemenstraße 158. Erhältliche gratis. 283R\*

**Möbelverkauf**, beste Gelegenheit für Draufsteher. Wegen Aufgabe einer großen Wohnung sollen sämtliche Möbel billig verkauft werden, darunter geschmücktes Säulenbänkchen, Ankleideschrank, Verstoß, Kleiderbügel, Tische, Stühle, Ruhebett 25 Mark, Anziehtisch 16, Badstuhlleite mit Marmorplatte 25, Pfeilerstiel 12, Herrscherschemel 45, hochfeines Lakensofa 50, Bancellofa 70, Säulentrumeau 30, Rokokoarmstühle 4,50, Garderobenspiegel 30, Kucheltischchen mit Wappenstein und Relieffüssen 30, Tisch, Gardinen, Regulator, Bett, Steppdecken, verschiedene. Dresdenstraße 38, vorn II links. 92/13\*

**Möbelverkauf** in meiner Möbel-fabrik Wallstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgelegte und verlassene geweseene Möbel, die wie neu sind, Kleiderbügel, Verstoß 27,00, Anziehtisch 16, Kucheltischchen mit Federmatratze und Stützfüßen 30, Lakensofa 50, Bancellofa 70, Badstuhlleite 20, Ruhebett 25, ganze Einrichtungen billig. Transporth frei. 92/12\*

**Sofas**, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstraße 35b. 392R\*

**Patentmatrasen** Staubfrei (Rückenspotent) liefert jeder Tapezierer, jeder Möbelschneider. 381R\*

**Gobelbänke** 23 Mark verkauft Driem, Mahlsdorf (Ostbahn), Bahnhofsstr. 50. 329\*

**Gut erhaltenen** Kinderwagen, Gummiräder, billig zu verkaufen, F. Krüger, Behnhofsstr. 57. \*

**Teppiche** mit Gardensehern, Zettelniederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. +37\*

**Fahrräder**, Teilzahlungen. Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Große Frankfurterstr. 56, Staligerstr. 40. 357R\*

**Nähmaschinen**, gebrauchte, Wheeler-Wilson von 8 Mark und Langschiff von 10 Mark an. Bellmann, Goltzowstr. 26. 225R\*

**Neu eröffnet!** Nähmaschinen, W. Borchgater 4, Ecke Neue Bahnhofsstr. Diese Woche habe Vergünstigung sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1 Mark. Postkarte genügt. \*

**Frankfurterstr. 10** am Ring, baden, Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Postkarte genügt. +14\*

**Nähmaschinen** ohne Anzahlung, vergütet bis 10,00, wer Teilzahlung Nähmaschine kauft oder nachweist, Woche 1,00. Alle Systeme. Postkarte. Borchgater, Borchgaterstr. 50. +51\*

**Steppdecken** billigt, Feder Große Frankfurterstr. 9, parterre. +37\*

**Arbeitsnachweiskureau** für wilden Heim! ist in einer Stadt von 10.000 Einwohnern sofort eventuell 1. April zu übernehmen. Etwas Betriebskapital erwünscht. Persönliche Verbindung bei A. Hänge, Gastwirt, Jägerstr. 414R\*

**Restauration**, gangbares Geschäft, zum Inventarpreis zu verkaufen. Daldorferstr. 7, Tischlerstr. 71b\*

**Parteilokal** mit Vereinszimmer und Kasse, vom Bahnhofsplatz. Zu erfragen bei Reul, Barnimstraße 42.

**Parteilokal** frankfeilschalter sofort zu verkaufen. Zu erfragen Lohmühlenstr. 53 im Lokal. +19\*

**Landparzelle**, 750 Mark, vorort Friederichsdorf, verkauft Bunge, Rammstraße 84. +107\*

**Neuenhagen** (Ostbahn). Eine baureife Parzelle, 5 Minuten vom Bahnhof, mit Laube, Obstbäumen und Strauchwerk bepflanzt, Kuchnerstr. mit Kuchnerstr. ist für den billigen Preis von 2500 Mark sofort zu verkaufen. Franz Edel, Neuenhagen, Gartenstr. 20. 28206\*

**Fahrräder**, spottbillig, Wienerstr. 37, Lokal. 95b

**Geopar** verkauft noch neue Kuchnerstr. 37, Lokal. 95b

**Pianino**, braunes, 100.— (kein Tafellavier). Turmstr. 8, parterre. 92/19\*

**Fahrräderreparaturen** und Zubehörteile am billigsten Große Frankfurterstr. 14. +52\*

**Halbbrunnen**, wenig gebraucht, verkauft umguckhalber 35, —, Rühl, Wiedomstr. 19. 92b

**Garbierung** mit voller Konzeption sofort billig zu verkaufen. Oden, Friedrichstr. 17. +142\*

**Einzelstück**, Kleiderstück, Stühle verkauft Barnimstraße 50, Keller. 100b

**Damen-Sommerjacketts**, Kammergarn, modern, einige billige Gelegenheitsläufe. Lindstedt, Krautstr. 22 II. 90b

**Land**, gemessener Bebauungsplan, Landstrasse haben Markt, verkauft Schick, Ritzdorf, Lemastr. 12/13. 15b

**Restaurant**, sichere Existenz, da Versicherung der Hauptfeuerwache preiswert zu verkaufen bei Vahl, Lindenstr. 66. 944b

**Die Notwendigkeit**, Geld ausgeben zu müssen, ist es nicht, die so viel Sorgen macht, sondern die Frage: Wo laufe ich in diesem Jahre meine Garderobe? Der Herrenpaletot oder Anzug ist wirklich zu teuer, um im ersten besten Laden — — — reinzukaufen — — — Die Umhülle des Vorkaufers und Abhandeln derselben jedemann die Luft am Einkauf. So ist es gekommen, daß viele den Garderobehändler fast als ihren Feind betrachten, der gemoppelt mit feinen Betrüben und Lügen ihm nicht sein Geld, — denn das will er ja ausgeben, — sondern von diesem Gebe für den zu verkaufen den Gegenstand zu viel abnimmt. Das alles ist ausgeschlossen bei streng festen und billigen Preisen bei Herrmann Schiefinger, Turmstr. 85. 319R\*

**Dringenden** Verkaufes wegen verkaufe preiswert mein Grünham-Gesäß mit Kolonialwaren, Kasse, Holz und Rollen, 30 Jahre bestehend, Driemenstr. 65. 50b

**Zellen** wiederzubekommende Gelegenheit! Raumangeselegante Tischensofa 42,00, Kuchertische 3,00, Salongarnitur 75,00, großer Trumeau 33,00, Salonisch 13,00, Kuchentisch spottbillig, schaumumtete Kuchertische 40,00, komplette neue Kuchertische 34,00, verschiedene jedem Preise. Väterbergerstr. 14, Restaurant. 97b

**Nähmaschinen** Wienerstr. 6, Kuchertische 113 liefert sofort sämtliche Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00 Mark. Fünfjährige Garantie, gebrauchte Maschinen spottbillig.

**Prima** Judstühle, Buchweibchen 175. Seifentlamme, Vahl, Stallstr. 59, Hof. +76\*

**Deflation** im Osten, mehrere Zahlstellen, gut gehend, ist frankfeilschalter zu verkaufen. Werte 3000 Mark mit 2 Stücken und Kasse anhängend. Preis mit Piano 3800 Mark. Notwendiger Umlauf: 22 Halbe Heller, 5 Halbe Galle - Wärgen, 8 Halbe Heller, bei Paul Riffin, Berlin O., Remelerstr. 67. 2420L

**Patentanwalt** Dammann, Rat in Patentfachen. Oranienstr. 57, Ritzplatz. 11b\*

**Vahr** wohnt Brunnenstr. 116.

**Teilzahlung**, Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Marcus, Landsbergerstr. 75. 808R\*

**Wer Stoff hat?** Fertige Herrenanzüge mit Futterfasen 15,00. Wagner, Schneidermeister, Rühlensbergerstr. 9. 92/15\*

**Kupolierung!** Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch auherm Hause. Bachmann, Blumenstr. 35b. 363R\*

**Handelshaus**, Pringensstr. 63, täglich 8-8, Sonntags bis 2. 368R\*

**Platina**, alle Goldschmied, Bruchgold, Silber, Goldschmied, alte Uhren, alle Uhren, Blattgold, Rehring, Goldschmied, Brillanten, Eitelstein, alle Goldschmied, Goldschmied, Bruchgold, Pringensstr. 4. Telefon IV, 6958.

**Vereinsäle** (Wäune) zu Teilzahlungen und Veranlassungen etc. Osterfeiern, sowie Sonnabende und Sonntage noch frei! Kommandantenstr. 12 (Rindhaus). 419R\*

**Vereinszimmer**, großes, Dienstag, Sonnabend für Ehemänner, Teilzahlungen zu vergeben. Invalidenstr. 146. +124\*

**100 Mark** bis 1. April 1906 zu leihen gesucht. Gefällige Offerten bitte unter N. 100 bis Montag Postamt 61 niederzulegen. 91b

**Wer leiht** bis 1. Oktober 100 Mark? Sicherheit. G. P. 33, Postamt 25.

**Die gegen Frau Martha Duda** geb. Schmidt, Rühlensstr. 32, ausgesprochene Beleidigung nehme ich heimlich zurück. Adolf Haberland.

**Fahrräderverleihung**, Einjähriger, Zweijähriger, Dreijähriger. Große Frankfurterstr. 14. +52\*

**Grünen**, Zigaretten, beliebt, leicht vollständig für 50 Pfennig Zwickel, Rosenhallerstr. 55. 101b

**Kleinwohnungen**, gesunde, alleinstehend sofort, später, Ritzdorf, Wandsb. str. 12 (Hermannplatz), Ritzplatz 15, Linastr. 11 (Wieding). Zwei Stuben, Küche (Gaststube, rüchungs) 24 bis 27 Mark. Stallungen. Berlin, West-Heinoldsdorf, Augusta Victoria-Allee 33. 78b\*

**Zimmer**. Möbliertes Zimmer zu vermieten. Schönberg, Martin Lutherstr. 62, vorn parterre, R. Kohler. +116

**Schlafstellen**. Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle (nach Jacoby, Kolbergerstr. 26).

**Arbeitsmarkt**. **Stellenangebote**. Treppenhauer, selbständige Kolonnenführer, verlangt Schlosser, Blume, Charlottenburg, Schillerstr. 97. 596\*

**Tüchtiger** Metallarbeiter oder Klempner, der auf eigene Hand der Fabrikation von Gasbaddecken versehen kann, findet lohnende Stelle in Dänemark (Kopenhagen). Offerten sub S. S. 101\* mit Abschrift von Empfehlungsschreiben sowie Urteilen an Aug. J. Boff & Co., Annoncen-Bureau, Kopenhagen. 418R\*

**Metallrechnerlehre** verlangt Sandmann, Stadthofstr. 25b

**Mechaniker** - Lehrling verlangt Kiderstr. 10. 57b\*

**Lehrling** zum Bleischieben (nach J. Berber, Driemenstr. 13. \*

**Fahrdienstmacher**, Weihenfer, Weihenburgerstr. 5. +148

**Bieger**, Pollerer verlangt am Naturbade Stadthofstr. 59.

**Klempnerlehrling** verlangt Neuenburgerstr. 31. 81b\*

**Gürtelrechner** verlangt Neuenburgerstr. 31. 82b\*

**Druckereilehrling** verlangt Neuenburgerstr. 31. 83b\*

**Schleiferlehrling** verlangt Neuenburgerstr. 31. 84b\*

**Handreinigung** per 1. April, Stunde, Küche frei. Frankfurter Chaussee 102.

**Zeitungsanfrage** für Schönberg, Weiten, verlangt sofort, Berliner Hausfrau, Lindenstr. 26, Laden, Hoher Kohn. 85b

**Waschlagen**, Arbeitsstunden sucht Eugen Feiler, Kronenstr. 31. \*

**Frauen** finden durch Zeitungsanfragen dauernde und lohnende Beschäftigung, Meldungen vormittags 9-12 Uhr Pringensstr. 41 im Keller.

**Frauen** finden durch Zeitungsanfragen dauernde und lohnende Beschäftigung (Tour Unter den Linden). Meldungen Schönenstr. 24/25. 91/15\*

**Schrdamen**, Kostümreife, Blumenmacher Beschäftigung, Blumenstr. 9. 87/20\*

**Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.**

**Bis 20,00 Mark** verdienen möchten! redigierbare Herren und Damen durch Abonnentensammeln auf billige Wochenchrift. Zu melden Lindenstr. 25 II, vormittags. 66b

**Arzt gesucht!** Einem Parteigenossen wird von einem Kollegen günstige Gelegenheit zur Niederlassung in einer mittleren Provinzialstadt Mitteldeutschlands nachgewiesen. Offerten unter O. I an die Expedition, wo Bewerber, die sich als Parteigenossen ausweisen, die Adresse des betreffenden Kollegen erfahren können. \*

**Färber, Wäscher** gesucht Altenbergs Färberei, Weihenfer. +133\*

**3 Färber, 4 Wäscher** gesucht. Altenbergs Färberei, Weihenfer. +133\*

**Achtung!** **Musikinstrumenten-Arbeiter, Tischler u. Pollerer!** In der Pianofabrik von Kössner befinden sich die Kollegen noch im Streik. Der Betrieb ist für sämtliche Arbeiter gesperrt. Die Zehnerkommission.

**Stockarbeiter!** Die Arbeiter der Firma Julius und Hermann Gemblich, Friedrichstr. 16 u. Lindenstr. 102, befinden sich im Streik. 19/16\* **Zugang ist fernzuhalten!** Die Ortsverwaltung.

**Achtung!** **Bautischler!** Die Kollegen der Firma Sommer, Korn in Friedrichsberg, Gürtelstr. 21, befinden sich im Streik. Zugang ist fernzuhalten. **Deutscher Holzarbeiter-Verband.** Juchstelle Berlin.

Die Firma Gost & Co., **Kurfürstenstr. 146 und Alexandrinenstr. 105 bis 106** ist für Holzmacher, Tischler, Pollerer, Glaser, Vergolder und Buchbinder gesperrt. **Die Ortsverwaltung.**

**Achtung! Bauarbeiter.** Da verschiedene kleinere Firmen den Tarif noch nicht bewilligt haben, behält die Bauunterkategorie ihre Günstigkeit und ist auf Verlangen vorzuziehen. Es muß also jeder Salonarbeiter, der auf Baustellen beschäftigt ist, eine gelbe gestempelte Karte haben. **Die Kommission der Jalousiarbeiter.**

## Verschiedenes.

**Prima** Judstühle, Buchweibchen 175. Seifentlamme, Vahl, Stallstr. 59, Hof. +76\*

**Deflation** im Osten, mehrere Zahlstellen, gut gehend, ist frankfeilschalter zu verkaufen. Werte 3000 Mark mit 2 Stücken und Kasse anhängend. Preis mit Piano 3800 Mark. Notwendiger Umlauf: 22 Halbe Heller, 5 Halbe Galle - Wärgen, 8 Halbe Heller, bei Paul Riffin, Berlin O., Remelerstr. 67. 2420L

**Patentanwalt** Dammann, Rat in Patentfachen. Oranienstr. 57, Ritzplatz. 11b\*

**Vahr** wohnt Brunnenstr. 116.

**Teilzahlung**, Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Marcus, Landsbergerstr. 75. 808R\*

**Wer Stoff hat?** Fertige Herrenanzüge mit Futterfasen 15,00. Wagner, Schneidermeister, Rühlensbergerstr. 9. 92/15\*

**Kupolierung!** Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch auherm Hause. Bachmann, Blumenstr. 35b. 363R\*

**Handelshaus**, Pringensstr. 63, täglich 8-8, Sonntags bis 2. 368R\*

**Platina**, alle Goldschmied, Bruchgold, Silber, Goldschmied, alte Uhren, alle Uhren, Blattgold, Rehring, Goldschmied, Brillanten, Eitelstein, alle Goldschmied, Goldschmied, Bruchgold, Pringensstr. 4. Telefon IV, 6958.

**Vereinsäle** (Wäune) zu Teilzahlungen und Veranlassungen etc. Osterfeiern, sowie Sonnabende und Sonntage noch frei! Kommandantenstr. 12 (Rindhaus). 419R\*

**Vereinszimmer**, großes, Dienstag, Sonnabend für Ehemänner, Teilzahlungen zu vergeben. Invalidenstr. 146. +124\*

**100 Mark** bis 1. April 1906 zu leihen gesucht. Gefällige Offerten bitte unter N. 100 bis Montag Postamt 61 niederzulegen. 91b

**Wer leiht** bis 1. Oktober 100 Mark? Sicherheit. G. P. 33, Postamt 25.

**Die gegen Frau Martha Duda** geb. Schmidt, Rühlensstr. 32, ausgesprochene Beleidigung nehme ich heimlich zurück. Adolf Haberland.

**Fahrräderverleihung**, Einjähriger, Zweijähriger, Dreijähriger. Große Frankfurterstr. 14. +52\*

**Grünen**, Zigaretten, beliebt, leicht vollständig für 50 Pfennig Zwickel, Rosenhallerstr. 55. 101b

## Vermietungen.

**Wohnungen**. **Schöne** Gartenwohnung, zwei Zimmer, Küche, Kellert, Speisekammer pp. 27,00. Vorderwohnungen, zwei Zimmer, Küche, Kellert, Speisekammer, 30,00. Schreinerstr. 58. +142\*

## Geschäftsführer-Gesuch.

Für ein sächsisches Parteiblatt wird ein mit allen Zweigen des Zeitungswesens durchaus vertrauter Geschäftsführer gesucht. Baldiger Eintritt ist erwünscht. Bewerbungen sind bis zum 1. April, mit Angabe des bisherigen Wirkungskreises, der Gehaltsansprüche usw., unter der Aufschrift N. 1 an die Expedition des „Vorwärts“ einzuliefern. 24112\*

**Wir suchen für unser Fabrikat zum sofortigen Eintritt tüchtige Garniererrinnen und Zuarbeiterinnen** bei hohem Gehalt. Meldungen mittags 1-2, abends 8-9 Uhr. **A. Jandorf & Co., Brunnenstr. 19/21.**

**Arbeitsmarkt**. **Stellenangebote**. Treppenhauer, selbständige Kolonnenführer, verlangt Schlosser, Blume, Charlottenburg, Schillerstr. 97. 596\*

**Tüchtiger** Metallarbeiter oder Klempner, der auf eigene Hand der Fabrikation von Gasbaddecken versehen kann, findet lohnende Stelle in Dänemark (Kopenhagen). Offerten sub S. S. 101\* mit Abschrift von Empfehlungsschreiben sowie Urteilen an Aug. J. Boff & Co., Annoncen-Bureau, Kopenhagen. 418R\*

**Metallrechnerlehre** verlangt Sandmann, Stadthofstr. 25b

**Mechaniker** - Lehrling verlangt Kiderstr. 10. 57b\*

**Lehrling** zum Bleischieben (nach J. Berber, Driemenstr. 13. \*

**Fahrdienstmacher**, Weihenfer, Weihenburgerstr. 5. +148

**Bieger**, Pollerer verlangt am Naturbade Stadthofstr. 59.

**Klempnerlehrling** verlangt Neuenburgerstr. 31. 81b\*

**Gürtelrechner** verlangt Neuenburgerstr. 31. 82b\*

**Druckereilehrling** verlangt Neuenburgerstr. 31. 83b\*

**Schleiferlehrling** verlangt Neuenburgerstr. 31. 84b\*

**Handreinigung** per 1. April, Stunde, Küche frei. Frankfurter Chaussee 102.

**Zeitungsanfrage** für Schönberg, Weiten, verlangt sofort, Berliner Hausfrau, Lindenstr. 26, Laden, Hoher Kohn. 85b

**Waschlagen**, Arbeitsstunden sucht Eugen Feiler, Kronenstr. 31. \*

**Frauen** finden durch Zeitungsanfragen dauernde und lohnende Beschäftigung, Meldungen vormittags 9-12 Uhr Pringensstr. 41 im Keller.

**Frauen** finden durch Zeitungsanfragen dauernde und lohnende Beschäftigung (Tour Unter den Linden). Meldungen Schönenstr. 24/25. 91/15\*

**Schrdamen**, Kostümreife, Blumenmacher Beschäftigung, Blumenstr. 9. 87/20\*